

Abz. Springer-Verlag AG, Post 10 00 04, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 11 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 504-1 / Anzeigenabteilung Köln (0 20 54) 10 15 34 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 35,00 bfr., Dänemark 8,00 skr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 90 Dr., Großbritannien 65 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 130,00 Din., Luxemburg 35,00 Fr., Niederlande 2,00 fl., Norwegen 7,50 skr., Österreich 12,00 Sch., Portugal 100 Esc., Schweden 6,50 skr., Schweiz 1,50 sfr., Spanien 125 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Import-Barrieren: Zahlreiche amerikanische Industriezweige bangen um ihre Existenz. Die Überbewertung des Dollars und die dadurch geförderte Überschneidung des US-Marktes mit billigen Importen lassen für viele Wirtschaftsexperten die Errichtung von Importbarrieren als einzige Abwehrmöglichkeit erscheinen. (S. 1)

Nigeria: Die Militärregierung hat die nächtliche Ausgangssperre aufgehoben und die Flughäfen wieder geöffnet. Der festgenommene Präsident Shagari wurde von Kaduna im Zentrum des Landes in die Hauptstadt Lagos gebracht. (S. 1)

Schikanen an der Grenze: Nur wenige Monate nach Auszahlung des Milliarden-Kredits an die DDR kommt es an den Grenzübergängen wieder zu Zurückweisungen. Betroffen sind vor allem Auto- und Motorradfahrer. (S. 4)

Zwei Flüchtlinge: Einem Arbeiter aus der DDR, der in Nähe der Berliner Mauer mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigt war, ist die Flucht nach West-Berlin gelungen. Ein Hauptwachmeister der DDR-Volkspolizei konnte nach Niedersachsen flüchten. (S. 4)

Neue Angriffe: Bei israelischen Luftangriffen auf zwei Stützpunkte pro-iranischer schiitischer Milizen in Ost-Libanon wurden gestern rund 100 Menschen getötet und 400 verletzt. (S. 6)

Offerte an Syrien: Nach der Freilassung des US-Luftwaffenoffiziers Goodman hat US-Präsident Reagan Syrien Verhandlungen zur Lösung der Libanon-Krise angeboten. Dies sei ein günstiger Zeitpunkt, um alle Probleme zwischen den USA und Syrien auf den Verhandlungstisch zu bringen, schrieb er. (S. 1)

Für Koalition: Mit nur wenigen Gegenstimmen hat die bayerische FDP auf ihrem Parteitag in Stuttgart der Koalitionsaussage zugestimmt. CDU-Landesvorsitzender Morlok erklärte, zur Koalition der Vernunft aus FDP und CDU gebe es keine vernünftige Alternative. (S. 4)

Teufelskreis: Wegen Spionage für die UdSSR hat ein iranisches Militärtribunal den früheren Marine-Befehlshaber Abfah und den Chef des Militärflüglers der kommunistischen Tudeh-Partei, Partovi, zum Tode verurteilt. Rund 200 Tudeh-Mitglieder sollen noch vor Gericht kommen. (S. 6)

Wahl-Strategie: Amerikas Demokratische Partei will den Wahlkampf '84 mit dem Hauptargument führen, die Welt sei nach drei Jahren Reagan-Präsidentschaft weniger sicher als zuvor. In den Bereichen Rüstung, Nahost und Mittelamerika habe die Entwicklung einen negativen Verlauf genommen. (S. 3)

Zieht Washington im Wahljahr protektionistische Schraube an?

Sorge bei Handelspartnern wächst / Druck der amerikanischen Industrie

H.A. SIEBERT, Washington
Die Handelspartner der Vereinigten Staaten müssen sich im amerikanischen Wahljahr darauf gefasst machen, daß Washington noch stärker die protektionistische Schraube anzieht. Diese Gefahr droht vor allem dann, wenn der Dollar stark bleibt und die USA weiterhin von billigen Einfuhren überschwemmt werden, während gleichzeitig der überbewertete „Greenback“ zusammen mit der Schuldenkrise die Exporte hemmt. Schon jetzt bangen mehrere amerikanische Industriezweige um ihre Existenz.

Diese Furcht, die seit langem in den in der US-Hauptstadt ansässigen Organisationen umgeht, wird geschürt von einer Analyse, die in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Foreign Policy“ abgedruckt ist. Darin kommen Lawrence Fox und Stephen Cooney vom amerikanischen Nationalverband der verarbeitenden Industrie zu dem Schluß, daß „ein ausreichender Abbau der US-Rekordhaushaltsdefizite nicht in Sicht und die Errichtung von Importbarrieren für viele die einzige Alternative ist“.

Vergrößert wird die Sorge noch durch den „Industrial Outlook“ des US-Handelsministeriums, der für 1984 eine breitere Erholungsbasis voraussetzt, zugleich aber die enormen Schäden, die aus den beiden jüngsten Rezessionen resultieren, offenlegt. So wachsen von insgesamt 194 untersuchten Unternehmensgruppen der Weiterverarbeitung in diesem Jahr zwar 168, Nur 60 oder 31

Prozent schaffen es jedoch, ihren Absatz über das zwischen 1972 und 1981 erreichte Niveau hinaus zu steigern. Abwärts geht es in 24 amerikanischen Industriezweigen, wobei 18 auch 1983 und vorher Rückschläge hinnehmen mußten. Zu dieser Gruppe gehören die Bereiche Werften, Luft- und Raumfahrt, Maschinenbau, Schuhe und andere Lederartikel, Maschinen für die Papierindustrie, Trockner, Ventilatoren, Flugzeugmotoren, Gepäckstücke, Pappwaren und Molkereierzeugnisse. Auf der

SEITE 7:
Ansichten der deutschen Industrie

Problemseite stehen überdies Werkzeug- und Textilmaschinen sowie landwirtschaftliche Geräte und NEM-Metalle. Als besonders kritisch wird die Lage in der Baumaschinenbranche angesehen, deren Verkäufe 1984 um 66 Prozent unter dem Stand von 1978 liegen werden.

Die Verwundbarkeit der amerikanischen Industrie unterstreichen diese zwei Beispiele:

Automobile: Inflationsbereinigt erhöhen sich die Umsätze in diesem Jahr um 11,1 Prozent, verglichen mit 33,2 Prozent 1983. Dennoch bleiben sie um 17,4 Prozent unter dem 78er Niveau. Einschließlich Importe steigen die PKW-Verkäufe um etwa eine Million auf 10,2 Millionen Einheiten. Der LKW-Absatz nimmt von 3,0 auf 3,4 Millionen Einheiten zu. Gegenüber 1982 ist der Gesamtumsatz von

13,6 (10,5) Millionen Fahrzeugen zwar eindrucksvoll; nicht so aber gegenüber 1978, als er 15,4 Millionen ausmachte.

Nach Angaben des zuständigen Experten im US-Handelsministerium, Robert Coleman, profitiert Detroit eindeutig vom Lieferbeschränkungsabkommen, das Washington Tokio abgerungen hat. Es limitiert die japanischen Exporte im letzten Vertragsjahr 1984/85 auf 1,8 (vorher: 1,68) Millionen Wagen. Wie Coleman sagte, dauert es bis zum Ende dieser Dekade, bis die amerikanische Autoindustrie mit der japanischen konkurrieren kann. Über dem gesamten internationalen Autohandel hängt also weiterhin die im Kongreß liegende „Content Bill“, die für Import-PKW US-Teile vorschreibt.

Stahl: Dieser Industriezweig wächst 1984 real um 19,4 (8,8) Prozent – schneller als die Automobilbranche nach längerer Durststrecke. Die Ablieferungen werden auf 72 (60,3) Millionen Tonnen veranschlagt, verglichen mit 100,3 Millionen Tonnen 1973. In der Branche werden Entlassungen nicht wieder eingestellt, und seit 1945 sinken erstmals die Löhne. Begonnen hat ein langandauernder Fusions- und Schrumpfsprozeß mit Abschottung nun gegenüber Lieferungen aus der Dritten Welt.

Um die protektionistischen Gefahren zu bannen, empfehlen Fox und Cooney diese Alternative: Der Westen muß sich auf fixe Währungsbandbreiten einigen, die durch Interventionen am Devisenmarkt verteidigt werden.

Syrien sucht politischen Spielraum

Reagan reagiert auf Signal aus Damaskus / Assad rüstet mit Moskaus Hilfe auf

SAD/DW, Washington/Jerusalem
Parallel zur Aufrüstung der eigenen Armee mit Rüstungsgütern aus Moskau unter Anleitung sowjetischer Militärberater versucht die Regierung in Damaskus durch Gesten gegenüber Washington die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten offenzuhalten. Auf diese Weise möchte sich Syrien gegenüber Moskau einen größeren Handlungsspielraum bewahren. Daß Washington dieses politische Spiel Syriens zu akzeptieren scheint, beweist die Haltung von Präsident Reagan nach der Freilassung des bis dahin in Syrien gefangengehaltenen amerikanischen Marinefliegers Robert Goodman.

Ronald Reagan hat auf die Freilassung Goodmans umgehend reagiert. Er bot Damaskus eine Zusammenarbeit an, „um eine größere Stabilität in Libanon und den Rückzug der ausländischen Truppen“ aus diesem Land zu erreichen. In einem Brief an den syrischen Staatspräsidenten As-

sad sprach sich Reagan für direkte Verhandlungen über eine Lösung des Libanon-Konfliktes aus.

Der Sprecher des Weißen Hauses, Spokes, sagte dazu, Reagan sei bereit, über den Rückzug der multinationalen Friedenstruppe aus Libanon

SEITE 5:
Reagan „Angebot“

ebenso wie den Abzug der syrischen und israelischen Streitkräfte aus diesem Land zu verhandeln. Darüber hinaus sprach sich der Präsident für einen „Aussöhnungsprozeß“ in Libanon mit dem Ziel einer Erweiterung der Regierung in Beirut unter Einbezug der mit Syrien verbündeten Truppen aus.

Die Initiative Reagans folgte auf Beratungen mit dem amerikanischen Nahost-Sonderbeauftragten Donald Rumsfeld über die Zukunft des amerikanischen Libanon-Kontingents.

Stingl: Die Besserung hält an

Im Dezember 1983 waren fast 2 349 000 Personen arbeitslos / Koalition optimistisch

DW, Bonn
Die jüngsten Arbeitslosenzahlen lassen nach Einschätzung der Bonner Koalitionsparteien die Hoffnung zu, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahr wesentlich günstiger verlaufen wird als noch vor Monaten angenommen. Demgegenüber warnte die Opposition vor zuviel Optimismus. Vor allem die SPD befürchtet, daß der von den meisten Wirtschaftsinstituten erwartete Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes kaum oder überhaupt nicht zu einer Verringerung der Arbeitslosenzahl führen wird.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, nannte für 1983 einen Jahresdurchschnitt von 2 258 200 Arbeitslosen. Das sind rund 425 000 oder 23 Prozent mehr als im Jahresmittel 1982. Stingl: Schon an der Zahl für Dezember 1983 lasse sich aber ablesen, daß die konjunkturelle

Besserung anhalte. Im letzten Monat des vergangenen Jahres habe es einen ausschließlichen auf jahreszeitliche Gründe zurückzuführenden Anstieg um 155 655 oder 7,1 Prozent auf 2 348 986 gegeben. Das sind 5,7 Prozent oder 127 634 Arbeitslose mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote lag damit bei 9,5 Prozent nach 8,8 Prozent im November 1983 und 9,1 Prozent vor einem Jahr.

Stingl wies darauf hin, daß die Zunahme vor einem Jahr noch rund neun Prozent gegenüber dem November 1982 und vor zwei Jahren sogar 14 Prozent betragen habe. Die jetzt errechnete prozentuale Steigerung sei die geringste seit 1948 in einem Dezember. Stingl sprach von einer „allmählichen Stabilisierung der Beschäftigungslage“.

Eine positive Entwicklung ist nach Darstellung Stingls auch bei den arbeitslosen Jugendlichen unter 20

Jahren zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr lag hier die Arbeitslosigkeit im Dezember mit 190 494 um 6,2 Prozent niedriger – gegenüber dem November 1983 jedoch um 4,4 Prozent höher. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen blieb mit neun Prozent im Vormonat (8,7 Prozent) unter dem Durchschnitt.

Der CDU-Abgeordnete Helmo George sagte unter Hinweis auf die neuen Zahlen aus Nürnberg voraus, „daß der Gipfelpunkt der Arbeitslosigkeit im Frühjahr 1984 überschritten werden dürfte“. Allerdings müsse für Januar und Februar noch mit einem starken Anstieg der Erwerbslosenquote gerechnet werden. George und auch der FDP-Abgeordnete Kronenberg warnten vor „unüberlegten Forderungen“ nach Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Dies würde die positive Grundstimmung auf dem Arbeitsmarkt negativ beeinflussen.

Die Sternstunde des Yves Montand

HEINZ WEISSENBERGER, Paris
Der Uhrzeiger war weit über Mitternacht hinausgerückt, und dennoch blieben 20 Millionen Franzosen gebannt vor dem Fernsehschirm sitzen. Zeugen der politischen Sternstunde des Mannes, der heute unbestritten Frankreichs Idol Nummer eins ist: Yves Montand.

Was Montand dem aufgewühlten Publikum bot, war die schärfste Verurteilung des sowjetischen Kommunismus und des Paktes zwischen französischen Sozialisten und Kommunisten, die seit Mai 1981 in Frankreich zu hören war. Kein Politiker hätte wagen können, so zu sprechen wie Yves Montand, den seine Mitbürger bei mehreren Umfragen zum Jahresende zum „beliebtesten“ Franzosen erklärt hatten. Für die sozialistisch-kommunistische Koalition in

Paris war der zweistündige Dialog zwischen Montand und dem Fernsehpublikum – die per Telefon Fragen an ihn durchgegeben konnten – eine um so unheimlichere Ohrfeige, als vor wenigen Tagen noch 55 Prozent der Franzosen gesagt hatten, die Äußerungen von Montand hätten für sie mehr Gewicht als alles, was die Berufspolitiker von sich gaben.

Die Augen seien ihm aufgegangen, erzählte Montand, der in seiner Jugend aus „Familiendiskussion“ Kommunist wurde, als er 1956 von dem sowjetischen Einmarsch in Budapest erfahren habe. „Was in Ungarn geschah, war ein Massaker, ein Blutbad.“ Trotzdem sei er bald danach zu einer Tournee nach Moskau gefahren, wo er im Kreml Ehrenfest von Chruschtschow war. Bei dem Essen, bei dem die sechs höchsten Sowjet-

chefs anwesend waren, wichen die Höflichkeit bald einer erbitterten Diskussion, die beinahe zu Gewalttätigkeiten führte“, enthüllte Montand.

Das einzige Lob, das Montand für Präsident Mitterrand bereithielt, war für dessen „mutiges“ Auftreten gegen die sowjetischen SS-20-Raketen. Doch, so Montand, „was sollen die Bergleute in Oberschlesien, die Werftarbeiter in Danzig denken, wenn sie Fotos von dem sozialistischen Parteikongreß in Bourges sehen, auf dem die sozialistischen Parteiführer ihren kommunistischen Alliierten die Hand schüttelten“?

Unter den Anrufen mehrten sich gegen Ende der Sendung diejenigen, die Montand aufforderten, wie Ronald Reagan das Filmen aufzugeben und in die Politik zu gehen. (SAD)

DER KOMMENTAR

Die Last

GERD BRÜGGEMANN

Der Arbeitsmarkt befindet sich offensichtlich weiter auf der Schattenseite der Konjunktur. Während sich in nahezu allen Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik die seit einigen Monaten spürbare Erholung fortsetzt und für 1984 beinahe übereinstimmend ansehnliche Zuwachsraten für das Sozialprodukt vorausgesagt werden, kommen vom Arbeitsmarkt unverändert betrübliche Signale. Im Dezember stiegen die Erwerbslosen zahlen noch einmal um 155 655 auf insgesamt 2,349 Millionen und damit den höchsten Dezemberbestand überhaupt.

Dennoch berichtete der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, über diese beklagenswerten Zahlen mit „optimistischer Grundstimmung“, weil er darin „einige Elemente positiver Entwicklung“ sieht. Ist das nun Selbsttäuschung, Augenwischerei oder gar Zynismus? Nichts von alledem.

Tatsächlich kann Stingl seine Art der Kommentierung recht gut damit begründen, daß die ständige Verschlechterung der Arbeitsmarktlage, von der Jahre 1981 und 1982 gekennzeichnet waren, eindeutig zum Stillstand gekommen ist. Die Steigerungszahlen im Dezember sind erheblich

geringer als in den entsprechenden Monaten der Vorjahre und ausschließlich jahreszeitlich bedingt. Die allgemeine Besserung der Wirtschaftslage wird insoweit auch am Arbeitsmarkt sichtbar. Sie reicht aber noch nicht aus, um schon ein fühlbares Absinken der Erwerbslosenzahlen zu bewirken.

Damit kann wohl auch in diesem Jahr, allen optimistischen Annahmen für die Gesamtwirtschaft zum Trotz, noch nicht gerechnet werden. Es muß schon als Erfolg angesehen werden, wenn sich die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt wie 1983 bei 2,25 Millionen hält, mithin viel zu hoch bleibt.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt und die Frage, wie eine Wende zum Besseren erreicht werden kann, werden weiter die wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussionen beherrschen. Leider besteht wenig Hoffnung, daß wirklich sachgerechte Lösungen gefunden oder auch nur gesucht werden, weil die Gewerkschaften sich beharrlich weigern, ihren Teil der Verantwortung für die Lage am Arbeitsmarkt zu übernehmen und den Zusammenhang von Lohnhöhe und Beschäftigung zu erkennen.

Umsetzungen in der Führung Bulgariens

DW, Sofia
Bulgarien hat eine Reihe von Veränderungen in seiner politischen Führung vorgenommen, die auf eine weitere Stärkung der Position von Staats- und Parteichef Todor Schiwkow hindeuten. Zwölf hohe Funktionäre wurden während einer einseitigen Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei von ihren bisherigen Ämtern abgelöst und mit anderen Aufgaben betraut. Zu den Betroffenen gehört der Vizepräsident des Staatsrates, Georgi Atanasow, der zum Kandidaten des Politbüros gewählt wurde.

Das ZK-Plenum behandelte nach offiziellen Angaben einen Bericht von Schiwkow zu Wirtschaftsfragen und, darauf wurde von der bulgarischen Nachrichtenagentur BTA ausdrücklich hingewiesen, „Fragen der Verbesserung der Führung“. Unter anderem wurde die 85jährige Zola Dragotischewa von ihren Aufgaben als Mitglied des Politbüros entbunden. Sie hatte diesem Führungsgremium seit 1937 angehört.

Das Plenum wählte Jordan und Tschoudomir Alexandrow zu Mitgliedern des Politbüros der Kommunistischen Partei. Zu Kandidaten wurden außer Atanasow auch Grigor Stojtschew, Stanisch Bonev und Dimitar Stojanow berufen. Emil Obristow wurde Sekretär des ZK. Alexandrow war bislang Sekretär im Zentralkomitee, früher leitete er die Parteiorganisation der bulgarischen Hauptstadt. Er wurde jetzt auch Erster stellvertretender Ministerpräsident mit dem Zuständigkeitsbereich für Wirtschaft.

Gewerkschaften streiten über Streik bei Talbot

Sozialistische CFDT will sich bei Arbeitern profilieren

JOCHEN LEIBEL, Paris
Die „Talbot“-Affäre, bei der es um die Entlassung von 1900 Automobil- und Flugzeugbauern geht, hat zu einem tiefen Riß zwischen den linken französischen Gewerkschaften CGT und CFDT geführt. Mitglieder der kommunistischen CGT und Kollegen der sozialistischen CFDT schlugen während einer Demonstration im Pariser Vorort Poissy wild aufeinander ein.

Bis vor kurzem herrschte zwischen kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaften noch eitel Sonnenschein. Denn die Regierung, unter dem sozialistischen Premier Mauroy stand immer treu auf Seiten der Gewerkschafter und verlangte von den Arbeitgebern bedingungslos Nachgeben. Vor einigen Monaten aber geriet die Regierung in eine Zwischmühle. Bei Talbot stand die Lage so schlecht, daß es nur noch zwei Möglichkeiten gab: „Gesundschrupfen“ zu erlauben oder aber das Werk zu schließen.

Die kommunistische CGT stimmte den geplanten Entlassungen zu, die sozialistische CFDT rief zum Streik

Umfrage: Auch Grüne treten für Kernkraft ein

DW, Bonn
Die 1982 formulierte Forderung der Grünen, den Ausbau der Atomenergie „unter allen Umständen“ zu verhindern, wird in dieser Kompromißlosigkeit selbst von Anhängern der Grünen abgelegt. Jeder vierte Sympathisant der Grünen ist für Kernenergie, jeder dritte hält sie sogar für umweltfreundlich, ergab eine Umfrage des Sample-Instituts Mölln im Auftrag der Illustrierten „Bunte“.

Insgesamt 52 Prozent aller Einwohner der Bundesrepublik Deutschland sind nach dem Resultat der Sample-Umfrage von der Umweltfreundlichkeit der Kernkraft überzeugt. 54 Prozent glauben, daß Atomkraftwerke unbedingt notwendig sind, um die Energieversorgung für die Zukunft sicherzustellen.

Die Meinungsforscher legten noch andere interessante Zahlen vor. Wenn durch Kernenergie die Umweltverschmutzung drastisch zurückginge, wären sogar 64 Prozent für Atomkraftwerke. Nicht weniger als 38 Prozent der Grünen stimmten dieser Aussage zu. Für einen weiteren Ausbau der Nuklearenergie in der Bundesrepublik Deutschland plädierten bei der Befragung des Instituts insgesamt 46 Prozent. Fast einhellig (97 Prozent) vertreten die von den Meinungsforschern Befragten die Ansicht, daß für den Erhalt der Natur mehr als bisher getan werden muß.

Diese Zahlen wurden von dem Institut auf der Grundlage von 2000 Befragten in der Zeit vom 23. bis 30. November 1983 ermittelt.

Seite 2: Helgos Land



Wir waren einst die angestammte Regierungspartei. Jetzt müssen wir uns sehr anstrengen, als angestammte Oppositionspartei zu bestehen.

Der frühere britische Premierminister Harold Wilson zur Krise der Labour Party. FOTO: RUDI MESEL

WIRTSCHAFT

Höhenflug des Dollars: Die USA-Währung erreichte gestern in Frankfurt mit einem Mittelskurs von 2,7868 DM den höchsten Stand seit fast zehn Jahren. Die Bundesbank intervenierte mit dem Verkauf von 25,85 Millionen Dollar. (S. 7)

Weitere Erhebung: Eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung, aber keinen sich selbst tragenden Aufschwung erwartet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) für 1984. (S. 7)

Kasko-Anpassung: 6,2 Millionen (44 Prozent) der deutschen teilkaskoversicherten Autos wurden aufgrund einer Anpassung an die

Schadensentwicklung zum Jahreswechsel in eine günstigere 700 000 (fünf Prozent) in eine schlechtere Typklasse gestuft.

Arbeitsmarkt: Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich im Dezember um 155 655 auf 2 348 986. Die Arbeitslosenquote betrug 9,5 Prozent, nach 8,8 im November und 9,1 Prozent im Dezember 1982. (S. 1)

Börse: An den Aktienmärkten kam es nach schwachem Beginn zu Rückkäufen auf ermäßigter Basis. Der Rentenmarkt war nachgebend. WELT-Aktienindex 154,4 (154,9). Dollarmittelkurs 2,7865 (2,7458) Mark. Goldpreis pro Feinunze 374,00 (383,00) Dollar.

KULTUR

Versandmarkt: Die Zertrümmerer, Klassik-Henker und Systemveränderer im deutschen Theater haben sich ausgetobt. Ratlosigkeit, Langeweile und Einfallsllosigkeit beherrschen die Szene zur Halbzeit der Saison. (S. 13)

Eiskunstlauf: Im deutschen Verband herrscht fünf Tage vor der Europameisterschaft Chaos. Nach Norbert Schramm hat sich auch Manuela Ruben von Bundestrainer Zeller getrennt. (S. 11)

SPORT

Motorsport: Die Rallye Paris-Dakar ist gefährdet. Die 400 Fahrzeuge sollen von der Eifenbelkiste keine Einreiseerlaubnis erhalten, weil Sicherheitsauflagen nicht erfüllt worden seien.

AUS ALLER WELT

Behrhandelt: In Sibirien ist eine Bande aufgefallen, die Millionen-Geschäfte mit Neugeborenen machte. Die Babys wurden bei jungen Frauen „bestellt“ und für rund 2000 Mark gekauft, dann mit falschen Geburtsurkunden für den zehnfachen Preis weiterverkauft. (S. 14)

Dünger aus Gift: Ein industrielles Verfahren zur Umwandlung von Chemiegiften in Düngemittel wurde in Niedersachsen entwickelt, teilte das Norddeutsche Erdfruchtzentrum mit.

Wetter: Wechselhaft, teilweise Schnee oder Regen. 1 bis 6 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Wie man entwickeln hilft – Gastkommentar von Prof. Heinz-Dietrich Orthlieb S. 2

Argentinien: Die „friedliche Revolution“ des Präsidenten Raoul Alfonsín S. 3

Dienstfahrten: Wenn der Streik der Politiker zum Streik ihrer Fahrer wird S. 3

Bonn: Familien-Nachschicht wird auf 565 000 Personen geschätzt; Union will neues Ausländergesetz S. 4

Rheinland-Pfalz: Die wohltemperierte Politik des Bernhard Vogel in Mainz S. 4

Israel: Regierung wehrt sich gegen Änderung der UNO-Resolution 242; Vorschlag aus Paris S. 5

Forum: Personalien und Leserbrief – Wort des Tages S. 5

Tunesten: Soziale Not im Süden verband sich mit regimfeindlichen Stimmungen im Norden S. 6

Kishochey: Das Urteil des Bundesgerichtshofes und seine Folgen für die Bundesliga S. 11

Fernsehen: Mehr als nur schwimmende Hotels – Aus der großen Zeit der Ozeandampfer S. 12

Architektur: John Portmans Atrium-Barweise findet viele Nachahmer in den USA S. 13

Berlin: Hotel Esplanade – altes Haus hat Zukunft beim Film; Erweiterung für 40 Mi. DM S. 14

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Helgos Land

Von Enno v. Loewenstern

Umfragen sind immer gut, solange wir keine Volksabstimmungen haben, wie die Grünen sie neuerdings propagieren. Wenn einer nun etwa folgende Umfrage veranstalten würde: Was ist Helgo Bran? 1) ein Leuchtturm vor einer Nordseeinsel; 2) ein Nährmittel für die frühe Jugend; 3) ein deutscher Politiker – wer weiß, ob eine Mehrheit des deutschen Volkes darauf käme, daß die dritte Antwort die richtige ist. Vor allem: Wer weiß, ob eine Mehrheit der Grünen die richtige Antwort wüßte.

Dabei war Helgo Bran noch vor kurzem in der Grünen-Bewegung aktiv – bis ihn die Partei davonjagte. Er hatte das finstere aller Sakrilegien begangen, als er sagte, wenn die Atomkraftwerke tatsächlich umweltfreundlicher seien als die Kohlekraftwerke, dann sollte man vielleicht doch für sie eintreten. Wahrscheinlich verdankt Bran es nur dem Artikel 102 des Grundgesetzes und nicht der Sorge vor Schwefeldioxid-Emissionen, daß er nicht auf dem Scheiterhaufen endete.

Jetzt aber hat eine Sample-Umfrage nicht nur ergeben, daß mehr als die Hälfte der Menschen in der Bundesrepublik meint, Atomkraftwerke seien erstens umweltfreundlich und zweitens für die Energieversorgung der Zukunft unbedingt notwendig. Sondern es stellte sich dabei auch heraus, daß jeder dritte Grünen-Anhänger sie für umweltfreundlich hält. So ändern sich die Zeiten, oder die Ängste, oder die Moden – auch wenn man das in gewissen Gegenden nur spät(h) oder nie erkennt, weil es so viel bequemer ist, sich in jüngste Energiebilanzen zu flüchten und so zu tun, als brauche man die Kernenergie jetzt nicht mehr und demnach überhaupt nicht mehr. Dabei kann man auch die gigantischen Kosten der Luftreinhaltung und das Waldsterben bequem außer acht lassen.

Die Ängste ändern sich, und das ist die ewig neue tröstliche Botschaft der Politik. Abraham Lincoln sagte einmal, man könne einen Teil der Menschen immer und alle Menschen zeitweise für dumm verkaufen, aber man könne nicht alle Menschen immer für dumm verkaufen. Dabei wußte er noch nichts von Atomspaltung. Aber er wußte alles über Haarspaltereien.

Affären in Frankreich

Von Joachim Schaufuß

Seit 18 Monaten weiß die sozialistische Regierung in Frankreich, daß der im staatlichen Mehrheitsbesitz befindliche Petroleumkonzern Elf-ERAP zwischen 1976 und 1979 für die Suche nach Erdölvorkommen durch „Schnüffelflugzeuge“ eine halbe Milliarde Franc netto erfolgreich investiert hat. Am gesamten Explorationsbudget des Konzerns gemessen, hält sich diese Fehlinvestition freilich in Grenzen. Auch andere internationale Petroleumkonzerne setzen ihre Versuchsbohrungen oft in den Sand.

Nun scheint zwar erwiesen zu sein, daß die französische Konzernverwaltung – auch Staatskontrolle schützt vor Torheit nicht – einem Betrug zum Opfer gefallen ist. Damit hätten sich aber schon längst die Gerichte befassen können, und zwar sowohl was die (ausländischen) Erfinder als auch was die Elf-Verwaltung selbst betrifft. Aber die Regierung wollte wohl den geeigneten Zeitpunkt dafür abwarten, um den Fall zur politischen Affäre zu erheben. Es geht ihr dabei vor allem um den früheren Staatspräsidenten Giscard d'Estaing, dem Vertuschungsmanöver vorgeworfen werden.

Hier drängt sich ein Vergleich mit der Paribas-Affäre auf. Dort wird seit Anfang Dezember Pierre Moussa, dem ehemaligen Präsidenten der inzwischen verstaatlichten Finanzgruppe Paribas, vor der Pariser Strafkammer der Prozeß wegen Duldung illegaler, zu Giscard's Zeiten erfolgter Devisentransaktionen von Paribas-Kunden gemacht. So etwas soll allerdings auch bei anderen Banken vorgekommen sein, ohne daß deren Präsidenten angeklagt wurden. Allerdings hatte Moussa unter Mitterrand die schweizerische Paribas-Tochter in unbestritten legaler Weise der Nationalisierung entzogen.

So erhebt sich die Frage, ob es den Sozialisten mit diesen Hexenanstreibungen nicht vor allem darauf ankommt, das Interesse der breiten Öffentlichkeit von den Konsequenzen ihrer eigenen Fehler abzulenken, die gerade jetzt in Erscheinung treten. Dazu gehört die nach der Volksbeglückungspolitik notwendig gewordene Austerität-Kur ebenso wie der schwere Sozialkonflikt bei Talbot, der in erster Linie eine Folge der aus beschäftigungspolitischen Gründen immer wieder verlagerten industriellen Mutation ist.

Schmerzliche taz-Sachen

Von Leonid Hoerschelmann

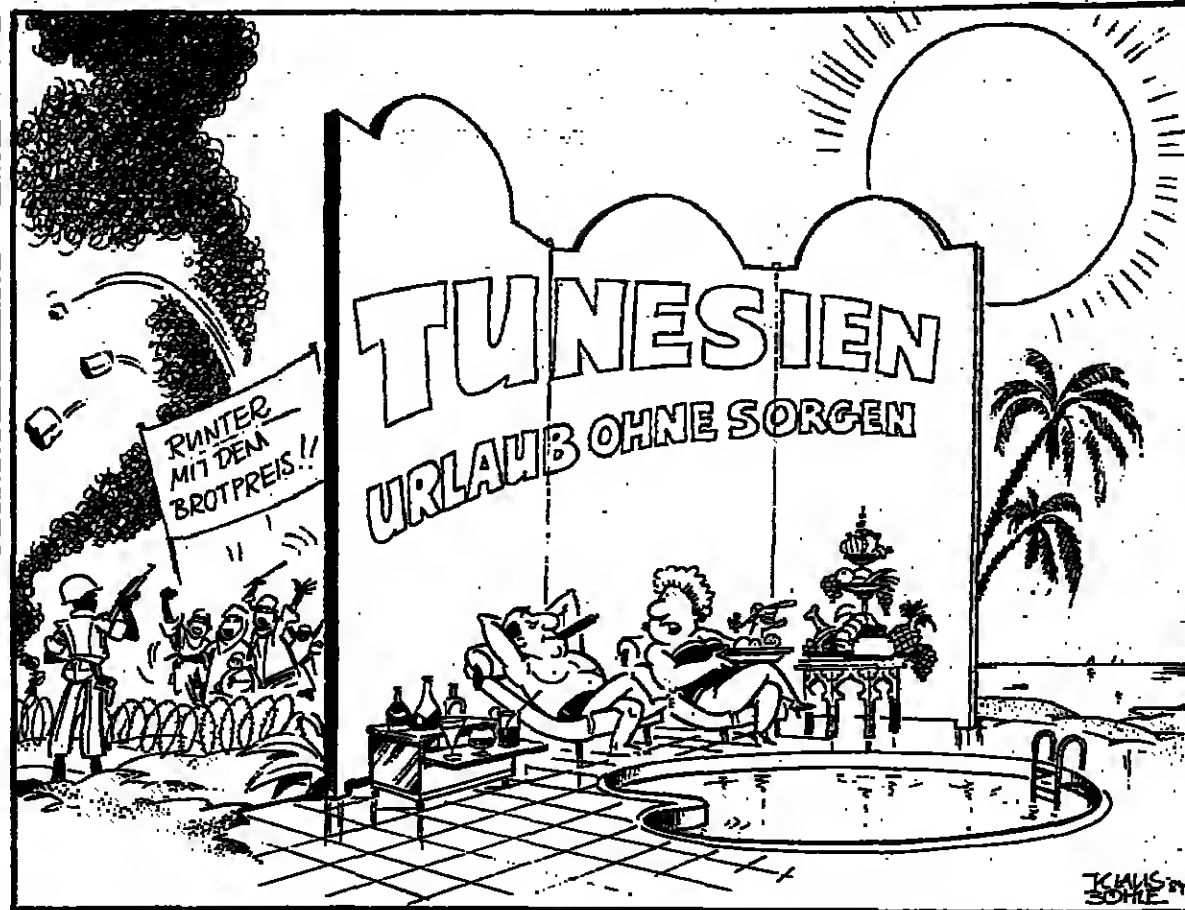
Die „Tageszeitung“, abgekürzt taz, sozusagen das rotgrüne Gesinnungsblatt der Republik, ist nach eigener Bekundung in großen Nöten. Eine ihm zunächst vom Berliner Wirtschaftsminister eingeräumte steuerliche Vergünstigung wird vom Finanzamt nicht anerkannt. Nun muß nachgezahlt und auch künftig erheblich mehr an Stiefvater Staat abgeführt werden. Und das gerade jetzt, wo trotz freiwilliger Gehaltskürzungen Entlassungen drohen und in der Redaktion die Unzufriedenheit umgeht.

Natürlich kommt einem da flugs der Name eines großen Industriekonzerns in den Sinn, der – wie auch die taz stets voll Empörung forderte – in ähnlicher Lage tausendmal mehr nachzahlen muß als die krisenierende Zeitung. Da meldet sich Schadenfreude.

Doch man sollte sie unterdrücken. Man sollte sogar dafür plädieren, den steuerlichen Nachlaß zu gewähren, falls das rechtlich vertretbar ist.

Nicht etwa, weil die Kollegen der taz in der Regel ehrlicher und häufig witziger waren und sind als manche linke Porsche-Fahrer in den Funk- und Fernsehstationen. Nein, weil die taz für ihre Leser in der links-alternativen Szene zur Zeit eine Lehrstunde in Realität veranstaltet, wie sie wirkungsvoller kaum denkbar ist. Und es muß doch Steuerbefreiung für Lehrmittel geben!

Anarchie und Egalität, Herr Nachbar, sind – ganz im Gegensatz zu den schön gereimten Aufklebern – eben doch nicht machbar, selbst innerhalb einer politisch homogenen Gruppe nicht. Und auch gekürzte Solidargehälter und der Verzicht auf einen Betriebsrat können die schmerzliche Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß am Monats- und Jahresende die Ausgaben nicht höher sein dürfen als die Einnahmen, die bei einer Zeitung nur von den Lesern oder von den Anzeigenkunden zu erwarten sind. Tausende großer und kleiner Unternehmen erfahren dies auch. Mancher wackere taz-Leser, der die 35-Stunden-Woche als Mittel der Arbeitsbeschaffung anpreist, lernt jetzt endlich, was es mit diesen Betriebskostenrechnungen auf sich hat.



„Wenn sie kein Brot haben, warum essen sie nicht Kuchen?“ ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Wie man entwickeln hilft

Von Heinz-Dietrich Ortlieb

Seitdem vor etwa zwanzig Jahren SHals über Kopf der Entkolonialisierungsprozeß im Namen der „Mitbestimmung der Völker“ in Gang gekommen ist, zeigen alle einschlägigen Konferenzen und Kommissionsberichte, wie hoffnungslos verfahren die internationale Diskussion um die Angleichung des Wohlstandes zwischen Nord und Süd ist.

Selbst wenn sich die Vorstellungen realisieren ließen, die der auch heute noch nicht ad acta gelegte Bericht der Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt über eine Verknüpfung von Abrüstung und Entwicklungshilfe bezieht, und wenn auf diese Weise die Industrieländer die maßlosen Forderungen der Entwicklungsländer erfüllen könnten, bliebe immer noch die Frage, welche Entwicklungseffekte damit verbunden wären. Fänden so große Kapitalhilfen in den Empfängerländern ohne weiteres die Menschen, die damit etwas Produktives anzufangen wüßten? Und würden die forcierten Veränderungen von Umwelt und Lebensverhältnissen nicht allzu viele Menschen aus dem mentalen Gleichgewicht bringen? Nicht nur Iran hat ein warnendes Beispiel geliefert. Der Fall Nigerias zeigt, daß diese Gefahr mindestens ebensosehr für Schwarzafrika gilt, dessen Bevölkerung abendländischer Mentalität noch ferner steht als der Vordere Orient. Das Schicksal Afrikas aber sollte gerade uns in Westeuropa besonders am Herzen liegen.

Dieser realistische Trend im Nord-Süd-Konflikt ergibt sich aus der heute weltweit vorherrschenden Meinung, nach der die Maximierung von Freiheit und Gleichheit unter Menschen und Völkern etwas schlechthin Gutes sei. Darauf paßt dann die Kurzschlußformel: Von aller Herrschaft befreit, wird jeder Mensch und jedes Volk sich am vollkommensten selbst verwirklichen.

Was die emanzipatorische Polemik unbeachtet läßt, ist, daß Befreiungsbewegungen, ob sie nun sozialer, nationaler oder rassistischer Herkunft sind, nicht alle frei und gleich machen, sondern zunächst nur zu einem Herrschaftswechsel führen. Wie alle Revolutionen war daher auch die Dekolonisation der Entwicklungsländer zunächst lediglich ein Machtwechsel, der öffentlich, von den „Befreiten“ Nutznießer oder Benachteiligter sein würde.

Trotz ihres Irrealismus durchdringt die anarchistische Ideologie besonders bei uns in Westdeutschland weitgehend das öffentliche Bewußtsein und hat gerade beim politischen Establishment zunehmend Anhänger gefunden, die zwar privat einen sachlichen oder zynischen Realismus erkennen lassen, aber ex cathedra der egalitären Religion stets ihre Reverenz erweisen. Für die Weltpolitik des Westens hat diese Haltung ihre besondere Problematik. Hier glaubt man, daraus auch praktisch die Konsequenzen ziehen zu müssen. Dagegen begnügen sich die übrigen Regierungen meist mit der egalitären Verknüpfung. So entstand weltweit eine Atmosphäre, die es dem Westen unmöglich machte, realistisch über Sinn, Zweckmäßigkeit und Erfolgsbedingungen der Entwicklungshilfe zu sprechen. Statt dessen wurden von einseitigen Gleichheitsideologien Erklärungen ersonnen, weshalb bei den Entwicklungsländern selbst keinerlei Ursachen für die Entwicklungsverzögerungen zu finden seien, während unsere politischen Pragmatiker in immer neuen Eiertänzen die eigenen Interessen mit dem Gleichheitsglauben unter einen Hut zu bringen versuchten.

Damit wird aber ein entscheidendes menschliches Entwicklungsgesetz außer acht gelassen, daß nämlich der Abbau paternalistischer Bevormundung dem Emanzipierten nur hilft, wenn die letzte Phase der Herrschaft mit Erfolg für die

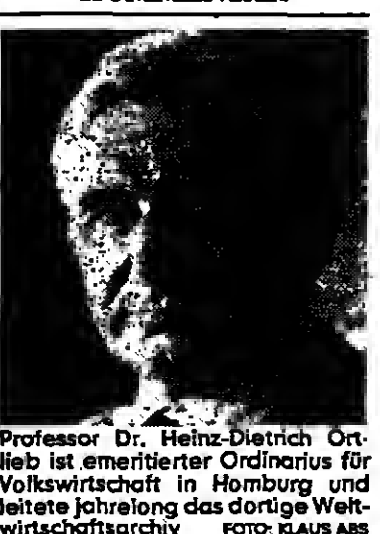
Vorbereitung auf eine selbständige Existenz verwendet worden ist. Dieses Gesetz gilt gleichermaßen für die Emanzipation einzelner Menschen, sozialer Gruppen und ganzer Völker. Für den geistig-moralischen Zustand des Westens ist es symptomatisch, daß wir mehr oder weniger auf allen drei Ebenen gegen dieses Entwicklungsgesetz verstoßen. So wie bei uns in der Familie die Eltern ihre Kinder allzusehr sich selbst überlassen, fühlen sich unsere Regierungen unter dem Einfluß intellektueller Bewußtseinsbildner auch in der Gesellschaft zu immer mehr Demokratie verpflichtet und perfektionieren immer mehr soziale Sicherheit, ohne in der Erziehung, Bildung und Information der Staatsbürger dafür zu sorgen, daß es zu möglichst wenig Mißbrauch der Freiheitsrechte kommt.

Den gleichen Stil finden wir auch bei der Entkolonialisierungspolitik und Entwicklungshilfe des Westens. Hier wird gefesseltlich übergegangen, daß die zentrale Entwicklungsproblematik darin besteht, den ökonomisch-technischen Wachstums- und mentalitätsmäßigen Anpassungsprozeß im Gleichgewicht vorantreiben zu lassen, und daß, wo dieser Anpassungsprozeß allzusehr zurückbleibt, Entwicklungshilfe um so weniger nutzt, je größer sie ist.

Unser Laster liegt darin, daß wir in unseren eigenen Familien, im eigenen Lande und gegenüber den Entwicklungsländern gleichermaßen zu vermeintlichen suchen, weshalb Freiheit, Bereitschaft und Fähigkeit zu Selbstverantwortung und eigenem Risiko verlangt. Und daß erfolgreiche humanitäre Praxis voraussetzt, die Verschiedenartigkeit der Menschen und Völker zu erfassen und ihr in der Politik zu entsprechen.

Die teilweise katastrophale Verschuldung der Entwicklungsländer, die heute zu einer weltweiten Finanzkrise geführt hat, war somit vorprogrammiert. Sie ist weder durch eine Umschuldung noch durch einen Schuldenerlaß allein dauerhaft zu bereinigen. Ob aber die westlichen Kreditgeber auch in der Lage sind, ihr entwicklungspolitisches Konzept in der erforderlichen Weise zu ändern, ist mehr als zweifelhaft. Sie müßten über den Schatten ihres Zeitgeistes springen.

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb ist emeritierter Ordinarius für Volkswirtschaft in Homburg und leitete jahrelang das dortige Weltwirtschaftsarchiv. FOTO: KLAUS ASS

IM GESPRÄCH Gudrun Landgrebe

Annas Mutter – oder mehr?

Von Margarete v. Schwarzkopf

Da sind sich Deutschlands Kinobesucher ausnahmsweise einmal einig gewesen: Diese Gudrun Landgrebe, Hauptdarstellerin in Robert von Ackerens Film „Die flambierte Frau“, ist schon ein tolles Weib. Den gewaltigen Erfolg verdankt von Ackerens bösartige Gesellschaftssatire, die mehr als eine Million Zuschauer seit ihrem Start im Frühsommer in die Kinos lockte, vor allem der Attraktivität und auch dem darstellerischen Format der Landgrebe.

So wurde, fast als sei es ein Stück aus Hollywood, über Nacht aus einer relativ unbekannten Bühnen- und Fernsehschauspielerin ein Star. Und so etwas ist rar bei uns in Deutschland. Das weiß auch Gudrun Landgrebe, die in letzter Zeit immer wieder zu hören bekommt, sie sei eine zweite Romy Schneider. Sie wäre sicherlich lieber die erste Landgrebe als die zweite Schneider, aber das kann sich ja noch ändern. Immerhin dreht sie derzeit unter der Regie des ungarischen Regisseurs Istvan Szabo in Ungarn neben Klaus Maria Brandauer in einem historischen Film über den Oberst Redl die weibliche Hauptrolle. Und Szabo hat schon aus Brandauer durch den Mephisto einen internationalen Star gemacht. Da darf Gudrun Landgrebe durchaus auf ähnliche Lorbeeren hoffen.

Lorbeeren, wenn auch reichlich tragwürdig, wird die Aktörin aus dem Ruhrgebiet sicherlich auch mit „Annas Mutter“ ernten, wenngleich bei diesem Drama über das Schicksal der Marianne Bachmeier, das in den letzten Jahren von den Medien reichlich ausgeschlachtet wurde, führte Burkhard Driest.

Was aber hat eine Schauspielerin, wie Gudrun Landgrebe, dazu bewegen, ausgerechnet in einem Film mit zuspätschiebender, ungenügender auf Sensationslust spekuliert? Frau Landgrebes Antwort darauf lautet: „Weil



Spielt immer nur sich selber: Gudrun Landgrebe. FOTO: DWA

mich Driests Drehbuch total fasziniert hat. Driest zeichnete eine Frauengestalt, die sehr lebendig ist – eine Frau mit Wünschen, Sehnsüchten und Verzweiflung, die mir nicht fremd sind.“ Und weil sie immer nur sich selber spiele, habe sie Driests Angebot gerne angenommen.

Daß gleichzeitig eine weitere Variante der Bachmeier-Story in unseren Kinos anläuft, stört Gudrun Landgrebe nicht. Sie hat ein gesundes Selbstvertrauen und einen unerschütterlichen Glauben an Driests Fähigkeiten als Regisseur. Und sie wollte, sagt sie, dem Klischee der „flambierten Frau“ endlich entkommen. Sie hasse nämlich alle Klischees und liebe „brüchige Rollen“, die sie dazu zwingen, sich selber bis ins tiefste Innere ihrer Seele auszuleeren. Die Zeit der jungen Mädchen, so Gudrun Landgrebe, sei im Kino und im Theater glücklicherweise vorbei. Ob sie mit der Rolle der Marianne Bachmeier nicht ihren eigenen Erfolg aufhöre, bleibt die Frage. Sterne können, das lehrt die Filmgeschichte, genauso schnell wieder erlöschen wie sie am dämmrigen Kinohimmel je aufgeht sind.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The Washington Post

Zur Kritik des Gesellschaftlichen Jesse Jackson nach Syrien und der von ihm erzielten Preisung des Flüchtlings Goodman von syrischer Geheimschiffung heißt es hier:

An der Spitze eines Aufmarsches von Lobspendern hat Präsident Reagan erklärt: „Man kann Erfolg nicht teilen.“ Wir sind anderer Meinung. Es ist notwendig, zwischen einem glücklichen Ergebnis der Mission Jacksons – der Freilassung Leutnant Goodmans – und der Tatsache dieser Mission selbst zu unterscheiden. Es war mutig, ja sogar unverantwortlich, daß Jackson die Reise überhaupt unternommen hat. Das Problem ist nicht, daß Jackson seinen Kampf um die Präsidentschaftskandidatur nach Damaskus getragen hat. Eine Menge Politiker, darunter Amtsinhaber, haben sich mit ihrem Wahlkampf auf internationale Straßen begeben. Sein Fehler war, daß er es riskierte, das Schicksal des Leutnants Goodman noch zu komplizieren und gleichzeitig die amerikanische Außenpolitik in eine Klemme zu bringen... Was immer auch seine Beweggründe gewesen sein mögen, Jackson hat sich auf eine heikle außenpolitische Verhandlung eingelassen, deren Ecken und Winkel ihm unmöglich voll vertraut sein konnten. Er gab sich nicht damit zufrieden, am Rande zu bleiben und Kritik zu üben, wie das für einen politischen Kandidaten wie für jeden Bürger fair und notwendig ist... Ungeachtet des unmittelbaren Ergebnisses war das der falsche Schritt.

LIBERATION

Die französische Zeitung fragt nach den Beweggründen, die Tunesien Premierminister Mami zu Brotpreissteigerungen veranlaßt haben:

Warum ist Mohamed Mizi in voller Kenntnis der Dinge die Gefahr der „Brotrevolte“ eingegangen? Er wußte

sehr genau, daß dieselben Ursachen dieselben Wirkungen in Kairo und Casablanca hervorgerufen haben. Auf jeden Fall hatte der Premierminister Vorsorge getroffen, als er kurz vor dem verhängnisvollen Tag der Preissteigerungen eine Ausweitung der Demokratisierung erreichte, die in den letzten Jahren nur zögernd in Angriff genommen worden war. Hoffte Mami vielleicht die Opposition für seine Politik zu gewinnen, indem er ihr etwas mehr Demokratie bot, um dafür den sozialen Frieden zu erhalten? Er hat jedoch nur erreicht, daß die jetzt zugelassenen Parteien zwar die Machtübernahme nachteilig verurteilten, aber nicht zu den Aufständischen überliefen.

LE MATIN

Zur weiteren Entwicklung der Affäre um die sogenannten „Schnüffelflugzeuge“ bemerkt das Pariser Blatt:

Wird die Affäre um die „Schnüffelflugzeuge“ Zwierrat in der Opposition sein? Raymond Barre hat zwar in Le Monde Pierre Mauroy „Verantwortungslosigkeit“ vorgeworfen, gleichzeitig aber auch die Urheber der Affäre für die ganze Geschichte Valéry Giscard d'Estaing zugeschoben und der (gaullistischen) RPR unterstellt, ihr komme die ihm von der Regierung gestellte Falle nicht ungelegen. Außerdem sprach er von einem sozialistischen „Destabilisierungsunternehmen“ gegen ihn. Zumindest die RPR nicht doppelten Gewinn: Sie läuft nicht Gefahr, als Komplize der Regierung dazustehen, und leistet sich gleichzeitig den Luxus, als große und großzügige Samariterin aufzutreten. Und wie die Giscardianer lehnten auch die Chiracisten die offene Polemik mit Raymond Barre ab – im Namen der „unerlässlichen Einheit der Opposition“. Trotzdem wurde ein neuer Zankapfel geschaffen.

In El Salvador geht wieder einmal eine Pause zu Ende

Eine Brückensprengung als lehrreiches Signal / Von Günter Friedländer

Prost Neujahr! erschollen die Stimmen der Rebellen aus den Lautsprechern, als Teile des stählernen Hängewerks und große Zementklumpen der 530 Meter langen, neunzig Kilometer östlich der Hauptstadt San Salvador gelegenen Cuscatlan-Brücke mit höllischem Lärm in den Lempa-Fluß stürzten. Mit revolutionärem Humor grüßte die „Front der nationalen Befreiung Farabundo Martí“ die Erfüllung ihres Versprechens, das neue Jahr mit einer größeren Offensive zu begeben. Sie hatte das alte Jahr zwei Tage früher mit einem Angriff auf das Hauptquartier der 4. Brigade in El Paraiso verabschiedet, der hundert Menschenleben kostete. Schon 1981 hatten die Rebellen die weiter südlich gelegene „Goldene Brücke“ über den Lempa gesprengt, über den nun nur noch die Brücke des nahe gelegenen Staudamms eines Elektrizitätswerkes führt.

Die Brücke trägt den Namen der zentralen salvadorianischen Provinz Cuscatlan, indianisch: „Land der Kostbarkeiten“. Über ihre wirtschaftliche Bedeutung als Verbindung zwischen dem Westen und dem Osten El Salvadors hinaus ist sie ein wichtiges Bindeglied des fast vollendeten 26 000 Kilometer langen panamerikanischen Straßenetzes, das Nord-, Mittel- und Südamerika verbindet. Das macht sie zu einem Symbol panamerikanischer Ideale und Solidarität.

Der neue Angriff – die „Siege“ der kommunistischen Rebellen werden meist gegen die Infrastruktur errungen, um Hunger und Unzufriedenheit herbeizuführen – soll Fidel Castros etwa gleichzeitig abgegebene Versicherung glaubwürdig machen, daß die USA die mittelamerikanische Revolution nicht unterdrücken können und sich an den Gedanken gewöhnen müßten, mit dem Kommunismus in ihrem Hinterhof zu leben. Aber das ist in diesem Augenblick nicht einmal das Problem der Amerikaner, die in den Wochen seit dem Überfall auf die in Libanon stationierten Truppen ein Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber dem internationalen Terrorismus bedrängt. Sie

fühlen sich, wie Reagan es ausdrückt, nicht für diese neue Art der Kriegführung vorbereitet; manche fürchten sogar, daß sie auf die USA übergreifen könnte. Mysteriöse Barrikaden wuchsen am öffentlichen Gebäude aus dem Boden, nachdem eine Bombe im Senat explodierte. Gleichzeitig werden nicht nur aus dem liberalen Lager kaum mehr überhörbare Stimmen laut, die die Marines aus Libanon heimzubringen.

Die Terroristen, die sich in Mittelamerika unter den Namen verschiedener Befreiungsfronten etablierten, haben ihre eigene Version des Domino-Effekts geschaffen. Währenddessen beschäftigen sich die Stone-Mission, das Kissinger-Komitee und die Contadora-Gruppe mit dem Ruf der Rebellen nach einem „Dialog“ und jagen einer politischen Lösung des salvadorianischen Bürgerkrieges nach, an der die Rebellen nur interessiert sind, wenn sie – aus meist klimatischen Gründen – eine Kampfpause einlegen müssen.

Wie so oft scheint die Demokra-

tie verletzlicher als ihre Gegner zu sein. Jesse Jackson kann in Syrien ohne jegliche Aktivlegitimation die Bemühungen der nordamerikanischen Diplomatie durchkreuzen. Wieviel mehr müssen sich da Leute in der Heimat berechnen, die mit ihrer Weisheit zur Mittelamerikapolitik Stellung zu nehmen. Der letzte Beitrag wurde soeben vom Institut interamerikanische Studien (IIAS) in einem siebzig Seiten langen Dokument mit sechsundfünfzig Empfehlungen an dreiundsechzig Politikern in Schlüsselpositionen verteilt. Reagan's Regierung, so heißt es da, verstehe die Entwicklung in Lateinamerika nur als Teil der Konfrontation der Supermächte. Die Studie des IIAS möchte statt dessen „eine langfristige Verpflichtung der USA für die politische Unabhängigkeit, die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Menschenrechte in diesem Raum“ sehen. Daß es das alles nicht gibt, wo die Sowjetunion ihre Hände im Spiel hat, beweisen in diesem Raum seit 25 Jahren Kuba und neuerdings Nicaragua, seit die Comandantes die sandinistische

Revolution gestohlen haben. Ähnlich kindliche Vorstellungen wie die IIAS entwickelten in Bonn die SPD-Politiker Holtz und Schluckebier, die sich darüber beschwerten, daß die Bonner Entwicklungspolitik eine Ost-West-Schablone einhalte und beispielsweise Nicaragua die Gelder streiche. In Wahrheit gibt es nur eine sinnvolle Form für die von der IIAS gewünschte langfristige Verpflichtung: der Sowjetunion auch in Mittelamerika entgegenzutreten.

Während Gäste aus dem Westen in Nicaragua die Rolle nützlicher Kaffeepflücker spielen, machen sie die Hände anderer Arbeiter frei, die Revolution in El Salvador, Costa Rica und Guatemala anzufachen. Mit der Zerstörung der Brücke über den Lempa wird auch eine Brücke möglicher Verständigung zwischen Ost und West eingerissen. Man wagt nicht zu fragen, was die Kaffeepflücker sagen würden, wenn solche Anschläge in Polen begangen würden. Aber das Wesen demokratischen Protests ist eben, daß er wirklich gewaltlos ist.

WIE WAR DAS?

Die Bonner Initiativen gegen ABC-Waffen

Von RÜDIGER MONIAC

Seit dreißig Jahren hält die Bundesrepublik konsequent den Verzicht auf ABC-Waffen ein. Dies ist ein Beitrag zur Rüstungsbegrenzung, wie er im Vergleich zu Staaten ähnlicher Größenordnung beinahe einmalig ist. Daran erinnert sich, wer in diesen Tagen voller Erwartung auf die am 17. Januar in Stockholm beginnende neue Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) hlickt. Bonn geht auch in dieses Treffen mit dem Willen, der Sicherheit „mit immer weniger Waffen“, wie Kanzler Kohl nicht müde wird zu erklären, zum Durchbruch zu verhelfen.

Kohl, „politischer Großvater“, der erste Kanzler der Bonner Republik, Konrad Adenauer, war es, der 1954 in Schreiben an die Regierungen der drei westlichen Siegermächte den Verzicht auf die Herstellung und den Besitz atomarer, biologischer und chemischer Waffen erklärte. Dies geschah im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Pariser Verträge (später Deutschlandvertrag genannt), die das Besatzungsregime der drei Mächte beendeten und der Bundesrepublik wie es im Artikel 1, Absatz 2 heißt, „die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“ gaben.

Der Verzicht auf deutsche ABC-Waffen allerdings war nur möglich, weil die von Besatzern zu Verbündeten gewordenen Staaten Frankreich, Großbritannien und vor allem die USA sich zur „Beschränkung“ der Bundesrepublik mit Atom- und auch chemischen Waffen bereitfinden. Dieser „Schutz“ war damals nicht nur heute noch nötig gegenüber einer Sowjetunion, deren Waffenspotential besonders auch bei der nuklearen wie chemischen Rüstung bislang wenig Tendenz zur Verringerung zeigt, ganz im Gegenteil.

Alle Bundesregierungen haben seitdem mit großer Energie versucht, auf dem Feld der Abrüstung zu allgemeinen und umfassenden geltenden internationalen „Verbindungen“ und Verträgen beizutragen. „Besonders tragend dabei die Bonner Bemühungen zur Beschränkung der Kernwaffenrüstung, vorläufig 1964 ratifizierte die Bundesrepublik den Vertrag, der die gesamte Kernexplosion in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser verbietet, 1974 den Vertrag über das Verbot der Weiterverbreitung der Atomkraft, der gleichzeitig die Atomkraft zu Verhandlungen über die nukleare Abrüstung verpflichtet, und 1972 schließlich den Vertrag, der die Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen ablehnt.

Ebenso energisch kümmerten sich die Bonner Regierungen auch um die Abrüstung bei den biologischen und chemischen Waffen. 1982 ratifizierte der Bundestag das Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung von biologischen und Toxin-Waffen. Bei den chemischen Waffen kann Bonn für sich in Anspruch nehmen, ein Vorreiter zu deren Verbot zu sein. Für Fachleute ist klar, daß ein derartiges Verbot letztlich nur wirklich durchzusetzen ist, wenn es an Ort und Stelle überprüft wird. So hat die Bundesregierung unter Federführung ihres Abrüstungsbeauftragten, Botschafter Friedrich Ruff, schon 1979 ein internationales Seminar über die Verbotüberprüfung (Verifikation) bei C-Waffen veranstaltet.



Termine, Termine – und der Fahrer muß alles: Bundesaußenminister Genscher mit Dienstwagen. FOTO: JUPP DÄRCHINGER

Wenn der Streß der Politiker zum Streß ihrer Fahrer wird

Politiker haben es eilig, die Terminkalender sind voll. Die Fahrer ihrer Dienstwagen bekommen dies zu spüren. Es gibt Gründe für Sonderrechte der Politiker auf den Straßen, doch es gibt auch eine rechtliche Grauzone. Wenn es einmal bummelt, zahlt der Fahrer die Zeche.

Von PETER PHILIPPS und STEFAN HEYDECK

Ich bitte Sie, mich jetzt zu entlassen, damit ich pünktlich zur nächsten Veranstaltung kommen kann. Denn auch Sie sehen es zu Recht nicht gerne, wenn Minister mit ihren schweren Limousinen über Land rasen“, sagte ein Bonner Regierungsmittglied am Ende einer Kundgebung. Sprach's, schwang sich in seinen dunklen Dienst-Mercedes – und raste mit seinem Begleitkommando los. Geschwindigkeitsbegrenzungen wurden ignoriert. Überholverbote existierten nicht. Vorfahrt für das Minister-Auto erwarg der begleitende Sicherheitswagen notfalls mit Blaulicht.

Dies ist keine ungewöhnliche Situation, wenn gestreifte Bonner Polit-Prominenz zum Einsatz ist. Bei der Jagd zu Terminen gibt es keine Parolen. Nur dem Können der Fahrer verdanken es Politiker, aber auch „normale“ Verkehrsteilnehmer, daß schwere Unfälle – wie am Dienstag bei Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher – selten passieren. Hinzu kommt, daß die Panzerung der Nobel-Karosserien, die wegen der Terroristenanschläge vor über einem Jahrzehnt eingeführt worden war, zumindest das Leben der Insassen von Dienstwagen zusätzlich schützt.

Vier Tote bei einem Unfall im Konvoi

So kam zum Beispiel im März 1982 der damalige Minister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD) relativ glimpflich davon: Ähnlich wie jetzt bei Genscher kam sein Mercedes auf der Autobahn ins Schleudern. Franke prallte gegen die Windschutzscheibe und erlitt nur schwere Kopfverletzungen.

Der bisher schwerste Unfall bei einer Konvoi-Fahrt ereignete sich im September 1976 in der Lüneburger Heide: Auf einer Wahlkampfreise mit Genscher konnte eines seiner Begleitfahrzeuge beim Überholen auf einer Bundesstraße nicht mehr rechtzeitig einscheren und stieß mit einem entgegenkommenden Auto zusammen. Es gab vier Tote. Seit damals fahren unter anderem Genscher und heutige Bundeskanzler Helmut Kohl demonstrativ zurückhaltend, wenn Journalisten in ihrem Konvoi mitreisen. Auf das hilflose Blaulicht wird dann verzichtet.

Zu Blauschäden kommt es häufiger. Kein Wunder bei der vom Terminkalender bestimmten Hetze: Besonders außerhalb der Ortschaften fegt der Politikerwagen meistens mit Höchstgeschwindigkeit voran, der Begleitwagen mit den Sicherheitsbeamten leicht versetzt im Meterabstand hinterher. Auch tagsüber wird mit vollem Licht und notfalls aggressivem Fahrstil für freie Bahn gesorgt. Nichts und niemand soll Spitzenpolitikern an ihrer Pflichtübung hindern.

In einigen Ostblock-Ländern sind für hohe Funktionäre sogar besondere Fahrsprengen eingerichtet worden. Kein normaler Bürger darf sie benutzen. Im übrigen ist die Funktionsvorfahrt generell eingebaut. In einem demokratischen Rechtsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland ist dies natürlich anders geregelt. Nach der Straßenverkehrsordnung (StVO, Paragraph 28) sind „Rennen mit Kraftfahrzeugen verboten“. Und ebenfalls genau geregelt ist, wann die gesetzlichen Vorschriften in Ausnahmefällen straflos übertreten werden dürfen: Nach Paragraph 16 des Ordnungswidrigkeitengesetzes „handelt nicht nur rechtswidrig, wer „in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben“ usw., eine Handlung begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden“. Und im Paragraphen 35 der StVO heißt es unter anderem: Die Polizei hat Sonderrechte, „soweit das zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben dringlich geboten ist“. Aber, so Absatz 4 dieser Verordnung: „Die Sonderrechte dürfen nur unter gebührender Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgeübt werden.“

Für Experten im zuständigen Bonner Verkehrsministerium sind diese Ausnahmefälle die einzige denkbare Grundlage für das „alltägliche“ Verhalten von Spitzenpolitikern im Straßenverkehr. Die Regelung besteht im Zusammenhang mit dem Bemühen, Leben und Sicherheit von Repräsentanten der Regierung und der Parteien vor möglichen Terroranschlägen wirkungsvoll zu schützen. Nicht gerechtfertigt sei es jedoch, so wird im Verkehrsministerium betont, den Paragraphen 35 der StVO „auch zum Kaffeholen“ heranzuziehen.

Was dazwischen liegt, zum Beispiel Wahlkampfreisen, ist eine auslegungsfähige Grauzone. Hier halten sich aber Experten selbst bei Nachfragen mit einer Bewertung zurück.

Deutlicher wird da ein Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes (BKA), das für den Schutz der Polit-Prominenz zuständig ist und zum Teil auch die Fahrer der Dienstwagen stellt. Nach seiner Meinung kann der Ausnahme-Paragraph der StVO bei normalen Fahrten „im Grunde überhaupt nicht“ zur Anwendung kommen. Aber: „Unsere Beamten haben einen Auftrag. Und den erfüllen sie.“ Das Risiko bei Verkehrsübertretungen trägt deshalb allein der Fahrer des Dienstwagens. Der BKA-Mitarbeiter kennt mehr als einen Chauffeur, der „kräftig berappen mußte“. Von einem Chef wurde, nach meiner Erinnerung, dabei noch keiner „herausgeholt“. Dennoch beschwert sich keiner der Fahrer öffentlich.

Beschwerde von Ministerin Wilms zurückgewiesen

Der letzte bekannt gewordene Fall, bei dem einer erwischte wurde, traf den Dienst-BMW der Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU). Mit überhöhter Geschwindigkeit wollte die Politikerin eine Veranstaltung in Düsseldorf erreichen. Dies kostete nicht nur ein Strafmandat, sondern auch eine Beauftragung durch einen jungen Polizeibeamten. Der damals zuständige Regierungspräsident Achim Rohde wies ihre Beschwerde zurück und betonte: Zu den „dienstlichen Obliegenheiten“ des Beamten gehöre es auch, „mit dem jeweiligen Verkehrsteilnehmer ein klärendes Gespräch zu führen“ – gerade wenn, wie in diesem Fall, ein „ordnungswidriges Verhalten“ vorliege, das eine „Hauptunfallsache“ sei, „mit ihren oftmals tragischen Folgen für unbeteiligte Dritte“.

Es gab einmal eine Zeit, in der das Bundeskanzleramt eine Höchstgeschwindigkeit für Dienstfahrzeuge angeordnet hatte: 100 km/h auf der Autobahn, 80 km/h auf den Land- und Bundesstraßen. Die Bonner Politiker wollten in jenem Jahr 1973, während der Ölkrise, den Bürgern mit gutem Beispiel vorangehen. Sechs Jahre später, 1979, wies Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) die Fahrer seines Ministeriums an, nicht mehr unnötig zu überholen und auf Autobahnen 130 km/h nicht zu überschreiten.

Doch dies ist lange her – falls sich überhaupt jemand daran gehalten hat.

Die „friedliche Revolution“ des Präsidenten Alfonsín

„100 Jahre Demokratie“ hat Raúl Alfonsín den Argentinern versprochen, und er geht in den ersten Tagen seiner Präsidentschaft mit Vehemenz daran, dafür die Weichen zu stellen: durch die Entmachtung der Militärs. Er scheint die Gunst der Stunde zu nutzen, denn noch nie waren die Streitkräfte so diskreditiert.

Von WERNER THOMAS

Der peruanische Präsident Fernando Belaunde Terry kürte ihn zum „Mann des Jahres“. Isabel Peron schwärmte nach einer kurzen persönlichen Begegnung: „Brillant.“ Americas Vizepräsident George Bush urteilte etwas nüchterner: „Ein fähiger Führer, ein Vertreter des Rechtsstaates.“ Selbst seine Gegner, deren Zahl sich noch in Grenzen hält, gestehen zu: Raúl Alfonsín ist eine ungewöhnliche Persönlichkeit.

Wie ein Komet war dieser schnauzhäutige, zur Korpulenz neigende Anwalt aus der Provinzstadt Chacabuco am politischen Firmament Lateinamerikas aufgestiegen. Der bemerkenswerte Aufstieg eines lateinamerikanischen Politikers seit Fidel Castros Triumph vor 25 Jahren. Der bolivianische Präsident Hernán Siles Zuazo sagte: „Alfonsín gibt diesem Kontinent eine neue Hoffnung. Die Militärs sind in die Defensive geraten.“ Sein peruanischer Kollege Belaunde Terry stimmt überein: „Alfonsín wird den Demokratisierungsprozess Lateinamerikas konsolidieren.“ Siles und Belaunde zählen zu den Ehrengästen bei Alfonsíns Amtseinführung. Sieben lateinamerikanische Staatschefs waren gekommen.

Auch den Gewerkschaften ist der Kampf angesagt

Demokratie allein sichert jedoch keine Stabilität. Gerade in Peru und Bolivien wackelt das demokratische Fundament. Im Gegensatz zu Belaunde und Siles, zwei ergrauten Herren um die siebzig, die ihre Nationen nicht mehr inspirieren, regiert der 57jährige Raúl Alfonsín mit Elan, Courage und frischen Ideen. Er möchte sein Land einer radikalen Strukturveränderung unterziehen, die ein politischer Beobachter in Buenos Aires eine „friedliche Revolution“ nannte: die permanente Entmachtung der Militärs und der peronistischen Gewerkschaften.

Die meisten Militärs hüllen sich in Schweigen. Schweigen ist meine Strategie“, bekannt Bignone, wenn er die Reporterfragen zurückweist. Nur ein prominenter General spendet ständig Applaus: Alejandro Lanusse, der Präsident von 1971 bis 1973. „Die Streitkräfte müssen sich endlich dem zivilen Sektor unterstellen, wie das die Verfassung fordert“, meint er. „Nach diesem Desaster (der Militärschmach) darf es keine weiteren Abenteuer dieser Art mehr geben.“ Der neue Präsident kämpft an zwei Fronten. Auch die peronistischen Gewerkschaften, ein Staat im Staat seit den Nachkriegsjahren, sollen ihre Macht verlieren. Alfonsín präsentierte dem Kongreß eine neue Gesetzgebung, die den Wahlmodus der Funktionäre verändert und den unabhängigen Kandidaten gleiche Chancen einräumt. Alfonsín hat oft die „Gewerkschaftsollgarantie“ verurteilt. Sein Schlüsselwort heißt „Demokratisierung“.

„Keine Demokratie mit Hungerlöhnen“

Die Gewerkschaftsbosse wehrten sich lautstärker als die Militärs. Sie versuchen ihre Wut mit einer Kritik an den ihrer Ansicht nach zu geringen Lohnerhöhungen der Regierung zu verbinden, um Sympathie unter der Bevölkerung zu sammeln. „Wir werden keine Demokratie mit Hungerlöhnen und Arbeitslosigkeit dulden“, warnte Saul Ubaldini, der Generalsekretär einer der beiden großen peronistischen Gewerkschaften. Er vernahm den von Alfonsín versprochenen Dialog. „Dies war ein Monolog, der an die Militärdiktaturen erinnerte.“ Ubaldini drohte: „Wir werden streiken, so oft wir das für notwendig halten.“ Alfonsín antwortete: „Ein schlechter Witz.“ Der Konflikt ist programmiert.

Raúl Alfonsín, Vertreter der radikalen Bürgerunion, einer links von der Mitte angesiedelten Partei, hat nichts dagegen, wenn man ihn als Sozialdemokraten bezeichnet. Er läßt sich jedoch ideologisch ungern einordnen. Er denkt pragmatisch, er will erneuern und modernisieren. Bisher erhebt sich der Star der lateinamerikanischen Politik einer beispiellosen Popularität. Doch Raúl Alfonsín macht sich keine Illusionen. „Die Flitterwochen gehen vorbei“, sagt einer seiner Mitarbeiter, „bald kann uns ein schärferer Wind ins Gesicht blasen.“ Aber dann sollen die Weichen gestellt sein. Alfonsín verspricht: „100 Jahre Demokratie“. Wenn er seine sechsjährige Amtsperiode absolviert, hat er bereits Geschichte gemacht: Das ist in den letzten 53 Jahren nur einem gewählten Präsidenten gelungen: Juan Peron. (SAD)



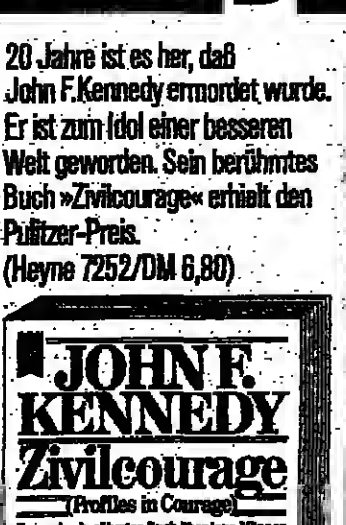
Der Mann mit der „überwältigenden Präsenz“: Raúl Alfonsín, seit knapp einem Monat Argentinien Präsident. FOTO: DPA

Neue Heyne-Taschenbücher

Hier sind 8 von über 40 neuen Heyne-Taschenbüchern im Januar '84.

HEYNE
BÜCHER

Die besten und packendsten Abenteuer-Geschichten großer Autoren, herausgegeben von Rüdiger Nehberg, dem „Abenteurer Nr. 1 unserer Zeit.“ Gefahr, Spannung, Exotik. (Heyne 6309/DM 7,80)



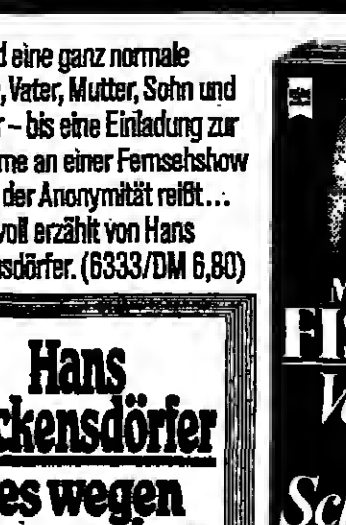
20 Jahre ist es her, daß John F. Kennedy ermordet wurde. Er ist zum Idol einer besseren Welt geworden. Sein berühmtes Buch „Zivilcourage“ erhält den Pulitzer-Preis. (Heyne 7252/DM 6,80)



Vierte Dimension, Kolonisierung des Solarsystems, Welt ohne Entfernung... Eine Untersuchung der Grenzen des Möglichen von Arthur C. Clarke, dem Autor der Weltraumfolge „2001“ und „2070“. (Heyne 7240/DM 9,80)



Von einem, der auszog, den Traum vom alternativen Leben zu verwirklichen. Der Bericht eines Aussteigers, der zeigt, daß auch die Wunschwelt so manche Tücken mit sich bringt. (Scene 5/DM 5,80)



Sie sind eine ganz normale Familie, Vater, Mutter, Sohn und Tochter – bis eine Einladung zur Teilnahme an einer Fernsehshow sie aus der Anonymität reißt... Humorvoll erzählt von Hans Blickensdörfer. (6333/DM 6,80)



Drei Geschwister im Widerstreit zwischen Egoismus und Liebe. Ein gefühlsstarker Roman, wie ihn nur eine Autorin schreiben kann: die beliebte Erfolgsautorin Marie Louise Fischer. (Heyne 6308/DM 6,80)



Die ganz spezielle „HÖRZU-Minus-Diät“, bei der Sie garantiert abnehmen, wenn Sie sie konsequent durchführen. Hunderttausendfach erprobt. (Heyne 4393/DM 7,80)



Umfassendes Wissen über Aufnahmetechniken und Gestaltungsmöglichkeiten beim Filmen. Das Handbuch für den ambitionierten Schamfilm- und Video-Amateur. Mit vielen Bildbeispielen. (Heyne 4932/14,80)

An den Wilhelm Heyne Verlag
Postfach 201204, 8000 München 2
Bitte kostenloses neues Gesamtverzeichnis senden an:
(Genaue Anschrift) WB 1

Tokio will sein Verhältnis zum Kreml „entfrosten“

FRED DE LA TROBE, Tokio
Japan wird sich um einen verstärkten Dialog mit der Sowjetunion bemühen, um die Territorialfrage zwischen beiden Ländern zu lösen und einen Friedensvertrag abzuschließen. Das erklärte der japanische Ministerpräsident Nakasone zum neuen Jahr vor der Presse. Er forderte auch zu einem baldigen Treffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Reagan und dem sowjetischen Premierminister Gorbatschow, um die gefährlichen Spannungen zwischen Ost und West abgebaut werden könnten.

Der japanische Außenminister Abe pflichtete seinem Regierungschef bei und führte im einzelnen verstärkte kulturelle, wirtschaftliche und persönliche Kontakte als geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen an. Er werde erneut versuchen, seinen sowjetischen Amtskollegen Gromyko zu einem Besuch nach Japan zu bewegen.

Politische Kreise in Tokio sehen in diesen neuen Forderungen eine Akzentverlagerung auf „Friedensdiplomatie“ als Folge des für die Regierungspartei ungünstigen Wahlausgangs im Dezember. Nakasones neue Mannschaft will jetzt einen neuen Anlauf zur Enteisung des frostigen Verhältnisses zu Moskau unternehmen. Seit dem Abschuß einer sowjetischen Jumbo-Liniemaschine nahe der Insel Sachalin durch sowjetische Abfangjäger im vergangenen Herbst waren die bilateralen Beziehungen auf ein neues Tief gesunken.

Zu den Reibungspunkten gehören nach wie vor der Territorialstreit, die scharfe Begrenzung der japanischen Fischerei in den Grenzgewässern und die fortgesetzte sowjetische Aufrüstung in Ostasien. Japan hält unbeeinträchtigt an seinem Anspruch auf die Rückgabe der Inseln Etorofu, Kunashiri, Shikotan und der Habomai-Gruppe nördlich von Hokkaido fest, obwohl die Sowjets nicht einmal bereit sind, über diese Frage zu reden. Ferner erhalten nur Fischer, die sich Moskau gegenüber „freundschaftlich“ zeigen – das heißt oft: auch Spionagedienste leisten –, sowjetische Lizenzen, die das Fischen in den Grenzgewässern gestatten.

144 SS-20-Raketen

In dem umstrittenen Territorium, das bis vor zwei Jahren nur einige schwache militärische Außenposten hatte, sind inzwischen 10.000 Mann stationiert. Hier befindet sich auch eine wichtige Basis für die pazifische Flotte, der 125 Angriffs-U-Boote angehören. 30 moderne MiG-Kampfflugzeuge sind nach Etorofu verlegt worden. Dahinter steht in Sibirien das Drohpotential der auf China, Japan und Südostasien gerichteten 144 SS-20-Raketen (432 Sprengköpfe).

Laut japanischen Kreml-Beobachtern ist der Kurs Moskaus unverändert darauf ausgerichtet, das Ausscheiden Japans aus seinem amerikanischen Bündnis und ein Rückschrauben seiner Verteidigungsanstrengungen zu erreichen. So versuchen die Sowjets, ihre Lobby unter japanischen Politikern, Unternehmern, in den Medien und kulturellen Kreisen zu verstärken. Sowohl in der regierenden Partei wie unter den Sozialisten, der Hauptopposition, gibt es ansehnliche sowjetische Freundesgruppen. Die Wirtschaft ist der Bereich, dem die neuen Führer Tokios auf bessere Beziehungen die meisten Erfolgsaussichten eingeräumt werden. (SAD)

Besserer Schutz bei Unfällen im Ausland

hey, Bonn
Deutsche Autofahrer werden künftig bei Unfällen im Ausland besser geschützt. Sie müssen nicht mehr befürchten, daß ihre Unfallgegner unversichert sind. Denn nach Angaben von Bundesjustizminister Hans Eichel wurde zum Jahreswechsel eine EG-Richtlinie verabschiedet, mit der der gesamte Bereich der Gemeinschaft einheitliche Mindestversicherungsbedingungen für die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung festgelegt worden sind. Die Richtlinie wird allerdings in unterschiedlichen Zeiträumen in Kraft gesetzt.

So soll die Mindestversicherungssumme bei Sachschäden auf rund 230.000 DM und bei Personenschäden auf etwa 800.000 DM mit einer Obergrenze von 1,5 Millionen DM bei mehreren Geschädigten beraufgesetzt werden. Allerdings ändert sich für die Bundesrepublik Deutschland, wo die Untergrenzen bereits bei 400.000 DM für Sach- und einer Million DM für Personenschäden liegen, nichts.

Erhebliche Verbesserungen soll es aber in Italien und Griechenland geben. Italienische Versicherungen zahlen bisher bei Sachschäden nur bis zu 25.000 DM, bei Personenschäden bis zu 125.000 DM. In Griechenland werden sogar nur bis zu 5000 DM bei Sachschäden und bis zu 10.000 DM bei Personenschäden erstattet. Beide Länder dürfen auf Grund ihrer Wirtschaftslage die Neuregelung schrittweise innerhalb der nächsten Jahre einführen.

Auf dem Dreikönigstreffen in Stuttgart geht es um den künftigen Kurs der FDP

Morlok will „bayerische Verhältnisse“ verhindern

XING-HU KUO, Stuttgart
Die baden-württembergische FDP ist fest entschlossen, nach der Landtagswahl am 25. März dieses Jahres auch in Stuttgart eine christlich-liberale Koalition zu bilden. Damit sollen „bayerische Verhältnisse“ im Südwesten verhindert werden. Dies erklärte der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Südwest-FDP, Jürgen Morlok (38), gestern auf dem 121. Dreikönigstreffen in der Stuttgarter Liederhalle. Mit diesem Parteitag wurde der Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg eröffnet.

Morlok betonte, die FDP könne und müsse dieses Ziel 1984 nach 13 Jahren Opposition erreichen, damit die „Annoyance der Macht“ der CDU, die seit zwölf Jahren alleine regiert, nicht dazu führe, „daß der personelle Filz bis in die letzte Amtsstube hinein“ vordringe. Bei aller grundsätzlichen Kritik an der Regierung Lothar Späth unterstützte Morlok, daß es zu dieser angestrebten Koalition mit der CDU keine „Alternative“ gebe. Außerdem gebe es mit der Union seit geraumer Zeit zahlreiche Übereinstimmungen in wichtigen Bereichen der Wirtschaft, Haushalts-, der Steuer- und Sozialpolitik.

Morlok verwies sodann auf die „Früchte“ der christlich-liberalen Koalition in Bonn, die es durch ein solches Bündnis auch in Stuttgart zu sichern gelte: das wirtschaftliche Klima allgemein, das verbesserte Wirtschaftswachstum, die gestiegene Auftragslage und die Entwicklung

auf dem Arbeitsmarkt verdeutlichen, „daß die Wirtschaft wieder Fuß gefaßt“ habe, betonte der Redner.

Eine solche positive Entwicklung, so Morlok weiter, dürfe nicht etwa durch einen „SPD-Kurs“ gefährdet werden: mehr Staat, weniger Markt, mehr Dirigismus, weniger unternehmerische Freiheit. Auch würde ein solcher Kurs zu „mehr staatlicher Verschuldung und mehr Steuern sowie Abgaben führen“. Aber auch in anderen wichtigen Bereichen habe die SPD nach Ansicht des FDP-Landesvorsitzenden ständig „auf die falschen Pferde gesetzt“. Sie habe sich „in der Friedenspolitik – wie in der Wirtschaftspolitik – hemmungslos opportunistisch in die Büsche geschlagen“.

Zu der heftigen Ablehnung führen der CDU-Politiker im Südwesten gegen das Koalitionsangebot meinte Morlok: „Wir leben nicht im Späth-Absolutismus“. Wenn der Wähler seine „liberale Überzeugung erst einmal auf dem Stimmzettel dokumentiert“, wenn eine Koalition „erzwingen“ werde, dann „wird Lothar Späth der erste sein, der diese Koalition preist und feiert“.

Der FDP-Landeschef, der auch einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Partei ist, unterstrich sodann die Bedeutung einer Stuttgarter CDU/FDP-Koalition für die Bonner Regierung und die Bundespolitik. Die Bildung eines solchen Bündnisses würde Bundesregierung und FDP „entscheidend stärken“.

Schwerpunkt Wirtschaftspolitik

STEFAN HEYDECKE, Bonn

Die FDP-Führung will das traditionelle Dreikönigstreffen der Liberalen in Stuttgart zu ausführlichen Beratungen über den künftigen Kurs nutzen. Die Freien Demokraten wollen es zwar weiter nachdrücklich ablehnen, zur „Wirtschaftspartei“ zu werden oder sich einen Platz „rechts von der CDU“ zuweisen zu lassen. Andererseits aber wollen sie angesichts der innenpolitischen Lage der Wirtschaft und Finanzpolitik einen höheren Stellenwert als bisher einräumen.

Ursprünglich wollte die FDP – genauso wie am 6. Januar vergangenen Jahres den Bundestagswahlkampf – auch diesmal wieder als erste Partei auf dem Dreikönigstreffen mit FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher und Generalsekretärin Ingrid Adam-Schwaezler den baden-württembergischen Landtagswahlkampf eröffnen. Genscher hatte die Absicht, wie schon mehrfach in den zurückliegenden Wochen, mit seiner Forderung nach einer „Leistungsethik“ die Themen Wirtschaft, Technologie und Forschung sowie Bildung und Datenschutz in den Mittelpunkt zu stellen. Nach seinem Verkehrsunfall vertritt ihn jetzt morgen Fraktionschef Wolfgang Mischkin.

Vor und nach der Kundgebung am Freitag wollen Präsidium und Bundesvorstand hinter verschlossenen Türen tagen. Dabei soll es vor allem um die Vorbereitung des Europawahlkampfes und die Verabschiedung

des neuen Haushalts der Partei gehen. Nicht beraten werden soll entgegen ursprünglichen Überlegungen von Genscher über personelle Veränderungen im Präsidium, das der Parteitag Anfang Juni in Münster turnusgemäß neu wählt. Dazu wird es voraussichtlich am 29. Januar auf einer Klausursitzung in Heilbronn kommen.

Im Sonderzug unterwegs

In Stuttgart wird Martin Bangemann, Vorsitzender der Liberalen Fraktion (ELD) im Straßburger Parlament und aller Wahrscheinlichkeit nach wieder Spitzenkandidat der FDP, das Europawahlkampfkonzert vorstellen. Es soll noch in diesem Monat endgültig beschlossen werden. Fest steht bisher, daß die Liberalen wie vor den Bundestagswahlen wieder mit einem Sonderzug unterwegs sein werden.

Außerdem will die Parteiführung die Bundesvertreterversammlung, die am 21. Januar in Leverkusen die Kandidatenliste wählt, vorbereiten. Nach einigen Tauschen hinter den Kulissen zeichnet sich jetzt ab, daß auf den ersten zehn Plätzen alle Landesverbände mit je einem Bewerber vertreten sein werden. Das bedeutet, daß die Jungen Liberalen mit ihrem signalisierten Anspruch auf einen der vorderen Plätze praktisch chancenlos sind.

Sorgen haben die Freien Demokraten nach wie vor mit ihren Finanzen und den sich daraus ergebenden Fol-

gen. Nachdem bereits im letzten Jahr erhebliche Einsparungen notwendig geworden waren, muß die Partei auch 1984 wieder mit etwa fünf Millionen DM auskommen. Mit weniger als 20 Mitarbeitern – vom Boten bis zum Generalsekretär – werden im Thomas-Dehler-Haus ein Drittel weniger als Anfang 1983 beschäftigt. Vor zehn Jahren waren es noch über 60 Angestellte. Allerdings wurden inzwischen zwei Unternehmen für Organisationsarbeiten und Serviceleistungen unter Vertrag genommen. Leer geworden ist es in der Parteizentrale, in der vorher die SPD ihren Sitz hatte, auch durch den Auszug der Friedrich-Naumann-Stiftung. Sie siedelte zum Jahreswechsel nach Königswinter um.

Erörtert werden soll bei der Sitzung in Stuttgart auch die Entwicklung der Partei seit den Neuwahlen. In der FDP-Spitze wird von einem „Erfolgsgeschichte“ gesprochen, weil die Liberalen trotz aller Anfeindungen am 6. März die Fünf-Prozent-Hürde deutlich übersprungen und auch in Hessen die Rückkehr in den Landtag erreicht hätten. Aus allen Umfragen gehe hervor, daß man sich „eindeutig stabilisiert“ habe. So liege die Partei bei den Zweitstimmen zwischen sieben und acht Prozent, bei der Sympathiefrage bei fünf Prozent. Das spiele sich auch in der Mitgliederbewegung wider. Die FDP, die bei der „Wende“ zunächst zehn Prozent ihrer Anhänger verloren hatte, zählt jetzt wieder rund 80.000 Mitglieder und hat „mehr Zu- als Abgänge“.

Mondale greift Außenpolitik Reagans an

DIETRICH SCHULZ, Washington
Walter Mondale, der unter den demokratischen Bewerbern um die Präsidentschaftskandidatur eine Spitzenposition einnimmt, hat das Wahljahr 1984 mit einem Frontalangriff auf die Außenpolitik Präsident Reagans eröffnet. In einer Rede vor dem Nationalen Pressclub in Washington gab der frühere Vizepräsident die Parole aus, die der ihm zineigende Flügel der Demokratischen Partei im Wahlkampf dieses Jahres gegen den amtierenden Präsidenten ins Spiel bringen will. Sie basiert auf dem Vorwurf, daß die Welt nach drei Jahren der Amtszeit Präsident Reagans weniger sicher sei als vorher.

Rhetorische Frage

Mondale zeigte die Linie seines Angriffspunkts, als er in seiner Ansprache die rhetorische Frage stellte: „Leben wir in einer sichereren Welt als vor drei Jahren?“ Der Oppositionspolitiker verneinte die selbstgestellte Frage und verwies auf drei Gebiete, auf denen die Entwicklung in den Jahren der Reagan-Amtszeit einen negativen Verlauf genommen habe: bei den Beziehungen um eine Rüstungskontrolle, im Nahen Osten und in Mittelamerika. Mondale nahm für die Carter-Regierung, in der er den Vizepräsidenten gestellt hatte, in Anspruch, auf diesen drei Gebieten eine bessere Politik betrieben zu haben.

Besonders beklagte Mondale, daß der Dialog mit der Sowjetunion seit völlig zum Stillstand gekommen sei. „Wenn der Erdball einem Pulverfaß gleicht, brauchen wir einen Präsidenten, der weiß, was er tut.“ Der Vorwurf geht in dieselbe Richtung, die Amerikas „elder statesman“, der 92jährige Averell Harriman, in einem Artikel in der „New York Times“ vorgezeichnet hatte.

Harrimans Attacke

Harriman, der schon seit Jahrzehnten die amerikanische Demokratische Partei mit Geldspenden und Ratschlägen unterstützt, gab praktisch das Startzeichen zur Attacke auf Reagan, als er erklärte, er habe drei Jahre lang zur Außenpolitik der neuen Regierung geschwiegen, nun jedoch wäre es unverantwortlich und unpatriotisch, dies noch länger zu tun. Reagan dürfe nicht länger erwarten, daß die Amerikaner eine Politik unterstützen, die unsere Beziehungen zur Sowjetunion – gefährlicher – macht als irgendwan in der vergangenen Generation. „Wenn die gegenwärtigen Tendenzen anhielten, vor allem auf dem Gebiet der Nuklearmassen und in den Beziehungen zu Moskau, dann könnten wir nicht nur dem Risiko, sondern der Realität eines Atomkrieges entgehen.“ (SAD)

Neue Schikanen an „DDR“-Grenze

Innerdeutsches Ministerium spricht von „eindeutiger Vertragsverletzung“

BERND HUMMEL, Eschwege

Im innerdeutschen Reise- und Besuchsverkehr zeichnen sich neue Belastungen ab. Nur wenige Monate nach der Auszahlung des Milliardenkredits an die „DDR“ und der im Gegenzug eingeräumten großzügigen Abfertigung von Reisenden aus der Bundesrepublik kommt es nun an den „DDR“-Grenzübergängen wieder zu Zurückweisungen und Schikanen. Beim Ministerium für innerdeutsche Beziehungen in Bonn spricht man gar von „eindeutigen Vertragsverletzungen“ durch die „DDR“. Betroffen sind vor allem Bundesbürger, die mit dem Kraftfahrzeug in die „DDR“ einreisen wollen. In verschiedenen Fällen wurden – dies ist bei den bundesdeutschen Grenzbehörden aktenkundig – Motorradfahrer von „DDR“-Grenzposten zurückgewiesen.

Keine Begründungen

Begründungen wurden meist nicht genannt. Festgehalten wurde jedoch die Auskunft eines „DDR“-Offiziers, der einen Motorradfahrer mit der Bemerkung zurückwies: „Wir wollen in der DDR keine Verkehrsrunder.“ Dessen ungeachtet können Motorradfahrer ohne Beanstandungen über die Transitstrecken nach Berlin oder Polen durch die „DDR“ reisen.

Bisher einzigartig ist, daß sich Zurückweisungen nicht gegen eine Person, sondern gegen bestimmte Fahrzeugtypen richten. Diese Erfahrung machte am Montag dieser Woche der 39-jährige Apotheker Detlef Papsdorf

aus Friedberg/Hessen. Er war mit seinem Wohnmobil über den thüringischen Grenzübergang Wutha eingereist, um in der Nähe von Leipzig Bekannte zu besuchen. Der Mann, der in den vergangenen Jahren laut Visa-Stempel bereits zwanzigmal mit diesem Fahrzeug nach drüben gereist war, wurde diesmal gestoppt. Die Grenzposten in Wutha begründeten die Zurückweisung so: „Ihr Fahrzeug ist zu schwer und macht unsere Straßen kaputt.“

Ähnliches hatte Papsdorf schon im Juli 1983 gehört, als er zum erstmalig zurückgewiesen worden war. Damals hatten sich „DDR“-Soldaten auf eine angeblich neue Bestimmung berufen. Doch nachdem der 39-jährige das Innerdeutsche Ministerium eingeschaltet hatte, waren weitere Besuche in der „DDR“ ohne Komplikationen verlaufen.

Papsdorf nahm am Dienstagmittag, nachdem er am Abend zuvor telefonisch bei der „DDR“-Vertretung in Bonn und beim Innerdeutschen Ministerium protestiert hatte, einen neuen Anlauf. Der Apotheker wörtlich: „Ich wollte einfach wissen, was die Verträge mit der DDR wert sind.“

In Wutha berief er sich auf den zwischen der Bundesrepublik und der „DDR“ am 28. Mai 1972 geschlossenen Verkehrsvertrag. In ihm wird unter Absatz IV pauschal die Einreise mit „Kraftfahrzeugen“ geregelt. Einschränkung für bestimmte Fahrzeugtypen weist das Vertragswerk nicht auf. Voraussetzung für die Einreise ist lediglich, daß das Fahrzeug

den Bestimmungen des jeweiligen Heimatstaates entspricht.

Zwei Stunden lang wurde Detlef Papsdorf festgehalten, befragt und belehrt. Der Hinweis auf den Verkehrsvertrag wurde von einem „DDR“-Offizier im Rang eines Oberleutnants wie folgt beantwortet: „Den Vertrag kennen wir auch.“ Aber es blieb dabei: Der 39-jährige mußte wieder umkehren. Zuvor hatte ihn der Offizier jedoch belehrt: „Die Zurückweisung richtet sich nicht gegen ihre Person, sondern gegen ihr Fahrzeug. Sie können mit einem normalen PKW wiederkommen.“ Das tat er dann auch am Mittwochvormittag, ohne daß er an der Weiterreise gehindert wurde.

Wieviel Freizügigkeit?

Bestimmungen, die in der „DDR“ die Zurückweisung von Motorradfahrern oder Fahrern eines Wohnmobils rechtfertigen, gibt es nicht – wenigstens nicht offiziell. Beim Innerdeutschen Ministerium hat man jedoch ermittelt, daß von den „DDR“-Behörden interne Verordnungen formuliert wurden, die den Inhalt und Geist des zwischenstaatlich geschlossenen Verkehrsvertrags unterlaufen. Bei Verhandlungen innerhalb der Gemeinsamen Grenzkommission bestritten die „DDR“-Vertreter jedoch jede zusätzliche Regelung und beriefen sich – zahlreiche Proteste ungeachtet – auf die Freizügigkeit, die der Verkehrsvertrag gestatte. Das Innerdeutsche Ministerium hat angekündigt, es wolle sich nun in Gesprächen mit Regierungsvertretern der „DDR“ um die Einhaltung des Vertrages bemühen.

Die wohltemperierte Politik des Bernhard Vogel

Von JOACHIM NEANDER

Müßte man im Rückblick auf 1983 für Rheinland-Pfalz einen Titel suchen – dieser käme der Wahrheit nahe: das ruhigste Land der Republik. Zwar wird nicht jeder das als reines Kompliment auffassen. Aber an den Tatsachen ist nicht zu rütteln.

Es gab keine landesspezifische Krise, weder politisch noch wirtschaftlich. Die gesunde Mittelstandsstruktur bewahrte selbst schwächere Regionen vor Problemen, wie sie in anderen Bundesländern die Diskussion beherrschen. Alle wirtschaftspolitisch relevanten Daten weisen Rheinland-Pfalz in den letzten Monaten den zweiten, dritten oder vierten Rang unter den Ländern zu. Eine Arbeitslosenquote wie z.B. Köln (vom Ruhrgebiet ganz zu schweigen) braucht hier kein einziger Arbeitsamtsbesitzer zu beklagen. Sogar die Nachfrage nach Lehrstellen konnte 1983 zu 99,5 Prozent befriedigt werden.

Im Bereich der neuen Medien behauptete Regierungschef Bernhard Vogel (CDU) als Vorsitzender der Rundfunkkommission der Ministerpräsidenten und mit ihm das von ihm geführte Bundesland die angestammte Führungsrolle, trotz heftiger Konkurrenz aus Bayern. Als erstes unter den vier Kabinettprojekten startete Ludwigshafen am 1. Januar ein Druckvoll mit seinem Programm. Auch im Tauschen um den ECS-Satelliten fällt Rheinland-Pfalz dank seinem bereits vorhandenen Gesetz eine Schlüsselrolle zu.

Dort, wo man kritische Ereignisse befürchtet hatte, blieben sie in Grenzen oder gänzlich aus. Der „heiße Herbst“ konzentrierte sich auf andere Regionen, trotz der vielen US-Garnisonen im Lande. Auch die Welterneuerungen, die nach zwei Riesenentwürfen vor allem an der Mosel große Schwierigkeiten prophezeit hatten, mußten sich korrigieren. Es blieb ruhig, obwohl Weinbauminister Otto Meyer klugweise vorläufige Staatsnotmaßnahmen unterließ. Und trotz des großen Politikerevents, den die rheinland-pfälzische CDU nach Berlin und Bonn in die Wege leitete, mußte, sind sogar die personellen Spekulationen um Vogels Kabinett eingeschlafen.

Natürlich sind die Probleme nicht alle gelöst. Weiterhin mehr als 100.000 Arbeitslose, ein deutlich konsolidierter Haushalt 1984/85, aber immer noch mit großen Risiken. Die Weinüberschüsse sind ein langfristiges Problem. Aber das Land scheint kein Nährboden mehr für große Unruhen zu sein. Nach der Landtagswahl, die ihm im März 1983 in einem Landtag mit nur noch zwei Parteien eine enddruckvolle Bestätigung seiner absoluten Mehrheit bescherte, haben Ministerpräsident Vogel und seine Regierung „ruhig, stetig und effektiv“ als in einigen Nachbarländern arbeiten können, wie der Regierungschef sich ausdrückt. Es sei auch „mehr geschehen als anderswo“.

Freilich fehlen die öffentlichkeitswirksamen Glanzlichter. In den 70er Jahren pflegte ein Landesminister, der zwei Wochen lang weder mit ei-

ner Verlautbarung noch mit einer Reformankündigung oder wenigstens einer Broschüre auf dem Markt der öffentlichen Meinung zu sehen war, schlecht zu schlafen und seinen Presseerfahrungen zu zitieren. Nach dieser Regel müßte das ganze Kabinett Vogel zeitweilig unter Schlaflosigkeit leiden.

Aber die Maßstäbe haben sich geändert. Fortschritt ist schwieriger geworden. Das Kabinettprojekt steckt trotz aller Erfolge noch vor. Bis man hier politischen Lorbeer erntet, wird Zeit vergehen.

Auch die Bemühungen von Regierung und Regierungspartei um ein

Landesbericht Rheinland-Pfalz

breites Gegengewicht gegen den wachsenden Antiamerikanismus im Gefolge der Raketenabwürfe. Die Gestaltung der Raketenabwürfe sind ein halbes Jahr pausieren. Er hat die Ereignisse im Land nur teilweise mitverfolgt, dadurch zwar die Führungsrolle in Partei und Fraktion natürlich zunächst verloren. Er denke nicht an Rücktritt, sagte er in seinem ersten Südwestfunk-Interview in diesen Tagen. Es gehe ihm sehr gut, er müsse allerdings erst einmal abwarten, wie es weiterlaufe.

Die rheinland-pfälzische SPD kennt sich in Sachen Ungewißheit an der Spitze aus. Auch diesmal wurde nach außen eiserne Disziplin ge-

ein wenig wohl auch am langen Atem der Geschichte orientierte Regie durch den im Nebenamt geleiteten Historiker Bernhard Vogel für etwas zu unauffällig halten. An Zukunftsentscheidungen für das nächste Jahrtausend scheint er weniger Freude zu haben als sein Kollege Späth. Aber, so wird gesagt, er sei manchmal auch ein etwas zu getreuer Vasall des Kanzlers. Und im Lande hätte weder der Minister noch die Ministerialbürokraten mehr richtig Angst vor ihrem Chef.

Die Hauptursache für die landespolitische Ruhe im vergangenen Jahr liegt wohl in der schwierigen Situation der SPD. Nach den ersten Erfahrungen des neuen Oppositionsführers Hugo Brandt erwartete im Frühjahr alles mit Spannung eine sich verschärfende Konfrontation. Aber dann mußte Brandt nach einem Herzinfarkt und einer unerwartet schwierigen Operation an den Herzkranzgefäßen ein halbes Jahr pausieren. Er hat die Ereignisse im Land nur teilweise mitverfolgt, dadurch zwar die Führungsrolle in Partei und Fraktion natürlich zunächst verloren. Er denke nicht an Rücktritt, sagte er in seinem ersten Südwestfunk-Interview in diesen Tagen. Es gehe ihm sehr gut, er müsse allerdings erst einmal abwarten, wie es weiterlaufe.

Die rheinland-pfälzische SPD kennt sich in Sachen Ungewißheit an der Spitze aus. Auch diesmal wurde nach außen eiserne Disziplin ge-

wahrt. Im zweiten Glied herrscht zwischen Politikern wie Rudolf Schärping, Werner Klein, Will Rotherly oder Michael Reitzel eine Art Einflus-Patt. Keiner prescht mehr vor. Wo es anfangs versucht wurde, zahlte es sich nicht aus.

Natürlich werden ganz diskret mögliche Nachfolgekandidaten gehandelt: etwa Brandts Stellvertreter Schärping als neuer Fraktionsvorsitzender und der pfälzische Bezirksvorsitzende Rotherly als neuer Landesvorsitzender, wobei der Reckenhäuser Anwalt und Protagonist des linken Flügels dann vermutlich auf das angestrebte Europa-Mandat verzichten müßte.

Vorausagen über den Oppositionstil im zweiten Jahr der Legislaturperiode sind schwierig. Auf die Frage, ob die Nachrüstung weiterhin auch landespolitisch ein Thema bleibe, antwortete Brandt sibyllisch: Einerseits sei eine demokratisch legitimierte Entscheidung in Bonn gefallen. Aber der „innere Widerstand“ der SPD bleibe bestehen, und sie werde nicht zögern, diesen inneren Widerstand auch nach außen sichtbar zu machen.

Prinzipielle Feindschaft zwischen den beiden großen Parteien scheint in diesem Land weiterhin unwahrscheinlich. Selbst der von der SPD angeordnete Boykott der Verleihung des Landesordens an Kanzler Kohl wurde vorzeitig abgebrochen: Beim anschließenden Empfang war die SPD-Spitze fröhlich wieder dabei.

Strafanzeige gegen Grass in Karlsruhe

DW, Karlsruhe
Beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe ist eine Strafanzeige gegen den Schriftsteller Günter Grass und andere Autoren wegen verfassungswidriger Einwirkungen auf die Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane (Paragraph 99 StGB) sowie wegen Störpropaganda gegen die Bundeswehr (Paragraph 109 StGB) eingegangen.

Grass und andere Schriftsteller hatten am 17. Dezember 1983 in der sogenannten „Heilbronner Erklärung“ dazu aufgerufen, den Wehrdienst in der Bundeswehr zu verweigern. Ihr Vorwurf: Dieser Dienst sei verfassungswidrig, weil die Bundeswehr sich angeblich auf einen Angriffskrieg vorbereite.

Die Anklage von Grass zielt auf die Behauptung: „Ich werde in Zukunft das tun, was früher im allgemeinen Sprachgebrauch Wehrkraftzersetzung genannt wurde.“

Der Generalbundesanwalt prüft zur Zeit, ob auf diese Strafanzeige strafprozessuale Maßnahmen zu veranlassen seien. Wie die WELT erfuhr, ist die Zuständigkeit des Generalbundesanwaltes gegeben.

DIE WELT (Isap 603-550) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 395,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 580 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Antwort der Soldaten

Der Schriftsteller Günther Grass hat während der sogenannten „Holländischen Begegnung“ der Bundeswehr vorgeworfen, sie handle verfassungswidrig und stehe außerhalb der Legalität. Daher müssten er, Pastor Albertz und andere die Soldaten zur massenweisen Wehrdienstverweigerung aufrufen.

In der Truppe herrscht Ärger. Ich höre manche Äußerung des Unmuts und des Zorns. Ein Wehrpflichtiger: „Wir haben uns vor Eintritt in die Bundeswehr entschieden. Wir sind Soldaten aus Gewissensgründen. Herr Grass sollte sich hüten, in unsere Kaserne zu kommen. Ich biete ihm Prügel an.“ Und ein Leutnant: „Wie lange müssen wir uns solche Flegelreden und Beleidigungen noch gefallen lassen? Haben Leute wie Grass, Albertz und Konsorten denn nicht kapier, daß sie, wenn die Bundeswehr nicht mehr ist, ihr nächstes Dickertruffen in einer sibirischen Schachtanlage abhalten können?“

Es gehört zu den politischen Instinktschwächen des ES-PE-DE-

Wahlbanners, daß er bei seiner neuen Aktion von „Wehrkraftzersetzung“ spricht. Mit diesem gedanklichen Bezug zum Terrorsystem der Nazis diskreditiert er unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. Und er verunglimpft die unzähligen Opfer, die unter brauner Herrschaft Verfolgung, Folter und Tod erlitten mußten.

Nicht die Bundeswehr und nicht die NATO gefährden den Frieden. Was uns bedroht, ist ein totalitäres Unrechtsregime, das die Welt Herrschaft anstrebt. Das weiß Herr Grass. Und er weiß auch von dem namenlosen Elend im Archipel GULag, von den Todesautomaten an Mauer und Stacheldraht, vom Schießbefehl. Wenn er dennoch Regierung und Bundeswehr angreift, dann muß man Böswilligkeit vermuten. Vielleicht haben die jungen Wehrpflichtigen recht, und es hilft hier wirklich nur eine Tracht Prügel.

Hans K. Nolzen, Generalmajor, Münster

dem Urteil verstoßen kann, „die anderen Bundesländer seien im Umweltschutz ein bißchen schwach auf der Brust“. Apropos: wer hat eigentlich das Verbandsklagerecht für anerkannte Umweltschutzverbände eingeführt? Bayern etwa?

Herr Strauß mag es daher den Naturschützern nicht verüben, wenn sie gegenüber einer Verfassungsänderung sehr skeptisch eingestellt sind. Die Erfahrung zeigt leider, daß die hohlen Phrasen der Übeltäter um so größer dimensioniert werden, je mehr es mit der Natur bergab geht.

O. Foedtko, Aschaffenburg

Glatter Hohn

Wenn die ÖTV-Vorsitzende Frau Wulf-Mathies behauptet, private Unternehmen seien nicht bereit, öffentliche Dienstleistungen in gleichem Umfang und in gleicher Qualität zu erbringen, so ist das glatter Hohn!

Als pensionierter Beamter reichte ich die Originalbelege über Arztbehandlung und Arzneikosten bei meiner privaten Krankenkasse ein, zum anderen schickte ich die gleichen Belege (als Duplikate) an das Niedersächsische Landesverwaltungsamt in Hannover. Beide Stellen teilen sich in die Erstattung, wobei es sich um Summen über 1000,- DM handelt.

Während meine Privatkasse im Herbst 1983 für Bearbeitung und Erstattung 12 Tage brauchte, brauchte das Niedersächsische Landesverwaltungsamt für die gleiche Arbeit volle 50 Tage – und das erst nach zwei mahnenden Ferngesprächen.

Am 7. November reichte ich wieder Belege über 1278,- DM ein. Meine Privatkasse erteilte am 18. November (= 11 Tage danach) vom Landesverwaltungsamt habe ich heute (27.12.83 = 51 Tage) noch nichts gehört. Jeder Bürger kann sicher weitere Beispiele nennen.

Das bedeutet für die hier genannten Fälle: daß der öffentliche Dienst für dieselbe Arbeit wenigstens viermal so viel Zeit benötigt wie die Privatsphäre; daß im öffentlichen Dienst für dieselbe Arbeit viermal so viel Arbeitskräfte (und Schreibtische und Räume und ... und ...) notwendig sind; daß die vom Steuerzahler finanzierte Arbeitszeit im öffentlichen Dienst viermal so teuer ist wie in der Privatsphäre.

Legt man die 40-Stunden-Woche der Privatsphäre zugrunde, so hat, was die Arbeitsleistung anbetrifft, der öffentlich Bedienstete längstens eine 10-Stunden-Woche, denn er schafft nur ein Viertel dessen, was sein privater Kollege schafft. Als Steuerzahler, der diese geringe Arbeitsleistung mitfinanzieren muß, kann ich die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen nur wärmstens begrüßen!

J. Garis, Bad Pyrmont

Reagans „Angebot“ kann nur heißen: Syrer müssen aus Libanon abziehen

Ein Kompromiß gefährdet Abkommen Beirut-Jerusalem / Seit zehn Jahren wird verhandelt

Von JÜRGEN LIMINSKI

Die Geschichte der syrisch-amerikanischen Beziehungen ist reich an Versäumnissen und Illusionen. Sie scheint sich in diesem Sinne weiter zu entwickeln. Das Verhandlungsangebot des amerikanischen Präsidenten Reagan an den syrischen Staatschef Assad entspringt innenpolitischer Not und außenpolitischer Ratlosigkeit. Reagan glaubt offenbar, von dem demokratischen Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur, Jesse Jackson, und dem Syrer Assad durch die Freilassung des Fliegerleutnants Goodman in Zugzwang versetzt worden zu sein. Anders ist sein Angebot kaum zu verstehen. Denn Amerika verhandelt bereits seit mehr als zehn Jahren mit Syrien allgemein um eine Lösung in Nahost und seit sechs Jahren im besonderen um Lösungen für die Libanon-Krise.

Dabei sind die Umstände und Gegebenheiten unverändert:

1. Syrien ist, wie Assad in einer Rede im Juni 1977 selbst erläuterte, militärisch bereits nachweislich seit Ende 1975 in Libanon präsent. Syrische Einheiten waren also illegal im Nachbarland aktiv, noch bevor die Amerikaner im Sommer 1976 Damaskus drängten, nach Libanon einzumarschieren. Die Abkommen von Kairo (9. Juni 1976) und Riad (17. Oktober 1976) schufen eine Rechtsgrundlage, die jedoch mit der Nichterneuerung des Mandats – abgesehen von zahlreichen Mißbräuchen, die die syrische Truppe als reine Besatzungsmacht bloßstellte – am 27. Juli 1982 erlosch.

Am 30. März des vergangenen Jahres schließlich wurde auch das Oberkommando der arabischen Abschreckungstreitmacht formell und offiziell aufgelöst.

2. Damaskus verheißt seither nicht mehr die wahren Absichten der Syrer in Libanon: Einverleibung in das imaginäre großsyrische Reich. Es ge-

be keinen Unterschied zwischen den beiden Völkern, behauptete in einem Interview mit „Le Point“ der syrische Präsident Assad, um die Präsenz der Syrer zu rechtfertigen. Diese bewaffnete Präsenz, so sein Außenminister Chaddam zusätzlich, sei „gegen Israel gerichtet“.

3. Der Schlüssel für die Befriedung und Befreiung Libanons liegt in Damaskus. Denn Israel hat sich dazu bereit erklärt und sogar vertraglich verpflichtet. Im Abkommen zwischen Beirut und Jerusalem heißt es außerdem in Artikel 6: „Jede vertragsschließende Partei unterbindet Einmarsch, Stationierung oder Durchzug durch ihr Territorium, ihren Luftraum sowie unter Berücksichtigung des Rechts auf friedliche Durchfahrt gemäß internationalem Recht ihrer Hoheitsgewässer durch militärische Streitkräfte sowie Kriegsmaterial und militärische Ausrüstungsgüter solcher Staaten, die sich gegenüber der anderen vertragsschließenden Partei feindselig verhalten.“

Sharon gestoppt

Das bedeutet, daß Israel sich erst zurückziehen kann, wenn keine feindlichen Truppen mehr auf libanesischem Boden stehen, mit anderen Worten, wenn Syrien sich zurückgezogen hat.

Washington hat unter den Präsidenten Nixon, Ford und Carter mit Damaskus verhandelt. Der frühere US-Außenminister Kissinger war bereit, die Forderungen der Syrer in puncto Libanon nachzugeben. Reagan übernahm die Hoffnungen, Syrien in das westliche Lager zu ziehen und aus dem Bündnis mit der Sowjetunion ausbrechen. Die große Gelegenheit für eine politische Neuordnung bot sich 1982. Aber die Regierung Reagan stoppte die Panzerarmee des damaligen israelischen Verteidigungsministers Sharon, der das gesamte libanesisch-

Staatsgebiet von Palästinensern und Syriern befreien wollte. Aber auch nach der syrischen Halbniederlage nutzte Washington die Gunst der Stunde nicht, sondern erlaubte dem Regime in Damaskus, sich mit sowjetischen Waffen wieder auf und hochzurüsten und somit auch politisch zu stabilisieren. Diese Gelegenheit wäre fast einhalb Jahre. Dann war sie vertan.

Im Dezember des vergangenen Jahres bot sich abermals eine Gelegenheit, als die syrische Führung durch die Herzatzen Präsident Assads in Turbulenzen geriet. Damaskus griff wieder wie schon im Spätsommer 1982 zum bewährten Mittel im Umgang mit Amerika: Verhandlungsbereitschaft signalisieren. Es empfing den amerikanischen Sonderbotschafter Rumsfeld und zeigte sich sehr gesprächswillig. Assad gewann fünf Wochen Zeit zur Genesung. Auch wenn er nicht mehr so arbeits- und handlungsfähig ist wie vor den übrigens offiziell eingestandenen Herzatzen im November, so reicht es offenbar doch aus, um die syrische Politik weiterhin zielstrebig zu verfolgen, gemeinsam mit seinen engen Vertrauten, die zeitweise die Führung übernommen hatten.

Nun will Reagan wieder mit Assad verhandeln. Seine Forderung aber kann nur lauten: Syrien muß abziehen, bedingungslos. Jeder Kompromiß gefährde das israelisch-libanesisch-abgesehene Abkommen und legalisiere die illegale Besetzung. Eingeklinkt zwischen innenpolitischer Syria und außenpolitischer Charybdis aber scheint es Reagan heute an Entschlossenheit zu fehlen: Ratlosigkeit verrät die Bemerkung eines Ratgebers dieser Tage: Es sei durchaus nicht unehrenhaft, so erklärte dieser, „zuzugeben, daß alle unsere Bemühungen, Libanon vor der Selbstzerstörung zu bewahren, vergeblich gewesen sind“.

Buenos Aires bietet Garantien für Falkland

rt, Buenos Aires

Die argentinische Regierung hat Großbritannien besondere Garantien angeboten, falls sich die Regierung in London zur Übergabe der Falkland-Inseln an Argentinien bereitfinden sollte. In der ersten Erklärung der neuen Regierung von Präsident Raul Alfonsín zum Falkland-Problem wird Großbritannien aufgefordert, über eine friedliche Übergabe zu verhandeln. Das Schicksal der rund 1800 Inselbewohner – die meisten sind Schafzüchter britischer Abstammung – könne dabei durch einen speziellen, noch auszuhandelnden Status abgesichert werden, ließ es in dem vom Außenministerium veröffentlichten Kommuniqué.

Argentinien hatte 1982 die Inseln vorübergehend unter seine Kontrolle gebracht, in einem kurzen Krieg dann aber wieder an Großbritannien verloren. Die Regierung in Buenos Aires hat sich bislang geweigert, das Ende der Feindseligkeiten zu bestätigen, bevor die Briten neuen Verhandlungen über die vor 151 Jahren von ihnen in Besitz genommene Inselgruppe zustimmen. Die Regierung in London hat das kategorisch abgelehnt.

Paris gibt deutsches Eigentum jetzt frei

dpa, Paris

Die Freigabe von deutschem Eigentum, das in Frankreich mit einer Verordnung aus dem Jahre 1944 beschlagnahmt worden war, hat jetzt Rechtsgültigkeit erlangt. Nach der Verabschiedung durch das Parlament und Unterzeichnung durch Staatspräsident François Mitterrand wurde das entsprechende Gesetz im Staatsanzeiger vom 4. Januar veröffentlicht. Innerhalb von drei Jahren können die deutschen Besitzer (oder ihre Erben), die es vor dem 2. September 1939 rechtmäßig erworben hatten, ihr Eigentum zurückfordern und zwar, wie es in dem Text heißt, ohne weitere Forderungen im heutigen Zustand.

Mischnick spricht an Genschers Stelle

hey, Bonn

Der FDP-Vorsitzende, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, hat nach seinem schweren Verkehrsunfall, bei dem er sich einen Brustbeinbruch zugezogen hatte, für die nächsten Tage alle Termine abgesagt. Beim traditionellen Dreikönigstreffen der Freien Demokraten morgen in Stuttgart wird für ihn sein Stellvertreter Wolfgang Mischnick sprechen. Abgesagt wurde auch der Besuch des rumänischen Außenministers Stefan Andrei, der Minister aus Bukarest wollte zur Vorbereitung der Stockholmer KVAE-Konferenz am Sonntag nach Bonn kommen. An der Eröffnung der Konferenz am 16. Januar will Genscher jedoch teilnehmen. Gegenwärtig werden Gesprächstermine mit europäischen Amtskollegen vorbereitet.

Seite 2: Straß der Politiker

Untersuchungen werden ausgeweitet

dpa, Berlin

Zu weiteren Untersuchungen der Brandkatastrophe, bei der am Silvesterabend sechs Ausländer in einer Berliner Abschiebehaftanstalt starben, ist ein zweiter Staatsanwalt eingesetzt worden. Das teilte die Justizverwaltung gestern mit. Außerdem wollen Vertreter der von Innenminister Heinrich Lummer (CDU) eingesetzten Kommission der Innenverwaltung, der Polizei und der Feuerwehr die Räumlichkeiten in der Abschiebehaftanstalt im Stadtteil Lichtenfelde besichtigen. Ihre Prüfungsergebnisse sollen in einer weiteren Sitzung am 13. Januar beraten werden.

Naturschutz und Realpolitik

„Umwelt“ Strauß und Kohl einst; WELT vom 22. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihrem Berichterstatter Peter Schmalz gebührt Dank, deutlich gemacht zu haben, daß die beabsichtigte Verfassungsänderung des Freistaates Bayern auf Betreiben von Ministerpräsident Strauß in puncto „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“ mit Naturschutz nichts zu tun hat. Der Natur könnte mit einfacheren Mitteln geholfen werden. Niemand hindert Herrn Strauß z. B. daran, den Weiterbau des naturzerstörerischen Rhein-Main-Donau-Kanals, der die Bundesbahn weiter ins Defizit treiben wird, einzustellen.

Der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen würde es auch dienen, die Nahrungsfreiheit der Dorf-, Stadt-, Landräte- und Bürgermeister bekannt unter dem Terminus „gemeinliche Planungshoheit“ einzuschränken. Insbesondere wäre es hilfreich, ihnen die Einhaltung geschriebenen Rechts abzuverlangen. So ist es in Bayern heute noch möglich, naturzerstörerische Großvorhaben in der freien Landschaft in Widerspruch zu Gesetz und Rechtsprechung ohne Bewährungsplanverfahren durchzuführen.

Schlummert es, wenn der Abbau von Naturschutzrechtsstufen per Rechtsverordnung durch den für Naturschutz zuständigen Minister, der hierzulande bezeichnenderweise Minister „für Landesentwicklung (1) und Umwelt“ heißt, betrieben wird. So wurde z. B. im Jahre 1982 unter allen Begleiterscheinungen eines Bevölkerungsanstiegs das alte Land-

Wort des Tages

„Selbstsucht ist ein Labyrinth. Leben heißt, auf ein Ziel eingestellt sein, auf etwas zuwandern. Das Ziel ist nicht mein Wandern, nicht mein Leben; es ist etwas, woran ich mein Leben setze, und ist deshalb außerhalb, jenseits des Lebens.“

José Ortega y Gasset, span. Philosoph (1883-1955)

Personalien

zeichnet worden. Schon 1982 hatte er den Nationalen Verdienstorden der Republik Frankreich erhalten.

Dr. Jens Albert vom Forschungsinstitut für Soziologie der Universität Köln ist vom International Social Science Council (Paris) der „Stein Rokkan Prize in Comparative Research 1983“ für sein Buch „Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat“ ausgezeichnet worden. Das Buch beschreibt die Entwicklung der Sozialversicherung in Europa. Der Preis wird im Gedenken an den norwegischen Sozialwissenschaftler Stein Rokkan alle zwei Jahre vergeben.

GEBURTSTAGE

Prof. Dr. Günther Jaenicke, emeritierter Ordinarius für Öffentliches

Recht an der Universität Frankfurt, feiert am 5. Januar seinen 70. Geburtstag. Jaenicke, Vorstandsmitglied der Deutschen Vereinigung für Internationales Recht, langjähriger Vorsitzender der Gesellschaft für Völkerrecht und langjähriger Professor der Bundesrepublik beim Internationalen Gerichtshof, genießt weitestgehend Ansehen.

Der seit 1982 emeritierte Würzburger Neutestamentler und Ökumeniker Prof. Dr. Rudolf Schnackenburg vollendet am 5. Januar sein 75. Lebensjahr. Der in Kattowitz geborene Gelehrte, Priester und Konsultor des deutschen Episkopats für Sitten- und Glaubensfragen, ist u. a. Mitherausgeber des ökumenischen Kommentars zum Neuen Testament.

Zyperns Griechen lehnen Denktaschs Vorschläge ab

SAD, Athen

Zyperns Griechen sind nicht bereit, den Dialog mit den Insellücken auf der Grundlage der neuen Friedensvorschläge des Präsidenten der türkischen Republik von Nordzypern, Rauf Denktasch, wieder aufzunehmen. Ein Regierungssprecher in Nikosia bezeichnete Denktaschs neuen Vorstoß als ein „taktisches Manöver“, dessen offensichtliches Ziel die Beendigung der Isolation des international nicht anerkannten türkischen Teilstaates sein soll.

Denktasch hatte Anfang dieser Woche die Rückgabe eines großen Teils der seit 1974 von türkischen Truppen besetzt gehaltenen Hotelstadt Famagusta an die vertriebenen griechischen Bewohner unter UNO-Verwaltung angeboten. Ebenfalls hatte er die Wiederinbetriebnahme des internationalen Flughafens von Nikosia vorgeschlagen.

Regierungssprecher Christofides sagte in Nikosia, daß der Widerruf der einseitigen Unabhängigkeitserklärung durch die Insellücken die wichtigste Voraussetzung zur Wiederaufnahme der Direktverhandlungen sei. Erst anschließend würde die Suche nach einer „dauerhaften und gerechten“ Lösung des Zypernkonflikts möglich sein.

Inzwischen hat die türkische Regierung den Abzug von 1500 Soldaten aus Zypern angekündigt. Ein Sprecher des Außenministeriums in Ankara sagte, daß die Türkei durch diese Geste zur Schaffung eines neuen Klimas des gegenseitigen Vertrauens auf der Insel beitragen möchte.

Israel wehrt sich gegen Änderung der Resolution 242

PLO als Partner nicht akzeptabel / Pariser Vorschlag

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Israel hat einen scharfen Protest gegen die Informell bekanntgegebene Absicht der französischen Regierung eingelegt, die Resolution 242 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom November 1967 ändern zu lassen.

Über diese Absicht berichteten israelische Zeitungen sowie der Rundfunk. Danach soll der Vorstoß gemeinsam mit Ägypten und der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO betrieben werden. Paris hat diese Meldung nicht dementiert.

242 ist heute schon ein Grundbezug in der Nahost-Diplomatie geworden. Der Friedensvertrag mit Ägypten erwähnt 242 ausdrücklich als seine Grundlage. Die Resolution bildete den Abschluß des Sechstage-Krieges vom Juni 1967, in dessen Folge Israel die Sinai-Halbinsel, den Gaza-Streifen, Westjordanland und die Golan-Höhen besetzte. Nach langen, zähen Verhandlungen zwischen den Großmächten kam es dann zu einem von Großbritannien vorgeschlagenen Kompromiß, der Israels Rückzug „aus besetzten Gebieten“ (nicht aus „allen besetzten Gebieten“) forderte, jedoch nach einer „friedlichen und akzeptierten Regelung im Einklang mit den Verfügungen und Grundsätzen dieser Resolution“. Mit Ägypten ist es zu einer solchen „Regelung“ gekommen, sagte die Israelis. Sie haben deshalb auch die ganze Sinai-Halbinsel geräumt.

Nun von den Franzosen vorgeschlagene Änderung sehe harmlos aus, erklärte ein Sprecher im israeli-

schen Außenministerium gegenüber dem Springer-Auslandsdienst. Doch berge sie eine Falle: In einem ergänzenden Absatz soll es laut französischer Version heißen: „Israel wird aufgefordert, mit den Vertretern der Palästinenser über ihre nationalen Rechte zu verhandeln.“

An sich ginge dieser Zusatz nicht weiter als beispielsweise das Camp-David-Abkommen des Jahres 1978. Dort gebe es eine von dem damaligen israelischen Premier Menachem Begin unterzeichnete Anerkennung der „legitimen Rechte des palästinensischen Volkes“. Dennoch ist Israel aufs entschiedenste gegen diese Änderung von 242.

Das israelische Außenministerium nennt den Grund: Im Dezember 1974 trat in Rabat, Marokko, eine arabische Gipfelkonferenz zusammen und beschloß, daß die PLO „die einzige legitime Vertreterin“ des palästinensischen Volkes sei. Wir erkennen dieses Recht nicht an. Aber wir vermuten, daß die arabischen Staaten die französische Novelle zu 242 zusammen mit der Resolution von Rabat lesen wollen. Das würde uns die Pflicht auferlegen, mit der PLO zu verhandeln, was natürlich überhaupt nicht in Frage kommt. Deshalb sehen wir in der französischen Absicht eine Gefahr.“

Das französische Außenministerium hat mittlerweile dem israelischen Botschafter versichert, es würde keine Initiative ergreifen, ohne Israel vorher zu konsultieren. Doch hat sich Paris nicht verpflichtet, sich den israelischen Einwänden zu fügen. (SAD)

Geld muß arbeiten – für gute Erträge!

Nominalzins 8,00 %
Ausgabekurs 100,00 %
Rendite 8,00 %
Laufzeit 5 Jahre
heutiger Stand

BUNDES OBLIGATIONEN

Wenn Sie an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1, Tel. (06 11) 55 07 07, schreiben, erhalten Sie ausführliche Informationen über Bundeswertpapiere.

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____ 001/432

Mit Bundesobligationen. Sie sind eine vorteilhafte Geldanlage. Ausgestattet mit guten festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer Laufzeit von 5 Jahren. Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein ertragreiches, klar überschaubares Wert-

papier. Bei Geldbedarf können Sie Bundesobligationen zum Tageskurs wieder verkaufen. Neuausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie kostenfrei ab 100,- DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken.

Übrigens können Sie Bundesobligationen auch verschenken. Hierfür gibt es einen besonderen Geschenkbrief. Fragen Sie Ihr Kreditinstitut nach Bundesobligationen. Oder senden Sie den Coupon ein.

Syrien sucht politischen Spielraum

Fortsetzung von Seite 1

nach einer Unterredung mit dem stellvertretenden Außenminister Kenneth Dam, der Kongreß werde die dem Präsidenten gewährte 18-Monats-Frist kürzen, wenn es nicht gelinge, die diplomatischen Bemühungen um eine Libanon-Lösung erfolgreich zu beenden.

Die Erwartungen, die Damaskus mit der Freilassung des amerikanischen Marinefliegers verbindet, werden in einer offiziellen syrischen Erklärung deutlich: „Die syrische Regierung hofft, daß die US-Regierung Maßnahmen ergreifen wird, um ihre militärische Verwicklung in Libanon zu beenden, die auch die Kompliziertheit der Lage in Libanon und der gesamten Region verschärft hat.“

Israel fliegt schweren Angriff

Die israelische Luftwaffe hat gestern ihren schwersten Angriff in Libanon seit der Invasion 1982 unternommen und Stellungen proiranischer Guerillas im syrisch beherrschten Bekaatal eine Stunde lang bombardiert und beschossen. Der staatliche libanesische Rundfunk meldete gestern Abend, fast 100 Menschen seien getötet und 400 verletzt worden.

Es war der zweite israelische Luftangriff in Libanon in zwei Tagen: Am Dienstag waren palästinensische Stellungen bei Bhamdun in ebenfalls syrisch kontrolliertem Gebiet das Ziel gewesen. Der libanesische Rundfunk vermutete als Motiv Israels, daß eine mögliche Annäherung zwischen Syrien und den USA nach der Freilassung des gefangenen amerikanischen Marinefliegers Robert Goodman sabotiert werden solle. Eine Verbesserung der amerikanisch-syrischen Beziehungen zu bremsen oder zu zerstören scheine der Zweck hinter dem anhaltenden Angriff zu sein, hieß es.

Nach Berichten des libanesischen Rundfunks und der Polizei griffen 16 Kfz-Kampfflugzeuge in vier Formationen eine Ansammlung von Dörfern um Baalbek und ein Polizeirevier und eine ehemalige Berufsschule am südlichen Stadtrand an. Als Leute vom Viehmarkt herbeigeeilt seien, um zu helfen, seien die Flugzeuge zu einem weiteren Angriff zurückgekehrt, dem Dutzende von Zivilisten zum Opfer gefallen seien.

In Tunesien sprang der Funke über

Soziale Not im Süden verband sich mit regimfeindlichen Stimmungen im Norden

Von MANFRED ROWOLD

Der Januar hat's in sich in Tunesien: 1978 war es der 28. jener „schwarze Donnerstag“, an dem jäh eine Illusion in blutigen Auseinandersetzungen in den Straßen von Tunis zerstört wurde. Tunesien verlor damals den Ruf, unter den Ländern der Dritten Welt eine prosperierende Insel politischer Stabilität zu sein. Es war ein Land, in dem Liberalität und das autokratische Regime eines Mannes, Habib Bourguiba, und einer Einheitspartei, der Destour, keine Gegensätze zu sein schienen.

Die Bilder vom vergangenen Dienstag erinnern an jenen historischen Donnerstag, auch wenn das Ausmaß des Auftritts geringer scheint: 1978 starben in den Straßen von Tunis Dutzende Menschen, die dem Aufruf der Gewerkschaft UGTT zu einem einseitigen Generalstreik gefolgt waren – Protest gegen zu niedrige Löhne und gewerkschaftliche Ohnmacht. Damals war es eine Machtprobe, die die Gewerkschaft unter Habib Achour gegen Armee, Polizei und Partei verlor. Die UGTT-Führung wurde verhaftet und durch eine Marionetten-Mannschaft ersetzt. Der einzige oppositionelle Faktor war ausgeschaltet, nicht aber die Oppositionstimmung.

Demokratische Öffnung

Was dann folgte, war der Versuch, in kleinen Schritten das zerstörte Bild vom liberalen, stabilen Tunesien zu restaurieren: Achour, eine Symbolfigur für den tunesischen Arbeiter, wurde mit weiteren Genossen freigelassen und rehabilitiert. Die UGTT durfte sich von ihrer Marionetten-Führung lösen. Allerdings stellte sie bei den Parlamentswahlen vom November 1981 gemeinsame Listen mit der Destour auf, der Partei des Staatsgründers Bourguiba, der seit der Unabhängigkeit 1956 zu einem lebenden politischen Denkmal geworden ist, wahrscheinlich von einer Mehrheit ebenso verehrt wie von einer Minderheit gehaßt.

Die Wahlen von 1981 sollten den demokratischen Durchbruch bringen. Sie waren eine Idee des neuen Ministerpräsidenten Mohammed Mzali, ehemals Erziehungsminister, Poet, boher Sportfunktionär, der Mann, den sich Bourguiba zum Nachfolger als Staatspräsident erkoren

hat. Zum ersten Mal waren oppositionelle Gruppen – liberale, sozialistische und kommunistische – zugelassen, doch die Wahlen entpuppten sich als Farce: Offenkundige Manipulationen wurden entdeckt und der gesamten Opposition, von der erst seit kurzem drei Gruppen Parteienstatus haben, gestand der Innenminister knapp fünf Prozent der Wahlstimmen zu – ein wahrlich unrealistisches Bild der Stimmungslage. Das demokratische Experiment scheiterte wahrscheinlich an den Widerständen in der Regierungspartei und wurde so zu einer Niederlage für Mzali.

Die massiven Proteste gegen die seit Jahresbeginn geltende Erhöhung des Brotpreises um 110 Prozent werfen einen weiteren Schatten auf Mzali. Im September war Wirtschaftsminister Lasram zurückgetreten, weil er sich nicht mit seiner Forderung nach einer stufenweisen Erhöhung durchsetzen konnte. Vielleicht wäre es weise gewesen, seinem Rat zu folgen – und damit dem Beispiel der Marokkaner im vorigen Jahr.

Die Regierung hat gute Gründe, die Subventionen abzubauen. Sie hat dies frühzeitig angekündigt, aber eben nicht das Ausmaß. Die Gründe: Seit 20 Jahren wurde der Brotpreis durch Subventionen stabil gehalten – zur Abwehr von Inflation und hohen Lohnforderungen. Diese Subventionen, 1983 rund 300 Millionen Dollar, belasteten den Etat besonders angesichts einer anhaltenden Dürre und wachsender Auslandsschuldung. Daß die Brotpreise erhöht werden mußten, darüber gab es kaum Streit.

Anders als 1978 steht die Gewerkschaft heute nicht voll hinter den zumeist jugendlichen Demonstrationen, obwohl sie jetzt mit der Regierung über die Rücknahme der neuen Preise verhandelt, die sie zuvor „geschluckt“ hatte. Die größte Oppositionspartei, die Sozialistische Demokraten, verurteilt die Ausschreitungen ebenso wie die „brutale“ Reaktion der Regierung. Die wiederum will der ärmsten Bevölkerung zum Beispiel durch die Anhebung der Mindestlöhne entgegenkommen. Aber was hilft eine solche Maßnahme einem Arbeitslosen?

Hier liegt wohl eine Erklärung dafür, warum die Unruhen von Kasserine und Gafsa ausgingen. Es sind gegenüber dem reichen Norden und Osten des Landes unterentwickelte

Gebiete im Südwesten, wo nach offiziellen Angaben jeder vierte Arbeitsfähige ohne Beschäftigung ist. Schon einmal hatte Gafsa Schlagzeilen gemacht: 1980, wieder im Januar, hatten hier Tunesier ein Blutbad angerichtet, das ein Fanal zum Sturz des Regimes sein sollte. Gafsa galt schon in den fünfziger Jahren als schwieriges soziales und politisches Gelände. Die Angreifer waren Gastarbeiter in Libyen und dort militärisch vorbereitet worden.

Tradition contra Moderne

Daß die Unruhen erst Tage später auf Tunis und die ebenfalls reiche Stadt Sfax übergriffen, deutet auf eine zweite Komponente hin: Im Süden mag soziale Not im Vordergrund stehen, im Norden mischt sich politische Unzufriedenheit in den Protest, der hier offenbar stark von studentischen Kreisen getragen wird, in deren Reihen es Sympathie für den islamischen Fundamentalismus gibt.

Es gibt Spekulationen, daß zumindest in der Hauptstadt vor allem fundamentalistische Kräfte Unruhe schürten, Autos in Brand setzten und zu Steinen griffen. Diese Kräfte arbeiten im Untergrund und werden wohl kaum die Chance erhalten, für einen theokratischen Staat auf dem Fundament des Islam von einer legalen Plattform aus werben zu können. Die Regierung hat gegenüber diesen Kräften einen deutlichen Grenzstrich gezogen, die von Mzali geforderte parteipolitische Öffnung des Systems macht vor ihnen halt. Den Führern der Fundamentalisten wurde 1981 der Prozeß gemacht; die meisten sitzen noch in den Gefängnissen.

Der Grund liegt auf der Hand: Bourguiba hat immer nach Europa geblickt, er studierte in Paris, ihn prägen westliche, vor allem französische Vorbilder, nach denen er aus Tunesien einen modernen Staat machen wollte, ohne die Traditionen seiner sechs Millionen Landsleute zu mißachten. Dieses Lebenswerk will er nicht durch Leute gefährden lassen, die in der radikalen Abkehr von den Werten des Westens das Heil sehen. Wie stark diese Kräfte sind – das ist das tunesische Rätsel.

Der 80jährige Bourguiba hat allen Anlaß, sich Sorgen zu machen über einen friedlichen Übergang in die Ära nach Bourguiba.

Staatsanwalt: Antonow soll ins Gefängnis zurück

Fluchtgefahr / Befürchtungen um Sicherheit des Bulgaren

DW, Rom

Der stellvertretende Generalstaatsanwalt Antonio Albano hat Berufung gegen die Haftverschonung des angeblich in das Papst-Attentat verwickelten Bulgaren Sergei Iwanow Antonow eingelegt. Albano begründete sein Vorgehen gegen den Repräsentanten der „Balkan Air“ in Rom mit Fluchtgefahr, zudem fürchtet man um die Sicherheit Antonows.

Antonow war am 21. Dezember vergangenen Jahres wegen seines schlechten Gesundheitszustandes nach 13monatiger Untersuchungshaft aus dem Gefängnis entlassen und in Rom in einem vorwiegend von bulgarischen Diplomaten bewohnten Haus unter Hausarrest gestellt worden. Gegen ihn besteht nach wie vor der Verdacht, bei dem von den Türken Ali Agca ausgeführten Mordanschlag auf den Papst am 13. Mai 1981 Beihilfe geleistet zu haben. Der Attentäter hatte den Bulgaren schwer belastet. Anklage ist gegen den im November 1982 verhafteten Antonow allerdings noch nicht erhoben worden.

Nach der Entlassung aus der Untersuchungshaft hatte der römische Untersuchungsrichter Martella die Akten des Falles Antonow der Staatsanwaltschaft zur formellen Anklageerhebung zugeleitet. Diese muß nun entscheiden, ob gegen Antonow und die beiden ebenso verdächtigten bulgarischen Diplomaten Todor Ayva-

zoff und Jelio Wassilew Koloff Anklage erhoben wird. Sollte es zu einem Schwurgerichtsprozeß kommen, wird mit diesem im Mai gerechnet. Richter Martella besitzt die Zusage der Bulgaren, daß der unter Hausarrest gestellte Luftlinien-Angestellte das Land nicht verlassen werde. Die beiden mitverdächtigten Agcazoff und Koloff hatten sich rechtzeitig nach Bulgarien abgesetzt. Unter dem Verdacht der Beihilfe sind außerdem die Türken Omar Bagci und Cedar Celbi in Italien in Untersuchungshaft.

Bulgarien hatte nach der Haftentlassung Antonows erklärt, es sei jetzt „völlig klar“, daß weder Antonow noch Sofia mit dem Attentat auf den Papst etwas zu tun hätten. Für solche Schlussfolgerungen ist es nach Ansicht des Richters Martella zu früh.

Antonow bestreitet die Aussage Ali Agcas, er habe sich mit ihm und zwei anderen in die Heimat zurückgekehrt. Bulgaren mehrmals zur Vorbereitung des Papst-Attentats getroffen. An Agcas Aussagen wurden allerdings Zweifel laut, als sich nach der Verhaftung Antonows herausstellte, daß Agca im Gefängnis Kontakt mit Geheimdienstagenten und mit einem der Camorra nahestehenden Priester gehabt hatte. Die Camorra ist eine kriminelle Untergrundorganisation in Neapel. Es wurde der Verdacht geäußert, Agcas Aussage könnte von dieser Seite suggeriert worden sein.

Iran: Militärtribunal eröffnet die Prozesse gegen die Tudeh

Todesurteile verkündet / Moskau übt Druck auf Teheran aus

dpa/DW, Paris

Wegen „Spionage für die Sowjetunion“ hat ein geheimes iranisches Militärtribunal den früheren Marinebefehlshaber Kapitän Bahman Abzali und den Leiter des Militärfürs der kommunistischen Tudeh-Partei, Oberst Mehdi Partovi, zum Tod durch Erschießen verurteilt.

Exilkreise erwarten, daß die Führer der Partei, unter ihnen Generalsekretär Kianuri, erst vor Gericht gestellt werden, wenn alle Angehörigen des Militärfürs verurteilt sind. Wie der Chef der islamischen revolutionären Militärgeschichte, Hojatollah Beyhahri, sagte, soll noch rund 200 Tudeh-Mitgliedern wegen Spionage und Diebstahls von Waffen sowie Dokumenten der Prozeß gemacht werden.

Nach amtlichen Schätzungen sind gegenwärtig mehr als 6000 Tudeh-Parteimitglieder und Sympathisanten in Teheran inhaftiert. Mit einer Ausnahme haben alle Parteiführer der kommunistischen Organisation in den vergangenen Monaten in einer Reihe von Fernsehgesandnissen die UdSSR als den „Feind Nummer eins der Menschheit“ und den Marxismus als „eine Doktrin der Sklaverei“ verurteilt und ihren Übertritt zum Islam erklärt. Beobachter erwarten, daß die Mehrheit der Inhaftierten zu Beginn des iranischen neuen Jahres im März nach Unterzeichnung einer Reueerklärung freigelassen wird.

Der Rundschuß gegen die Tudeh-Partei, die seit der islamischen

Revolution von 1978 enthusiastisch für den Führer Ayatollah Khomeini eingetreten war, begann im Januar 1983. Damals waren Iran aus westlichen Geheimdienstquellen Beweise zugespielt worden, daß Moskau Aktionen plane, falls das iranische Regime zusammenbrechen sollte. Überzeugt von der verlässlichen Rolle der Tudeh-Partei wurde Teheran durch die Informationen des früheren Residenten des sowjetischen Geheimdienstes in Teheran, Wladimir Kusitschkin, der im Juni 1982 zu den Briten übergelaufen war. Die darauf einsetzende Verhaftungswelle gegenüber der Tudeh-Partei erfaßte auch 1500 Offiziere der Revolutionsgarden und der Marine.

Die Sowjetunion hat erheblichen Druck auf Teheran ausgeübt, damit die Tudeh-Führer nicht hingerichtet werden. Der Leiter der Mittelost-Abteilung im sowjetischen Außenministerium, Wassili Saftantschok, hat Teheran mehrere Blitzbesuche abgestattet, um die summarische Erschießung von Tudeh-Funktionären zu verhindern, was andererseits zum Bruch zwischen beiden Regierungen führen könnte.

Das langsame Vorgehen der iranischen Justiz, die den Abschluß der Verfahren über Monate in die Länge zieht, gibt nach Ansicht von Beobachtern die notwendige Zeit, um zu entscheiden, ob er den offenen Konflikt mit der UdSSR riskieren soll.

1984 mindestens soviet Lehrstellen wie im Jahr 1983

Umfrage bei Verbänden / Flexibilität ist entscheidend

PETER PHILIPPS, Bonn

Fast alle Branchen in Handel, Handwerk und Industrie wollen in diesem Jahr das zahlenmäßige Niveau ihres Lehrstellen-Angebots von 1983 zumindest halten. Dies hat eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft ergeben. Sie war eingebettet in eine Konjunkturumfrage unter den wichtigsten Wirtschaftsverbänden, die ein Beschäftigungspotential von mehr als 14 Millionen Arbeitnehmern repräsentieren.

Auch Branchen, die mit sinkender Beschäftigung rechnen, wie die chemische Industrie und der Einzelhandel, hätten zumindest ein Halten ihres Lehrstellenangebots angekündigt, teilen die Arbeitgeber mit Handwerk und Versicherungswirtschaft wollen ihre Zahlen steigern. Der Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft, Georg Blichner, kündigt in seiner Antwort auf die Umfrage an: „Die Unternehmen der Branche werden versuchen, ihre Ausbildungsquote, die derzeit durchschnittlich bei 8,1 Prozent liegt, auch 1984 weiter zu erhöhen.“ Und der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schmücker, sagt zu: „Die von der Konjunkturumfrage weitgehend unabhängige Bereitschaft des Handwerks, seine Ausbildungsanstrengungen noch zu verstärken, wird auch für das Jahr 1984 gelten.“

Alle vorliegenden Zahlen machen deutlich, daß auch nur eine noch größere Anstrengung der deutschen Wirtschaft als im vergangenen Jahr für ein einigermaßen ausreichendes Lehrstellenangebot 1984 sorgen kann. 677 000 Ausbildungsverträge

wurden 1983 bundesweit neu abgeschlossen – ein Rekord und ca. 46 000 mehr als im Jahr 1982. Am maßgeblichen Stichtag 30. September waren außerdem noch 20 000 Lehrstellen bei den Arbeitsämtern als unbessetzt gemeldet und 46 000 Bewerber noch nicht vermittelt. Die Lage zu Beginn des Jahres 1984 ist vor allem aus drei Gründen noch schwieriger als vor zwölf Monaten: Die Zahl der Schulabgänger wird in diesem Jahr höher sein, es werden weniger Ausbildungsplätze durch Beendigung bestehender Lehrverhältnisse frei, und die Zahl der „Altbewerber“, die in den vergangenen Jahren erst einmal mit schulischen und überbetrieblichen Übergangsangeboten versorgt wurden, ist weiter angestiegen.

Angesichts dieser Situation betonen auch die Arbeitgeber schon heute, daß es in diesem Jahr neben noch weiter verstärkten Anstrengungen der Wirtschaft vor allem auf die Flexibilität der Bewerber und der Berufsberatung ankommt, um den Engpaß zu überwinden. So weist Günther Herion, Präsident des Hauptverbandes der Bauindustrie, darauf hin, daß das Bauhauptgewerbe zwar im vergangenen Jahr „die Zahl der gewerblich Auszubildenden auf 76 000 erhöht“ habe, daß aber diese Zahl „noch höher sein könnte, wenn mehr junge Leute bereit wären, einen Banberuf zu erlernen“. Und fast resignierend äußert Ernst-Günther Plutte, Präsident des Gesamtverbandes der Textilindustrie: In seiner Branche werde die Lehrstellenzahl 1984 wohl nicht erhöht werden, schließlich seien die 1983 angebotenen Plätze „erneut bei weitem nicht besetzt“ worden.

Glötz warnt SPD vor Blockierung des Privatfunks

fac. Bonn

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glötz übernimmt in seiner Partei immer stärker die Rolle des Warners vor einer weiteren Blockierung des privaten Fernsehens. In einem Beitrag für die Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“ markiert Glötz, vor seinem parteipolitischen Engagement ein einflussreicher Kommunikationswissenschaftler, seine Zielsetzung: Die SPD dürfe sich nicht damit abfinden, die Entwicklung der neuen Medien sozusagen vom Balkan aus zu beobachten. Richtschnur ihres medienpolitischen Handelns müsse es vielmehr sein, diesen Prozeß zu beeinflussen.

„Notwendig ist eine offensive, kreative einfache Dogmen überspringende Medienpolitik, die sich nicht nur an Kapitalströmen, sondern an gesellschaftlicher Kommunikation orientiert und die alle möglichen Partner einbezieht, die zu diesem Kommunikationsprozeß beitragen können.“ Bereits früher hatte Glötz diese Politik als die einer „sozialen Steuerung“ der neuen technischen Kommunikationsmöglichkeiten beschrieben. Er macht sich jetzt auch die These von Politikern der Union und der FDP zu eigen, daß die Bundesrepublik Deutschland medienpolitisch keine isolierte Insel sei.

Die bisherige auf Abschirmung von anderen als öffentlich-rechtlichen Programmveranstaltern bedachte Haltung sollte der SPD-Geschäftsführer so zu entschuldigen: Diese Politik habe dafür gesorgt, vorsehender Geschäftsmacherei einen Riegel vorzuschieben. Es sei gelungen, dem an einem sozialverpflichteten Programmauftrag gebundenen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wie auch der Video-Technik eine gute Ausgangsposition für das neue Konkurrenzverhältnis zu verschaffen.

Moskau will Schulen reformieren

dpa, Moskau

In der Sowjetunion wird eine grundlegende Reform der gesamten Schulausbildung erwogen. Anstatt wie bisher mit sieben bis der Großteil der Schulanfänger von 1986 an mit sechs Jahren eingeschult werden. Die Hauptschule soll um ein Jahr auf insgesamt elf Jahre verlängert werden. Nach den gestern in der Parteizeitung „Pravda“ veröffentlichten Reformvorschlägen sollen außerdem weniger Schüler das Abitur machen und dafür „doppelt so viele“ die Berufsschule besuchen.

Kairo zieht Angebot an PLO zurück

dpa, Kairo

Die ägyptische Regierung hat offenbar ihr Angebot zurückgezogen, eine PLO-Exilregierung in Kairo zu beherbergen. In einem gestern veröffentlichten Artikel der offiziellen Zeitung „Al Ahram“ heißt es dazu: „Die Gründung einer solchen Exilregierung in Kairo kommt jetzt nicht in Frage“, denn Kairo sei daran interessiert, „seine Aktionsfreiheit zu bewahren“. Außerdem lege die ägyptische Regierung darauf Wert, auch die wie es hieß – palästinensische Entscheidungsfreiheit und „die Aktionsfreiheit für eine legitime palästinensische Bewegung zu erhalten“.

Gericht verweigert Flick-Ausschuß Akten

AP, Bonn

Das Bonner Landgericht, das über die Eröffnung eines Verfahrens gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) wegen Bestechlichkeit entscheiden muß, hat die Herausgabe von 36 Beweismitteleksten an den Flick-Untersuchungsausschuß des Bundestages abgelehnt. Derselbe Ausschuß des Bundestages, der Vorsitzende Richter der Siebenten Großen Strafkammer, Hans-Henning Buchholz, teilte dem Ausschußvorsitzenden Manfred Langner (CDU) nach Angaben des Bundestages gestern mit, einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß stehe ein Recht auf Akteneinsicht nur im Rahmen der Strafprozeßordnung zu.

Abzuwägen sei einerseits zwischen der Wahrnehmung der parlamentarischen Untersuchungsaufgaben und andererseits dem Interesse der Rechtspflege sowie aller Verfahrensbeteiligten an einem zügigen und möglichst störungsfreien Ablauf des Strafverfahrens. Buchholz räumte ein, daß vor allem wegen Indiskretionen im Zusammenhang mit der Anklageerhebung gegen Lambsdorff und wegen der „ungewöhnlichen Publizität“ Zweifel daran geäußert worden seien, ob noch ein unvoreingenommenes Verfahren möglich sei.

Bei der Herausgabe von Strafakten, die in einem Untersuchungsausschuß öffentlich erörtert werden sollen, bestehe die Gefahr, daß „weitere Einzelheiten des Verfahrens“ bekannt würden. Es sei darüber hinaus unzulässig, daß der Ausschuß Beweismittel erhalte, die aus Durchsuchungen und Beschlagnahmen der Staatsanwaltschaft herrührten. Da dem Ausschuß „derartige Zwangsmittel“ nicht zustünden, würde die „Übergabe von Beweismitteln zu einer von der Verfassung nicht gedeckten Kompetenzerweiterung des Untersuchungsausschusses führen“.

Bildwoche:
Viel Unterhaltung
und Fernsehen.
Für nur
80 Pfennige!



Die schönsten Bilder von der Hochzeit in Monaco:
So gab Caroline ihrem Stefano das Jawort.

Glückswochen in Bildwoche

Wencke Myhre:
„Schon viele Gewinner!
Spielen Sie weiter!“

Preise für insgesamt

DM 250.000,-

Die neue Illustrierte für Unterhaltung und Fernsehen



Petra Schürmann gibt Tips:
Wie man als Frau um die 50 fit und schön bleibt.

Spitzfindige Behörde

Stm (Stockholm) - Daß schwedische Behörden an Spitzfindigkeiten kaum mehr zu überbieten sind, wenn es darum geht, Einkommen zu erschließen, ist eine häufig belegte Tatsache. Zu den jüngsten Beweisen zählt das zweitstanzliche Urteil des Versicherungsgerichts, in dem dem Reichsversicherungsamt das Recht zugesprochen wird, eigenmächtig und ohne Berücksichtigung vertraglicher Grundlagen zu entscheiden, ob ein Arbeitnehmerverhältnis vorliegt oder nicht.

Diese Machtwillkür bekam nun auch ein deutsches Unternehmen zu spüren. Weil die Ehefrau eines in Schweden tätigen Handelsvertreters diesem bei der Verrichtung seiner Arbeit behilflich war, verlangt nun das Amt von dem deutschen Arbeitgeber auch für die Frau die Zahlung von Arbeitsentgeltern. Als wichtige Kriterien für diese Beurteilung führt die Behörde an, die Arbeit sei gemeinsam verrichtet worden, und zudem sei die Provision auf das gemeinsame Bankkonto der Eheleute überwiesen worden.

Aus diesem Beschluß folgt die deutsch-schwedische Handelskammer in Stockholm: „Implizit bedeutet dies, daß ausländische Unternehmer in Zukunft das Nichtvorliegen eines Arbeitsverhältnisses beweisen müssen.“ Außerdem sollten sie Informationen darüber einholen, wer

über das Bankkonto verfügen kann. Andernfalls können - so die Kammer - „deutsche Unternehmen in Arbeitsverhältnisse mit in Schweden ansässigen Personen verwickelt werden, ohne je mit diesen in vertragliche Beziehungen getreten zu sein“. Sie meint zu Recht, daß Bonn eine derartige Rechtsauffassung in den gegenseitigen Beziehungen nicht tolerieren sollte.

Erbärmlich

J.G. - Das einschlägige Arbeitgeber-Verbandsmodell war noch gar nicht geboren, als im Schaltjahr 1983 der große Mittelständler Klöckner-Moeller vor gut zwei Jahren die Pioniertat der individuellen Arbeitszeitverkürzung begann. Dem an weniger Arbeit (und Einkommen) interessierten Teil der Mitarbeiter, vor allem bei Hausfrauen vermutet, wurden statt der Acht-Stunden-Schicht nur noch vier bis sechs Stunden angeboten, mit dem gewünschten Effekt der Doppelbesetzung des Arbeitsplatzes. Doch nur bei 28 seiner 4100 Beschäftigten im Inland fand das Unternehmen bislang Interesse. Erbärmlich nennt auch die Firmenleitung das Resultat dieses Beitrags zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Verständlich finden sie es zugleich, die Leute wollen eben auf gewohnten Einkommen nicht verzichten. Schon gar nicht, wenn in der Konjunkturlaute die gewünschte Arbeitszeitverkürzung mit Kurzarbeit bestraft wird. Ergo wird erst der Konjunkturaufschwung zeigen, was „Job-Sharing“ wirklich bewirkt.

Sättigungsgrenze erreicht

Von HEINZ HILDEBRANDT

Der deutsche Einzelhandel geht mit einem leichten Optimismus in das Jahr 1984, und das hat seinen Grund. Nach dem für ihn so negativen Jahr 1983, das eine reale Umsatz- einbuße von 2,2 Prozent brachte, lesen sich die Zahlen für 1983 bereits günstiger. Mit einem Plus von rund einem Prozent wurde wieder ein Wachstum verzeichnet, wenn auch ein sehr bescheidenes. Das inzwischen leicht verbesserte Konsumklima läßt daher erste Prognosen für 1984 wahrscheinlich klingen, die von einem weiteren Plus sprechen.

Wenig Hoffnung auf eine Konsum- ausweitung darf sich allerdings der Lebensmitteleinzelhandel machen. Hier ist offensichtlich die Sättigungsgrenze erreicht; die Folge ist eine ausgesprochene Stagnation der Verbrauchernachfrage. So ist es kein Wunder, daß der Wettbewerb um jede Mark, die noch einzunehmen ist, immer härter wird.

Auf der einen Seite fallen zwar immer mehr Anbieter aus diesem Wettbewerbsrennen, aber das beschränkt sich zumeist auf die kleinen und weniger leistungsfähigen Läden und Märkte. Andererseits nimmt trotz realer Nachfrage-Rückgänge die Verkaufsfäche im Lebensmitteleinzelhandel immer noch zu. Im Krisenjahr 1982 waren es noch fünf Prozent, 1983 dürften weitere drei bis vier Prozent hinzugekommen sein, und in ähnlicher Größenordnung liegt auch die Erwartung für dieses Jahr. Das aber ist ein Teil der sachlichen Wettbewerbszwänge, die die Preise unter Druck setzen.

Die Erwartungen der Verbraucher haben sich längst in entsprechendem Verhalten niederschlagen: einem verstärkten Preisbewußtsein. Der Verbraucher, dem lange genug nachgesagt wurde, daß er nur ausnahmeweise Artikelpreise kennt, hat gelernt; er kauft heute gezielt preisorientiert und wechselt daher immer häufiger seine Einkaufsstätte. Waren es Anfang 1982 erst vier solcher Einkaufsstätten, die die bundesdeutsche Familie im Durchschnitt aufsuchte, so erhöhte sich diese Zahl bis 1983 bereits auf fünf, und bald, der national anbieter-Discounter, war immer dabei. Auch das ist bezeichnend: preisgünstige Angebote sprechen heute alle sozialen Schichten an.

Das alles erklärt nicht nur die wachsende Bedeutung der sogenannten weißen Artikel, sondern auch die Rolle, die heutzutage Sonderangebote in der Werbung des Lebensmitteleinzelhandels spielen. Daß dabei häufig Artikel mit hohem Bekanntheitsgrad im Mittelpunkt stehen wie beispielsweise die Spitzenmarke des führenden Kaffeemaschinen- oder Ähnlich einzuordnende Markenprodukte, liegt auf der Hand, sie spielen eine Art Lokomotivfunktion beim deutschen Konsumenten. Kunden in die Einkaufsstätte hineinzuwickeln.

Selbstverständlich läuft die über-Schwelligkeit dieser Sonderangebote als Preis-Aktion, und das weiß der Verbraucher zu nutzen. Für ihn sind dies inzwischen die Angebote schlechthin, sie sind der Normalfall geworden.

Auf gleicher Linie liegt übrigens auch der sogenannte „Neuerzifferntausch“, die Neun am Preisende, die den Kunden munter machen soll. Und schließlich muß auch der extremste Auswuchs des Preiswettbewerbs erwähnt werden, der häufig praktizierte Verkauf unter Einstandspreis.

Die deutsche coop AG kam damit im vergangenen Sommer ins Gerede, aber nicht etwa, weil sie das einzige schwarze Schaf unter sonst nur weißen war, sondern, sie wurde herausgegriffen aus einer Schar von Passanten, die bei Rot über die Kreuzung gingen, weil sie einen Kopf größer war als andere, wie es ihr Vorstandsvorsitzender Bernd Otto formuliert.

Daß sich alle diese „Sünden“ inzwischen am Tisch des Bundeskartellamtes zu einem weitgehenden Verzicht auf die bisherigen Praktiken bereit erklärt, ist zwar sehr ehrenwert. Ob dieses Gentleman's Agreement jedoch unter dem Reaktionszwang des Wettbewerbs lange Bestand haben wird, darf zumindest angezweifelt werden.

Der Preiswettbewerb im Lebensmittel-einzelhandel wird sicher auch 1984 nicht an Schärfe verlieren. Er könnte höchstens dann abgemildert werden, wenn alle Beteiligten die Konsequenz aus der Erkenntnis ziehen, daß sich ein gesättigter Markt auch über den Preis nicht mehr ausdehnen läßt.

FRANKREICH

Preise steigen erheblich schneller als die Löhne

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris - Das neue Jahr beginnt für die Franzosen mit einer Reihe von Preis- und Tarifänderungen, die durchweg über das diesjährige übliche Maß hinausgehen. Allein Strom, Gas und Mieten verteuern sich um jeweils rund fünf Prozent. Dies bedeutet eine empfindliche Belastung des Familienbudgets. Denn die Löhne sollen nur im Jahresverlauf etappenweise steigen, und zwar um insgesamt nicht viel mehr als fünf Prozent. Auf diesen Satz will die Regierung auch die allgemeine Inflationsrate begrenzen.

Um so mehr wird jetzt der französische Autofahrer zur Kasse gebeten. Seit dem 1. Januar hat er für die Kraftfahrzeugversicherung um 13 bis 30 Prozent höhere Prämien zu bezahlen. Außerdem will die Regierung zur Monatsmitte den behördlich reglementierten Benzinspreis auf über fünf Franc je Liter anheben.

Zum Glück haben sich die großen Warenhäuser verpflichtet, ihre Preise für alle Artikel des laufenden Monats stabil zu halten. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind indes teurer geworden, und zwar um durchschnittlich 3,5 Prozent. Im innerfranzösischen Flugverkehr kostet das Ticket jetzt 4,7 Prozent mehr. Besonders stark „zugelegt“ hat die Post. In den öffentlichen Telefonzellen muß man jetzt für eine Einheit 1 Franc statt 50 Centimes einwerfen.

DIW / Risiken für den Aufschwung durch den Streit um 35-Stunden-Woche

Finanzpolitische Impulse für ein stärkeres Wachstum werden vermisst

PETER WEERTZ, Berlin

Für 1984 rechnet das Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zwar mit einer weiteren konjunkturellen Erholung, aber nicht mit einem kräftigen Aufschwung. Vorausgesetzt wird eine reale Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um zwei bis 2,5 (1983: ein) Prozent. Wie schon im Vorjahr, vermisst das Institut auch in diesem Jahr finanzpolitische Impulse für ein größeres Wirtschaftswachstum. Die Haushaltskonsolidierung sei notwendig, die Maßnahmen bremsen jedoch den möglichen Aufschwung, betonte DIW-Präsident Krupp.

In der Wirtschaftspolitik befürwortete Krupp eine Mischung von angebots- und nachfrageorientierten Maßnahmen, die den Strukturwandel fördern und zugleich die Nachfrage anregen. Schon im Vorjahr hätte die konjunkturelle Erholung kräftiger ausfallen können, wenn nicht von der Finanzpolitik restriktive Wirkungen ausgegangen wären. Was noch fehle, sei ein wirtschaftliches Wachstum, das sich selbst trage. Dies werde aber durch ein zu rasches Tempo in der Haushaltskonsolidierung verhindert. Notwendig sei vor allem eine Finanzierungshilfe für die Gemeinden, deren Investitionen für weitere konjunkturelle Impulse ausschlaggebend seien.

Als Pluspunkte für die konjunkturelle Entwicklung in diesem Jahr sieht der Haushaltsexperte des DIW, Horst Seidler, vor allem die voranschreitende Zunahme der Exporte, die verbesserte Ertragsituation der Unternehmen und die gewachsene Investitionsneigung der gewerblichen Wirtschaft. Allerdings reiche auch im zweiten Jahr der wirtschaftlichen Erholung nach seiner Ansicht

Freilich sieht das Berliner Institut für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Jahres auch Risiken. So geht es davon aus, daß der Ölpreis unverändert bleiben wird. Im Gegensatz zur Bauwirtschaft, die durch den Gewerbe- und Wohnungsbau begünstigt wird, fehlen in der Investitionsgüterindustrie Anregungen durch die Investitionszulage. Ungewiß ist darüber hinaus der Streit um die Verkürzung der Arbeitszeit zwischen den Tarifpartnern. Hier hofft das Berliner Institut auf eine Versachlichung der Diskussion. Notwendig sei auf beiden Seiten die Bereitschaft zu einem tragbaren Kompromiß. Es dürfe keine zusätzliche Kostenbelastung der Unternehmen erfolgen, die den Aufschwung gefährde, unterstreichen die Berliner Konjunkturforscher.

Im Vorjahr war die wirtschaftliche Entwicklung günstiger als erwartet. Zu Jahresbeginn 1983 hatte das Berliner Institut noch mit einem leichten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts gerechnet. Nicht erst im zweiten Halbjahr, sondern schon von Anfang an hatte der konjunkturelle Erholungsprozeß eingesetzt. Überrascht wurde das Institut auch von der wirtschaftlichen Expansion in der Weltwirtschaft, besonders in den USA. Un erwartet hat die Wirtschaft außerdem die Stagnation im privaten Verbrauch und bei den gewerblichen Investitionen überwunden. Hieraus folgten die Berliner Wirtschaftsforscher: „Die konjunkturellen Zyklen sind noch immer wirksam.“

AUF EIN WORT



„In der Wohnungswirtschaft stehen wir am Scheidewege. Die Gefahr ist nicht zu übersehen, daß zur europäischen Gebirgslandschaft der Butterberge und Milchseen auch noch Wohnungshalden kommen. Öffentliche Subventionen in diesem Sektor bedeuten wie dort verschwendetes Volkseinkommen, dessen Einsatz uns in innovativen Bereichen fehlt.“

Gerdath Gathmann, Mitglied des Vorstandes Deutsche Immobilien Fonds Aktiengesellschaft, Hamburg. FOTO: DIE WELT

Keine Eingriffe in Gewerbesteuer

HH, Bonn - Finanzstaatssekretär Voss (CSU) hat die Forderung des nordrhein-westfälischen Innenministers Schnoor (SPD) nach einer erneuten Gemeindefinanzreform gestern zurückgewiesen. Voss gibt zu bedenken, daß die von Schnoor kritisierten Eingriffe in die Gewerbesteuer (also die Abschaffung der Lohnsummensteuer und die mehrfache Anhebung der Freibeträge) unter der politischen Verantwortung einer SPD-geführten Regierung erfolgt seien. Voss schließt für diese Legislaturperiode weitere Eingriffe in die Gewerbesteuer ebenso wie gesetzgeberische Schritte in Richtung auf eine Gemeindefinanzreform aus.

DEVISENMARKT

Dollar steigt auf technisch bedingten Höchststand

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der US-Dollar hat gestern seinen neuerlichen Höhenflug beschleunigt und dabei fast die Marke von 2,79 DM überschritten sieben Pfennig mehr als zum Jahresende. Der amtliche Kurs wurde in Frankfurt mit 2,7865 DM notiert nach 2,7458 am Dienstag. Damit kletterte die amerikanische Währung auf den höchsten Kurs seit zehn Jahren. Noch stärker als in der Bundesrepublik ist der Dollar in der Schweiz gestiegen, so daß sich der Frankenkurs von 125,03 auf 124,74 für 100 schweizerische Franc zeigt. Dies zeigt deutlich, daß der Anstieg des Dollars nicht Spiegelbild einer Schwäche der D-Mark ist.

Die Ursachen der furiosen Dollar- hausse sind weitgehend technischer Natur. Der jetzige Kursgewinn muß im Zusammenhang mit dem Rückgang von 2,77 auf 2,72 DM in der letzten Dezemberdekade gesehen werden, der bei sehr dünnem Geschäft von Glattstellungen vor dem Jahresultimo ausgelöst wurde, und von Spekulationen, der Dollar auf der Basis von 2,76 bis 2,77 DM verhandelt in der Absicht, sich billiger wieder einzudecken.

Diese Eindeckungen begannen, als der Kurs die Marke von 2,72 DM nicht unterschritt. Dadurch bewegte sich der Dollarkurs nach oben. Der Anstieg beschleunigte sich seit Dienstag nachmittags merklich, als mit der Bezahlung der jüngsten Emission des US-Schatzamt der Tagesgeldzins in New York von 9% auf 11% Prozent kletterte. Zusätzlich erhielt der Dollar gestern durch Käufe von „Chartisten“. Auf den Kursanstieg, an dessen Nachhaltigkeit man zweifelt, reagierte der deutsche Aktienmarkt zunächst mit Verlusten, die später größtenteils aufgeholt wurden.

INSTITUT FÜR VERMÖGEN UND STEUERN

Warnung vor den Gefahren vieler Bauherrenmodelle

Nur wenige Zeichner von Bauherrenmodellen wissen, daß 10 bis 20 Prozent der Gesamtkosten dieser Objekte, also in der Regel der volle Kapitaleinsatz des Anlegers, an Anlagekosten und Initiatorkosten fließen. Mit diesem Hinweis warnt die Zeitschrift „Vermögen und Steuern“ vor überhöhten Erwartungen in die Rentabilität solcher Modelle.

Das ungenutzte Streben nach Steuervorteilen verstelle manchem Anleger den Blick für die Tatsache, daß zuvor hohe und langfristige Verbindlichkeiten eingegangen werden müßten, die nicht nur ständig zu verzinsen, sondern auch zu tilgen seien. Bisher sei es wohl keiner anderen Branchen gelungen, Gefahren und Rentabilität des eigenen Projekts so zu verschleiern wie manchen Anlegern von Bauherrenmodellen, so die Zeitschrift des Instituts für Vermögen und Steuern, das vor allem von Steuerberatungsgesellschaften und Wirtschaftsprüfern getragen wird.

Der Unterschlagung zufolge bereite auch der Verkauf dieser Objekte häufig „erhebliche Schwierigkeiten“. In vielen Städten stünden teure Bauherrenmodell-Wohnungen leer, die wegen zu hoher Forderungen nicht zu vermieten seien.

„Ein weiteres Abenteuer“ wird für Ende des Jahres angekündigt. Dem die am 31. Dezember 1984 auslaufende Mehrwertsteuererhöhung verbessere die Investitionsrechnung für bis dahin fertiggestellte Objekte mit vier bis sieben Prozent Steuererstattung. Für die Schlussphase wird nicht nur mit Fertigstellungsproblemen gerechnet. Bei vielen Projekten sei auch die Mehrwertsteuererhöhung noch nicht endgültig anerkannt.

ENTWICKLUNGSHILFE / DEG: Privatwirtschaftliches Engagement erhöht

Kleinere Unternehmen stärker beteiligt

KAREN SÖHLER, Bonn

Privatwirtschaftliches Engagement kann die Entwicklung in der Dritten Welt unterstützen und beschleunigen. Diese Auffassung vertritt die Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH (DEG), Köln, deren Aufgabe es ist, Joint Ventures zwischen deutschen Unternehmen und Firmen in Ländern der Dritten Welt zu vermitteln, zu fördern und zu finanzieren. Die Finanzierungshilfe kann zum einen durch die Beteiligung der Entwicklungsgesellschaft an einem Projekt erfolgen, zum anderen durch die Vergabe günstiger, langfristiger Darlehen. Für die Kreditvergaben, die solche Gemeinschaftsprojekte finanzieren helfen, stehen dem Bundesregierung Unternehmen drei Quellen zur Verfügung: das fast zur Hälfte eingesetzte Stammkapital von einer Milliarde Mark, die Erlöse aus dem Ver-

kauf der Beteiligungen und die Refinanzierung auf dem Kapitalmarkt - 20 Mill. Mark im vergangenen Jahr.

Neben dieser reinen Hilfestellung hat die Entwicklungsgesellschaft für Projektfinanzierungen 1983 erstmals auch die Vorbereitung gemeinsamer Vorhaben unterstützt: Studien, die die Erfolgsaussichten möglicher Projekte prüfen, finanziert die Entwicklungsgesellschaft über das Niederlassungsprogramm des Bundes, das aus dem ehemaligen Marshall-Plan hervorgegangen ist. Das für die Unterstützung gewährte Darlehen muß nur zurückgezahlt werden, wenn das unterstützte Unternehmen das Projekt tatsächlich verwirklicht. Wie ein Sprecher der DEG bei einem ersten Überblick über die DEG-Aktivitäten 1983 erklärte, soll diese Finanzierung vorbereitender Ausarbeitungen dazu beitragen, besonders mittelständische Unternehmen über die erste Hemmschwelle hinwegzuheben. Au-

MIETEN- UND WOHNUNGELDBERICHT

„Vorhersagen über Explosion der Mieten sind widerlegt“

HANNA GIESKES, Bonn

„Die Entwicklung der Mieten ist in ruhigen Bahnen verlaufen.“ Bundesbauminister Oscar Schneider wies gestern in Bonn darauf hin, daß die durchschnittliche Steigerung im vergangenen Jahr bei 5,3 Prozent im Vergleich zu 1982 gelegen habe; in diesem Jahr werden es nach seiner Schätzung etwa drei bis vier Prozent sein. Eiliche Vorhersagen angesichts der mietrechtlichen Neuregelungen, „wo Mietexplosionen um 30 Prozent und mehr beschworen worden sind“, seien damit eindeutig widerlegt, sagte der Minister bei der Vorlage des Miet- und Wohnungelbberichts 1983.

Die Mietsteigerungen für Altbauwohnungen haben auch im vergangenen Jahr den Zuwachs bei den Mieten für freifinanzierte Neubauwohnungen überschritten, berichtete der Minister. So seien die Altbauwohnungen in den ersten elf Monaten um insgesamt 6,4 Prozent gestiegen; im November konnte eine leichte Beruhigung auf 6,1 Prozent festgestellt werden. Im freifinanzierten Wohnungsneubau hingegen betrug das Plus von Januar bis November lediglich 4,1 Prozent gegenüber 4,5 Prozent im gleichen Vorjahreszeitraum. Diese Unterschiede erklärte Schneider mit den „deutlich niedrigeren Ausgangsniveaus der Mieten für Altbauwohnungen“.

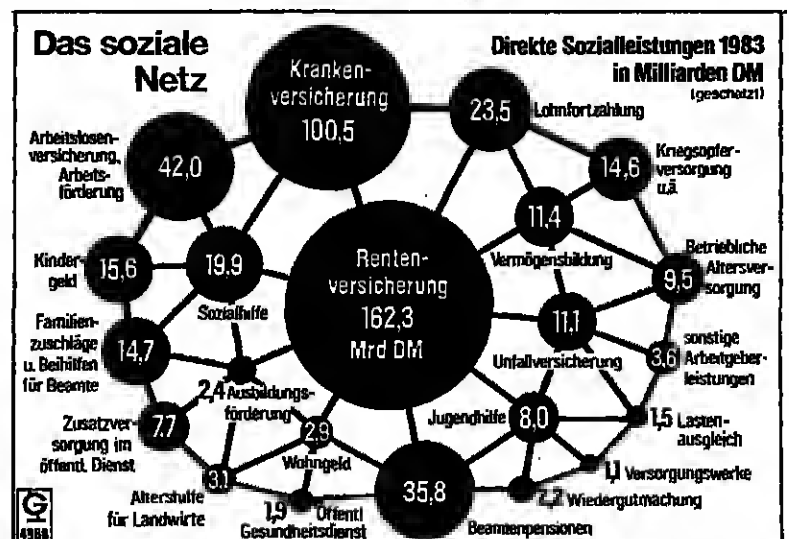
Schneider räumte ein, daß die Steigerungsrate der Mieten 1983 über dem Anstieg der Lebenshaltungsko-

sten gelegen habe, „doch dadurch wurde lediglich ein teilweise Ausgleich der von 1979 bis 1982 real gesunkenen Mieterträge bewirkt“. Zwischen 1976 und 1982 seien die Lebenshaltungskosten nämlich um 30,5 Prozent gestiegen, die Mieten aber nur um 26,4 Prozent, „und deshalb war die Investitionsbereitschaft im Mietwohnungsbau erlahmt“. Der Minister erwartet, daß in diesem Jahr rund 400 000 neue Wohnungen fertiggestellt werden.

Kräfte Erhöhungen müßten allerdings die Mieter von Sozialwohnungen hinnehmen. Hier stiegen die Mieten laut Bericht in den ersten elf Monaten 1983 um 6,5 Prozent, „aber dies ist eine Folge der noch von der alten Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zum Abbau von Verzerrungen im sozialen Wohnungsbau“. Allerdings habe sich der Preisanstieg im November 1983 auch hier beruhigt; die Steigerungsrate lag gegenüber November 1982 nur noch bei 5,2 Prozent.

Die Wohnungsausgaben sind im Jahr 1983 mit 2,6 Milliarden Mark genauso hoch gewesen wie 1982 und 43 Prozent höher als 1980, heißt es weiter. Insgesamt gab es rund 1,8 Millionen Wohngeldempfänger. Einsparungen, die durch den Abbau von Sonderbegünstigungen erzielt werden sollten, seien durch Mehrleistungen aufgrund der hohen Arbeitslosenzahlen aufgewogen worden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die Bundesrepublik Deutschland ist internationales Vorbild in Sachen sozialer Buchhaltung. In regelmäßigem Abstand berichtet die Bundesregierung in ihrem „Sozialbudget“ über den Umfang aller Sozialleistungen; zusammengeordnet ergeben sie 1983 einen Wert von 492 Milliarden Mark. Zählt man noch die aus sozialen Gründen gewährten Steuervergünstigungen hinzu, so ergibt sich ein sozialer Gesamtaufwand von 537 Milliarden Mark.

Fünf neue Auslandsaktien

München (Stw.) - Der Kurszettel der Bayerischen Börse wird um fünf Auslandsaktien bereichert. Denn die Bayerische Landesbank Girozentrale wird am 9. Januar die Aktien von zwei japanischen und drei US-Gesellschaften in den unregulierten Freiverkehr einführen: der Elektronikfirma Alps Electric und Pioneer Electronic, beide Tokio, und der Stahlproduzenten Arco Steel, Middletown/Ohio, Commodore International, Palo Alto/Kalifornien (Heimcomputer) und International Harvester, Chicago (Landmaschinen). Mit diesen Neuzugängen, die in der Bundesrepublik bisher nicht notiert sind, werden an der Münchner Börse insgesamt 78 Auslandsaktien gehandelt, davon 62 im unregulierten Freiverkehr.

Ankauf untersagt

Berlin (AP) - Die Düsseldorf- „Westdeutsche Zeitung“ und „Rheinische Post“ sowie die Neusser „Neuß-Grevenbroicher-Zeitung“ dürfen nach einer Entscheidung des Bundeskartellamtes in Berlin drei Anzeigenblätter, die im Großraum München, Garmisch, Krefeld und Neuss erscheinen, nicht wie bisher beibehalten gemeinsam aufkaufen. In der gestern veröffentlichten Untersagungsverfügung hieß es zur Begründung, die drei Zeitungen hätten in ihren jeweiligen Hauptabzügen eine überragende Markstellung. Der gemeinsame Ankauf der Anzeigenblätter „Stadt-Panorama“, „Stadtanzeiger“ und „Report am Sonntag“ würde den in der Region bisher noch möglichen Restwettbewerb auf den lokalen Anzeigenmärkten beseitigen. Die Verfügung ist noch nicht rechtskräftig.

Typklassenwechsel in Teilkasko

Düsseldorf (Py.) - Zahlreiche Fahrzeugmodelle sind zum Jahreswechsel in der Teilkaskoversicherung aufgrund des veränderten Schadenverlaufs in eine andere Typklasse eingestuft worden, die für die Höhe der Teilkaskoprämie wichtig ist. Wie der Verband der Autoversicherer mitteilt, kamen über 44 Prozent aller teilkaskoversicherten Pkw, das sind rund 6,2 Millionen Fahrzeuge, in eine günstigere Typklasse. Höher eingestuft wurden nur fünf Prozent, das sind etwa 700 000 Pkw. In der günstigsten Typklasse (13) sind Fiat Ritmo 60, Ford Escort 1.3, Opel Kadett D 44 kW, Opel Ascona C 44, 55 und 66 kW, die sich sämtlich um ein bis drei Typklassen verbesserten. Einer hohen Typklasse gehören u. a. der BMW 520 i (29 nach 27) und Mercedes 280 E (32 nach 30) an.

Höherer Pfandbriefabsatz

Frankfurt (dpa/VWD) - Der Erstabsatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen der deutschen Real-kreditinstitute ist im November 1983 gegenüber Oktober um 10,9 Prozent auf 7,9 Milliarden Mark gestiegen. Dabei wurden nach Angaben des Gemeinschaftsdienstes der Boden- und Kommunalrealinstitute für 6,7 (5,8) Milliarden Mark Inhaberpapiere neu platziert (plus 15,7 Prozent). Namenspapiere wurden für 1,2 (1,3) Milliarden Mark emittiert.

Umsatzrekord in Frankfurt

Frankfurt (cd.) - Die Aktienumsätze an der Frankfurter Wertpapierbörse waren 1983 so hoch wie nie zuvor. Mit 45,6 Milliarden Mark übertrafen sie das vorjährige Umsatzniveau von 19 Milliarden Mark, das bisher höchste, um 140,4 Prozent. Das des Jahres 1981 sogar um 187,3 Prozent. Die Umsätze in festverzinslichen Papieren waren in Frankfurt mit 47,9 Milliarden Mark kaum höher als im Vorjahr (47,8 Milliarden Mark).

Weniger Öl gefördert

Hannover (tr) - Die Ölförderung in der Bundesrepublik Deutschland ist weiter zurückgegangen. Der Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung (WEG) teilte in Hannover mit, in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres seien 3,7 Millionen Tonnen gefördert worden, verglichen mit 3,9 Millionen Tonnen in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die Produktion im November habe 333 145 Tonnen betragen, im Oktober 347 600 Tonnen. Dagegen sei die Erdgasförderung von 1,74 Milliarden Kubikmeter in den ersten elf Monaten 1982 auf 1,53 Milliarden Kubikmeter im Vergleichszeitraum 1983 gestiegen.

Karstadt-Umsatzplus

Düsseldorf (J.G.) - Die Karstadt AG, Essen, hat den Umsatz in ihren 156 Warenhäusern 1983 um 2 Prozent auf 9,4 Mrd. DM gesteigert, wobei die Verkaufsfäche nur um 0,9 Prozent auf 1,27 Mill. qm wuchs. Um gleichfalls 2 Prozent stieg der Umsatz der eigenen Reisebüros auf 377 Mill. DM. Bei der Tochter NUR Touristik wurde der Umsatz um 0,4 Prozent auf 1,16 Mrd. DM erhöht, bei der Neckermann Versand AG um 0,9 Prozent auf 1,63 Mrd. DM. Neues zu der nach früheren Angaben für 1983 positiv erwarteten Ertragsentwicklung sagt Europas größter Warenhauskonzern in diesem ersten Rückblick noch nicht.

KORNBRENNER

Sorgen um das
Branntweinmonopol

HEINZ STÜWE, Bonn

Daß das Branntweinmonopol – einmal in die öffentliche Diskussion geraten – jetzt zur Disposition steht, läßt die deutschen Kornbrenner um ihre Zukunft bangen. Auf einem freien Markt fürchten sie, nicht mehr existenzfähig sein zu können. Verglichen mit Branchenangehörigen, die aus Kartoffeln oder Mais Alkohol herstellen, haben die Kornbrenner allerdings noch eine recht günstige Ausgangslage. Lärmen sie doch damit rechnen, im laufenden Wirtschaftsjahr (wie in dem am 30. 9. abgeschlossenen) ihre Brennrechte voll ausschöpfen zu können. Eine Auslastung, die für die Kartoffel- oder Maisbrenner in weiter Ferne liegt. Ihnen hat die Monopolverwaltung nach Schätzung des Bedarfs nur eine Produktion in Höhe von 70 oder 80 Prozent der Brennrechte zugestanden.

Josef Cornelissen, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Kornbrenner, beklagt dafür die schlechte Ertragslage der 397 Mitgliedsbetriebe und trauert den Zeiten nach, in denen – wie Ende der siebziger Jahre – Überbrandkontingente bis zu 30 Prozent an der Tagesproduktion waren. Mit der derzeitigen Produktionsmenge von etwa 400 000 Hektolitern jährlich, der ein Umsatz von 80 Mill. DM entspricht, ist er jedoch zufrieden: „Damit können wir noch leben.“ Von dem spürbaren Nachfragerückgang in den letzten Jahren ist der Kornbrenner allerdings weniger hart getroffen worden als andere hochprozentige Getränke.

Gegenüber dem Finanzministerium, das die jährlichen Zuschüsse von 250 Mill. DM an die Monopolverwaltung einsparen möchte, glauben die Kornbrenner zwei Trümpfe in der Hand zu haben: die mittelständische Struktur der Branche, die ihrer Meinung nach in einem freien Markt nicht erhalten werden kann, und die umweltfreundliche Produktionsweise. Drei Viertel der Kornbrenner sind landwirtschaftlichen Betrieben angegliedert, in denen das anfallende Nebenprodukt, die Schlempe, als Viehfutter verwendet wird.

Abonnieren Sie
Mut zur Meinung

Die WELT spricht Klartext. In ihren Analysen, Hintergrundberichten und Kommentaren kommen Autoren zu Wort, die etwas zu sagen haben. Das macht die WELT so wertvoll für kritische, aktive und unabhängige Leserinnen und Leser. – Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie für alle Diskussionen des Tages.

DIE WELT

Hinweis für den neuen Abonnenten:
Sie haben das Recht, Ihre Abonnementsbestellung innerhalb von 7 Tagen (Abwende-Datum) rückgängig zu machen. Bei der WELT: Vertriebs, Postfach 30530, 2000 Hamburg 36.

Bestellformular

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis zu weiteren drei WELT-Beispielen (Ausland: 3,00 Mark, Porto und Zölle, ansonsten Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen).

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____
Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abwende-Datum) rückgängig zu machen. Bei der WELT: Vertriebs, Postfach 30530, 2000 Hamburg 36.

NAMEN

Rudolf Fabian, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Hypothekbank Frankfurt-Bremen AG, Frankfurt, übernahm am 1. Januar 1984 als Vertreter des Verbandes Deutscher Hypothekbanken den Vorsitz im Gemeinschaftsdienst der Boden- und Kommunalkreditinstitute. Er ist Nachfolger von Klaus Flachmann.

Gerhard Goll wurde per 1. Januar 1984 zum ordentlichen Mitglied des Vorstandes der Landesbank Baden-Württemberg ernannt.

Egbert Diehl ist als persönlich haftender Geschäftsführer der Gesellschaft in das Bankhaus Delbrück & Co. eingetreten. Diehl, ein Enkel des früheren Teilhabers Eugen von Rantzenhausen, kommt von der Commerzbank und nimmt seine Tätigkeit im Hamburger Haus der auch in Berlin, Köln, Aachen und Frankfurt vertretenen Privatbank auf.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Düsseldorf: Prof. Dr. G. L. Vermögensanlagen; Bonn: (Saar) Mariannen-Quelle GmbH; Bielefeld: Marburg; Dieter Pfaff; Installateur; Wolftrasshausen: Mettler Kamn, geb. Rummel; Kaufhaus, Leingarten, Inh. d. P. & S. Böhmke; Tegernsee: Anselm-Konkurs eröffnet: Bensheim: Otto Zillig & Söhne OHG; Baumtischerei; Felmer; Wolfgang Jensen; Baumtischerei; Altmühl; d. Baumtischerei; Wolfgang Jensen.

GARTENBAU / 300 000 Beschäftigte in 45 000 Betrieben – Wirtschaftsverband gesellschaftspolitisch engagiert

Die „neuen Grünen“ erzielen blühende Umsätze

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der deutsche Markt für Zierpflanzen und Baumschulerzeugnisse hat sich in den zurückliegenden 20 Jahren als schier unerschöpflich und außerordentlich expansiv erwiesen. Die schlechte Konjunktur hat zwar auch bei den rund 45 000 Produktions- und Dienstleistungsbetrieben des Gartenbaus Spuren hinterlassen, dabei hat sich kaum der Umsatz, wohl aber die Einkaufsquelle für den Verbraucher verlagert: vom produzierenden Gartenbaubetrieb hin zum Supermarkt und Gartenbau-Center, die entweder nicht selbst produzieren oder aber dies in großem Umfang tun.

Neben der deutschen Vorliebe für den Garten und für das Grün auf dem Balkon oder zumindest auf dem Fensterbrett hat der Wirtschaftszweig die Diskussion um heile Umwelt und gesundes Leben – auch für Pflanzen – und die natürliche Gestaltung von Stadt und Landschaft für sich genutzt. Der neueste Slogan dieses gesellschaftspolitisch engagierten Berufs- und Wirtschaftsverbandes, des Zentralverbands Gartenbau (ZVG):

„Spezialisten für Grün – die Gärtner“.

Und so widmen sich die „neuen Grünen“ innerhalb des ZVG durchwegs nicht nur der Sicherung ihrer wirtschaftlichen Interessen, sondern auch der Verbesserung strenger Grenzkontrollen hinsichtlich von Rückständen bei Gemüse- und Obstimporten aus EG-Ländern. Und dies, so versichert ZVG-Präsident Bernd Hildebrandt nicht etwa aus europäischem Futurismus, sondern weil es dem Gewerbe ernst mit der Sorge um den Verbraucher ist. Angesichts der steigenden Bedeutung einer gesunden, intakten Umwelt für Land und Leute werden wir unsere Mittlerfunktion auf dem Markt wahrnehmen.

Die Produktion des deutschen Gartenbaus zeigt auch blühende Umsätze: Die 28 000 mit Schwerpunkt in der Produktion und 17 000 überwiegend in Handel und Dienstleistung stützenden Unternehmen dürften 1983 auf einen Produktionswert von reichlich 12 Mrd. DM gebracht haben. Etwa 2,2 Mrd. DM Umsatz aus Blumenbindereien und Blumengeschäften ohne eigene Produktion wä-

ren hinzuzurechnen, schließlich noch die Umsätze der 65 000 Nebenerwerbs- und landwirtschaftlichen Betriebe mit gartenbaulichen Zweigen.

Insgesamt werden derzeit etwa 13 000 ha Freiflächen und 3400 ha Unterglas-Flächen bewirtschaftet. Die Branche zählt rund 300 000 Mitarbeiter, davon 175 000 Vollzeitarbeitern und 125 000 Auszubildende. Ein Arbeitsplatz kostet zur Zeit je nach Sparte zwischen 200 000 und 300 000 DM. Angesichts der allein im Wirtschaftsjahr 1981/82 in technische Einrichtungen – vor allem Energie-Einsparung – investierten 1 Mrd. DM wird deutlich, daß sinkende Erträge zu Umstrukturierungen der Betriebe, zu einem weiteren Auseinanderklaffen der Betriebsergebnisse und teilweise zu Betriebsaufgaben führen.

Allerdings haben sich dabei die durchschnittlichen Flächen zum Teil erheblich vergrößert und sich positiv auf die Wirtschaftlichkeit des Einzelbetriebs ausgewirkt. Hildebrandt: „Gleichzeitig ist auch das Gewicht der Dienstleistungen gegenüber der Produktion gewachsen. Einmal stieg die Zahl der Erzeugerbetriebe, die

zusätzlich Handels- und Dienstleistungsfunktionen wahrnehmen, zum anderen erhöhte sich die Zahl der reinen Dienstleistungsunternehmen.“

Vom Branchen-Produktionsumsatz dürften derzeit etwa 3,1 Mrd. DM auf den Garten- und Landschaftsbau, jeweils reichlich 2,2 Mrd. DM auf Obstbau, Zierpflanzen und Friedhofsgärtnerei, etwa 1,4 Mrd. DM auf den Gemüsebau und knapp unter einer Mrd. DM auf Baumschulen entfallen. Diese „grünen Milliarden“ werden ganz überwiegend in kleinen und mittleren Betrieben erwirtschaftet.

Sorgen hat der Gartenbau natürlich auch: Einmal drücken die Energiepreise vor allem den Unterglas-Gartenbau, der bei Zierpflanzen zusätzlich noch mit unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EG zu kämpfen hat. Günstigere Marktstrukturen und geringere Arbeitslöhne im Ausland kosten die inländischen Betriebe Marktanteile. Die Branche bemüht sich daher trotz weitgehend dezentraler Produktions- und Absatzstruktur um einen stärkeren überregionalen Marktausschlag.

DEUTSCHE BP / Für 1984 positives Ergebnis?

Hohe Verluste sind getilgt

JAN BRECH, Hamburg

Die Deutsche BP AG, Hamburg, die von den Strukturveränderungen der Mineralölindustrie besonders hart betroffen ist, wird für das Geschäftsjahr 1983 ein „nahezu ausgeglichenes Ergebnis“ ausweisen. Verlustvortrag und Kosten der Strukturveränderungen seien durch umfangreiche Kapitalmaßnahmen ausgeglichen worden, heißt es bei der BP, so daß man mit bereinigter Bilanz in das Jahr 1984 gehe. Unter der Voraussetzung, daß die Marktverhältnisse keine zusätzlichen Belastungen ausgesetzt wird, erwartet BP für dieses Jahr ein „leicht positives“ Ergebnis im Ölgeschäft.

Der Anpassungsprozeß, der 1984 endgültig abgeschlossen werden soll, habe bereits 1983 zu deutlichen Kostenentlastungen geführt, erklärt die BP. Über alle Produkte gerechnet seien zwar zu keiner Zeit die Gesamtkosten gedeckt gewesen, doch hätten sich die Verluste zu Wiederbeschaffungskosten pro abgesetzter Tonne von 32 DM im Jahr 1982 auf rund 15 DM in 1983 mehr als halbiert. Der branchendurchschnittliche Verlust im Ölgeschäft habe in den ersten 11

Monaten des vergangenen Jahres dagegen 28 DM betragen. Den Bruttoumsatz gibt BP für 1983 mit 24 Mrd. DM an; das entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von rund 7 Prozent.

Der fast ausgeglichene Abschluß für 1983 ist durch umfangreiche Kapitalmaßnahmen ermöglicht worden. Die Hauptversammlung im November hatte eine Kapitalerhöhung von 900 Mill. auf 600 Mill. DM beschlossen. Durch den Kapitalschnitt sind 425 Mill. DM Verlustvorträge und der für 1983 zu erwartende Jahresertrag von rund 0,5 Mrd. DM ausgeglichen worden. Im Anschluß an den Kapitalschnitt ist das Kapital wieder auf 1,5 Mrd. DM erhöht worden. Von diesem Kapital hat die Deutsche BP aufgrund ihrer guten Liquidität erst einen Teilbetrag von 250 Mill. DM eingefordert. Berücksichtigt man die rund 600 Mill. DM, die der Deutschen BP bereits 1982 zum Ausgleich hoher Verluste zugeflossen sind, hat die britische Muttergesellschaft innerhalb von zwei Jahren Kapitalhilfen von insgesamt 1,5 Mrd. DM geleistet.

Zwei Konkurse
nach Baustopp

SAD, Madrid

General Electric Española SA, eine Tochter des US-Konzerns General Electric, meldete dem Gericht in Bilbao Zahlungsunfähigkeit an. Ihre letzte Jahresbilanz weist ein Minus von umgerechnet 223 Mill. DM aus. General Electric Española folgt damit dem Beispiel der spanischen Westinghouse-Tochter, die vor Monaten ebenfalls Zahlungsunfähigkeit anmeldete. Als Begründung führt die Gesellschaft drei Gründe an: erstens, der konstante Rückgang der Nachfrage nach elektrischer Ausrüstung in Spanien, zweitens die steigenden Kosten, vor allem aber drittens der Umstand, daß die spanische Regierung ihren Energieplan nicht in der Weise realisiert, wie er seinerzeit im Programm festgelegt wurde.

Das betrifft vor allem den Verzicht auf den Bau von mindestens fünf Kernkraftwerken, die die spanische General-Electric-Tochter mit Turbinen und Generatoren ausrüsten sollte. Nach der Aktion von Westinghouse schienen die spanische Regierung ihren Atomstopp aufzugeben. Offensichtlich soll die neue Aktion von General Electric klare Verhältnisse schaffen.

Volksbank baut
Marktposition aus

cd. Frankfurt

Die Wiesbadener Volksbank berichtet über einen Ausbau ihrer guten Marktposition, der sich in einer 7,4-prozentigen Steigerung der Bilanzsumme auf 1,6 Mrd. dokumentiert.

Die Geschäftsexpansion wurde von einer deutlichen Belebung des Kreditgeschäfts mit Schwerpunkt in der Baufinanzierung getragen. Das Buchungsvolumen stieg um 104 Mill. DM oder zehn Prozent, das Gesamtkreditvolumen von 1,4 auf 1,52 Mrd. DM.

Das Nettosparaufkommen sank von knapp 200 auf 159 Mill. DM, weil die Kunden „an der Bilanzvorsparung“ und sich vor allem in Aktien engagierten, deren Absatz sich nahezu vervierfacht hat.

Trotz voller Wertberichtigung der bei der SMH-Bank-Stützungsoperation verlorenen 10 Mill. DM ist wieder eine sechsprozentige Dividende und eine angemessene Rücklagenstrategie vorgesehen. Außerdem wurde der allgemeine Risikovorbehalt, besonders die Aufwandskante „geschenkt“. Die Mitgliederzahl erhöhte sich proportional um 1494 auf 47 800.

ÖSTERREICH / Impulse durch Exporterfolge

Im Comecon-Boden gewonnen

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Eine sprunghaft einsetzende Exportkonjunktur hat seit der Jahresmitte 1983 der österreichischen Entwicklung in Österreich zusätzliche Impulse verliehen. Im 3. Quartal 1983 wie auch im Oktober wurden real um zehn Prozent höhere Warenausfuhrer registriert als ein Jahr zuvor.

Von Mitte 1982 bis Mitte 1983 hatten die Exporte noch stagniert. Die saisonbereinigten Daten weisen für die österreichische Warenausfuhr in der 2. Hälfte 1983 ein deutliches Tief aus. Dennoch konnten auch in dieser Phase insofern Erfolge verzeichnet werden, als die österreichischen Exporteure vor allem in Osteuropa Marktanteile gewinnen konnten: 1983 stiegen die Marktanteile in den Comecon-Staaten (ohne Sowjetunion) um 1,8 Prozent und im 1. Halbjahr 1983 um 14,5 Prozent. Markterfolge erzielten die Österreicher in der „DDR“ mit einer sprunghaften Ausweitung von 8,5 auf 16,8 Prozent wie auch in Bulgarien und der CSSR. Die Position in Polen und Rumänien wurde knapp gehalten, in Ungarn dagegen mußten Rückschläge in Kauf genommen werden.

Seit dem Sommer haben die österreichischen Exporteure auch in westlichen Industriestaaten ihren Lieferanteil erhöhen können. Im 3. Quartal ist das Exportpreisniveau um 2,1 Prozent, im gesamten Jahr 1983 um gut ein Prozent gesunken.

Die Impulse seit Juli haben aber immerhin eine reale Ausfuhrsteige-

rung für das Gesamtjahr 1983 von voraussichtlich fünf Prozent bewirkt. Die schon jetzt vorliegenden Statistiken weisen für das 3. Quartal insbesondere bei den Ausfuhr von Halbfertigwaren (plus 12 Prozent) und Rohstoffen (plus 12 Prozent) beachtliche Steigerungsraten aus. Bei Halbfertigerzeugnissen hatte sich bereits im 2. Quartal eine leichte Belebung abgezeichnet. Die Investitionsgüterexporte gingen dagegen auch im 2. Quartal noch um zwei Prozent zurück, um im folgenden Quartal um acht Prozent ebenso anzusetzen wie die Ausfuhr im gesamten Fertigwaren- (plus 6,5 Prozent) und Konsumgüterbereich (plus 5,5 Prozent). Die Nahrungsmittelausfuhr ging dagegen um 4,5 Prozent zurück. Auch im laufenden Jahr rechnen die Prognostiker mit einer Fortsetzung der Exportkonjunktur und einer weiteren Steigerung um fünf Prozent, wobei auch ein Anstieg der Exportpreise um vier Prozent erwartet wird.

Die Importkonjunktur mit einem realen Plus von 4,5 Prozent in 1983 bei einem um zwei Prozent gesunkenen Preisniveau dürfte dagegen 1984 in eine reale Stagnation bei steigenden Preisen münden. Bis zum 1. Quartal 1983 war die reale Importnachfrage in Österreich über 3½ Jahre geschrumpft, im 2. Quartal 1983 dann leicht und im 3. Quartal mit 5,5 Prozent schon deutlich gestiegen. Die Zunahme im Oktober um 14 Prozent spiegelt die lebhaftere Konsumnachfrage wider.

STIELMANN / Führende Position behauptet

Antenne für Markt und Mode

HARALD POSNY, Düsseldorf

Weitaus stärker als noch im Herbst letzten Jahres erwartet, hat die Stielmann-Damen- und Herrenoberbekleidungsgruppe 1983 ihren Umsatz im 25. Gründungsjahr gesteigert. Die Muttergesellschaft, Klaus Stielmann GmbH & Co. KG, Bochum, erhöhte den Nettoumsatz um 12,7 Prozent auf 560 Mill. DM, einschließlich der sieben Tochter- und Beteiligungsgesellschaften wuchs er um 13,4 Prozent auf rund 907 Mill. DM. Dabei liegt der Exportanteil in der Gruppe mit unverändert 35 Prozent niedriger als bei der Muttergesellschaft mit 39 (38) Prozent.

Für die Muttergesellschaft weist Stielmann darauf hin, daß das Mengenwachstum größer ausgefallen ist als die wertmäßige Steigerung. Insgesamt wurden 11,9 (10,5) Mill. Teile abgesetzt. Nach gefertigten Teilen und Umsatz grüßter Hersteller von Damenoberbekleidung in Europa,

hat Stielmann auch 1983 seine Position im deutschen Einzelhandel gefestigt und darüber hinaus neue Kunden im In- und Ausland gewonnen. Die Abteilung Damenmäntel, Kostüme und Jacken, deren Produktion den größten Einzelmarktanteil des Unternehmens in der Damenmode seit Jahren behauptet, legte noch einmal 12 Prozent auf 2,8 Mill. Teile zu. Stielmann begründet seinen für die DOB ungewöhnlich positiven Trend mit verfeinerter Marktforschung, schneller Umsetzung richtiger modischer Trends und weiter verbesserter Kostenstruktur.

In die 25 deutschen Betriebsstätten wurden 1983 reichlich 12 (9) Mill. DM investiert. In den inländischen Betrieben und in Österreich waren zum Jahresende 4574 (4509) Mitarbeiter tätig. In der Gruppe 6107. Positiver als in den Vorjahren betrachtet Stielmann die Ertragsentwicklung: „Sie konnte dem Umsatzwachstum folgen.“

PONGS + ZAHN / Für Bilanzprüfung fehlt Geld

Schicksal in der Schwebel

dpa/WVD, Düsseldorf

Das Schicksal des konkursgefährdeten Düsseldorfer Immobilienunternehmens Pongs + Zahn AG (P + Z) ist noch immer ungewiß. Der gerichtliche bestellte Aufsichtsratsvorsitzende Rechtsanwalt Manfred Th. Heiermeier bemüht sich derzeit darum, in Gesprächen mit Banken eine Liquiditätszufuhr zu erreichen und zwei der Hauptgläubiger zu einer Subordination ihrer Forderungen zu bewegen. Wie Heiermeier jetzt bestätigte, hat der bisherige Vorstand Rudolf Weidemann am 27. Dezember sein Amt niedergelegt und ist damit einer Amtsüberhebung zugekommen.

Die Hoffnungen auf einen Einstieg eines Schweizer Interessenten bei P + Z, auf den auch Weidemann zur Vermeidung der Zahlungsunfähigkeit gesetzt hatte, haben sich vorerst zerschlagen. Der Interessent hat sich kurz vor Unterzeichnung einer Grundstücksvereinbarung zurückgezogen.

Ob das Unternehmen überschuldet ist, kann Heiermeier derzeit noch nicht beurteilen. Für eine hierfür erforderliche Prüfung fehle das Geld. Unklar ist auch, inwieweit sich der Konkurs der Tochter Solid Wohnbau GmbH, der vor wenigen Tagen der Mittelrheinische Bau-Treuhand GmbH, Aachen, als Solid-Gläubiger beantragt worden war, auf P + Z auswirken wird. Heiermeier ist nicht bekannt, wie die Solid-Beteiligung in der P + Z-Bilanz bewertet worden ist.

Verwundert zeigte sich Heiermeier darüber, daß Solid erst 1982 zu einem Kurs von 3000 Prozent erworben wurde und jetzt bereits in Schwierigkeiten geraten ist. Zudem soll Solid 1982 einen Verlust von fast 0,5 Mill. DM ausgewiesen haben. Heiermeier bemüht sich derzeit um einen neuen Vorstand, der eingesetzt werden soll, wenn die Zahlungsfähigkeit von P + Z wieder gegeben ist. Ob die Verhandlungen mit Gläubigern und Banken erfolgreich sein werden, bleibt vorerst abzuwarten.

TEE / Indischer Export-Stopp für drei Monate

Preise auf Rekordstand

WILHELM FURLER, London

Die Preise für Tee haben an den wichtigen Handelszentren einen neuen Rekordstand erreicht. Bei der letzten Teesauktion in London – diese Auktionen finden einmal pro Woche statt – ist der durchschnittliche Preis für Tees höherer Qualität um mehr als 50 Pence je Kilo auf den Spitzenpreis von 330 Pence (13 Mark) gestiegen. Seit dem Spätsommer vergangenen Jahres haben sich damit die Preise für Qualitätstee in London von 150 Pence je Kilo mehr als verdoppelt. Abgesehen von Kalkutta ist London die bedeutendste Teebörse, da Großbritannien der größte Tee-Importeur ist.

Hinter dem jüngsten Preissprung steht die von den indischen Behörden zu Weihnachten bekanntgegebene Entscheidung, die Ausfuhr von Tee der CTC-Klasse (cut, tear and curl – damit wird die Methode der Teesblatt-Verarbeitung für Beuteltees beschrieben) für drei Monate zu unterbrechen. CTC-Tee, der etwa in den Teemischungen zu mehr als 80 Prozent enthalten ist, stellt den größten Teil der indischen Tee-Exporte.

Der Ausfuhr-Stopp wurde verhängt, um den auch am heimischen

Markt stark erhöhten Teepreis zu drücken. Aber auch der starke Anstieg der Teepreise an den europäischen Auktionszentren vor dem Preissprung der letzten Auktionen geht auf Indien zurück. Und zwar hat die erhebliche Zunahme des indischen Eigenverbrauchs zu einer Zeit, da die Welt-Teevorräte nach den letzten schlechten Ernten und nach einer langen Zeit stark gedrückter Marktpreise deutlich geschrumpft sind, ganz wesentlich zu der starken Entwicklung auf den Rekord-Durchschnittspreis für alle Teesorten von 285 Pence (11,25 Mark) je Kilo beigetragen.

Ob und wie weit die jüngste Hausse bei den Tee-Auktionen zu einer neuen Verteuerung der Ladenpreise führt, kann auch von Marktkennern nicht gesagt werden. Alles wird davon abhängen, wie lange die gegenwärtigen Hortungs- und Panikkäufe weitergehen. In diesem Zusammenhang wird nicht ausgeschlossen, daß Indien schon deutlich früher als beabsichtigt den Export-Stopp auf CTC-Tee aufheben wird – nicht zuletzt deswegen, weil die Ausfälle an lukrativen Exporterlösen über kurz oder lang bedenklich zu Buche schlagen dürften.

NIEDERLANDE / Notleidende Blätter erhalten öffentliche Zuschüsse

Qualitätszeitungen steigern Auflage

BODO RADKE, Den Haag

Die Pflege eines hohen journalistischen Niveaus bei der Gestaltung von Tageszeitungen zählt sich offenbar in den Niederlanden aus. Nach einem jetzt veröffentlichten Vergleich der Auflagenentwicklungen aller dem holländischen Verlegerverband angeschlossenen Zeitungen in den letzten einundzwanzig Jahren haben die Qualitätsblätter „NCC Handelsblad“ (Rotterdam) und „De Volkskrant“ (Amsterdam) den stärksten Leserzuwachs zu verzeichnen.

Die Auflagengewinne dieser beiden Zeitungen lagen mit 10 514 beziehungsweise 7400 erheblich über dem des für ein Massenpublikum gemachten Amsterdamer „Telegraaf“ mit 3220 neuen Lesern. Die anderen landesweit verbreiteten Tageszeitungen Hollands mußten zum Teil erhebliche Einbußen hinnehmen, während die Regionalblätter ihre Position im allgemeinen halten konnten.

Neun niederländische Tageszeitungen, die das Geschäftsjahr mit Verlusten abgeschlossen haben, werden als Teilausgleich in Kürze zusammen 15 Millionen Gulden (13,5 Millionen

Mark) aus einem Sonderfonds erhalten, der von den staatlich kontrollierten Einnahmen aus Werbung in Fernsehen und Hörfunk gespeist und vom Kultusministerium in Den Haag verwaltet wird.

Für den Verkauf von Sendezetteln für elektronische Medien als Umrahmung der Nachrichtensendungen im Fernsehen und Hörfunk ist in Holland eine Stiftung namens STER zuständig. Über deren Einnahmen nach Abzug der Kosten verfügt die Regierung. Die Kompensationsregelung für erlittene Verluste von Tageszeitungen ist Anfang dieses Jahres in Kraft getreten. Zunächst geht es jetzt um einen Teilausgleich für 1981. Für Defizite der Jahre 1982 und 1983 stehen ebenfalls je 15 Millionen Gulden zwecks späterer Auszahlung zur Verfügung. Die Entscheidung über die Verteilung der Summe auf die einzelnen notleidenden Blätter liegt beim zuständigen Minister Brinkman, der sich dabei von einem Verlegergremium beraten läßt.

In niederländischen Zeitungsverwerbe geht es allmählich wieder aufwärts, wie eine Umfrage des Ver-

gervandes NDP bei seinen Mitgliedern ergab. Wenn der durchschnittliche Gewinn im Jahre 1981 nur 4,1 Prozent des Umsatzes betragen hatte und 1982 auf 5,3 Prozent gestiegen war, wird für 1983 mit mindestens 6,2 Prozent gerechnet. Diese günstige Entwicklung ist eine Folge der seit dem 1. Juli um 4 Prozent angehobenen Preistafel für Anzeigen und der mehrfachen Erhöhung der Abonnementsgebühren. Außerdem stellen die meisten Verlage eine deutliche Verminderung des Schruppungsprozesses beim Anzeigenvolumen fest. Besonders die Entwicklung der letzten acht Wochen sei als „ermutigend“ zu bezeichnen.

Eine solche Gesundung im Anzeigengeschäft sei für die meisten holländischen Zeitungen dringend notwendig, heißt es im Verlegerverband. Im Jahre 1979 war das Anzeigengeschäft noch mit durchschnittlich 59,1 Prozent an den Einnahmen der Verlage beteiligt. Im vergangenen Jahr betrug der Prozentsatz nur noch 50,9, und für 1983 müsse ein weiterer Rückgang auf 44,1 Prozent befürchtet werden.

Mit Bauernbrot den Geschmack getroffen

HOFFPISTEREI STOCKER / Der Ertrag bietet „keinen Anlaß zum Stöhnen“ – Preise seit 1981 stabil

Mit Bauernbrot den Geschmack getroffen

DANKWARD SEITZ, München

Mit einem Angebot von über 200 Brotsorten dürfte die Hoffpistererei in der Welt einsame Spitze sein. Diese Vielfalt ist allerdings auch ein Zeichen dafür, wie sehr das Bäckereihandwerk mit immer neuen Variationen um die Kunden kämpfen muß. Ähnlich wie die Kartoffel, zählt Brot zu jenen Grundnahrungsmitteln, die sich recht wechselhafter Wertschätzung bei den Verbrauchern erfreuen. Sind die Zeiten schlecht, stürzen sie sich darauf, wächst dagegen der Wohlstand, wird es als Dickmacher verachtet, oder man wendet sich Feinern zu. Der Rückgang des Pro-Kopf-Verbrauchs von 98,4 kg (1949/50) auf 73,0 kg (1980/81) verdeutlicht dies.

Trotz stagnierenden oder rückläufigen Brotmarktes gibt es aber Nischen, in denen Spezialisten gedeihen. Einer von ihnen ist die Ludwig-Stockerei-Hoffpistererei in München, die sich ganz auf Bauernbrot aus Sauerteig spezialisiert hat, und in diesem Marktsegment der größte deutsche Hersteller ist. Täglich verlassen etwa 20 000 Vier-Pfund-Laibe die 50 Backöfen (750 qm Backfläche). Billig sind die Brote mit einem Durchschnitts-

preis von 3,30 DM je Kilo nicht gerade. Dies hält aber den ständig wachsenden Kreis von Liebhabern nicht ab, in den 94 eigenen Stadtfilialen und bei den 600 Einzelhändlern im Umkreis von 100 km danach zu greifen. Einige Laibe gehen sogar per Luftpost nach Kanada, Mexiko und Indien, aber auch in die Volksrepublik China.

Die Geschichte der Hoffpistererei reicht zurück bis ins Mittelalter. Diesen Namen, der sich vom lateinischen „pistor“ (der Bäcker) ableitet, tragen Regiebetriebe, die eine Hofhaltung oder ein Kloster zur Selbstversorgung mit Mehl und Brot betrieben. Gegründet wurde das heutige Familienunternehmen 1331 vom Herzoglichen Hof in München und diente ihm bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts als Mühle und Bäckerei.

Nach wechselvollen Jahren wurde die Hoffpistererei 1917 von Ludwig Stocker erworben. Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges zog er einen schwungvollen Mehlhandel auf. Das Geschäft lief gut, denn Stocker war der Konkurrenz immer um Längen voraus, weil er sich die erste private Funkstation in München eingerichtet

hatte und so stets über die aktuellen Verhältnisse auf dem nordamerikanischen Getreide- und Mehlmarkt unterrichtet war.

Als Bäckerie gewinnt die Hoffpistererei erst in den 50er Jahren nach dem Neuaufbau wieder an Bedeutung. Als der jetzige Inhaber Siegfried Stocker den Betrieb 1970 übernahm, wurden bereits 44 Verkaufsstellen unterhalten. Inzwischen sind die Produktionskapazitäten in der engen Münchner Innenstadt fast erschöpft. Auch wenn Stocker nicht an rasches Wachstum denkt („Wir lassen uns wie in den letzten Jahren leicht von der Nachfrage schieben“), muß ein zweiter Standort ab 1986 in Erwägung gezogen werden.

Vermieden werden soll vor allem eine Überproduktion, denn neben Qualität schwört Stocker auf Frische. Jeden Abend werden die nichtverkauften Brote aus den Geschäften zurückgeholt und am nächsten Tag in einem speziellen Alibrotladen am Viktualienmarkt angeboten. Rund 1000 Vier-Pfund-Laibe werden auf diese Weise pro Tag zu einem Kilopreis von 1 DM („Wir holen gerade damit wieder die Rohstoffkosten herein“) abgesetzt und müssen nicht wie

früher zu Kraftfutter verarbeitet werden.

Im Jahr 1982 ist der Gesamtumsatz zwar noch leicht auf 39,1 (39,8) Mill. DM zurückgegangen. Für die vergangenen zwölf Monate aber erwartet Stocker wieder ein Plus von 3,3 Prozent auf 40,4 Mill. DM bei einem um 9 Prozent auf 12 600 t steigenden Broterzeugnis. Die Differenz geht auf die Reduzierung des Handelsortiments (Brötchen, Brezeln und anderes Feingeback) von früher 300 auf jetzt nur noch 30 Artikel zurück. Noch 1978 entfielen darauf 32 Prozent des Gesamtumsatzes von 31,5 Mill. DM; im vergangenen Jahr sank dieser Anteil auf 18 Prozent. Die Brotpreise wurden laut Stocker seit Mitte 1981 stabil gehalten und sollen auch 1984 nicht steigen.

Über den Ertrag der Hoffpistererei mit ihren 516 (504) Beschäftigten schwärmt Stocker und meint nur lächelnd, daß es „allgemein betrachtet kein Anlaß zum Stöhnen gibt“. Die Investitionen, die „immer etwas über den Abschreibungen liegen“, habe man „immer aus eigener Kraft finanzieren können“. Und daran soll sich auch nichts ändern, wenn einmal der zweite Standort spruchreif wird.

Inlandszertifikate

Fonds	58,87	57,02
Onto	22,66	72,00
apa	58,43	58,60
ec	88,14	83,94
erba	80,90	77,05
Entk.-Fds.	36,50	54,75
Wachst.-Fds.	47,86	48,57
Fonds	167,02	159,07
stula	117,73	117,13
Kapital Fds.	22,11	20,55
Reinvestitionsfonds	125,75	127,68
Antik Fonds	28,33	26,33

Finland	14.25	26.43
France	34.21	53.96
Germany	40.10	40.11
Italy	33.75	52.84
Japan	83.78	86.67
South Korea	49.32	48.13
Spain	23.50	35.74
Sweden	61.33	61.53
Switzerland	30.70	39.24
Taiwan	56.14	55.08
United Kingdom	55.74	55.74
United States	58.49	49.87
West Germany	77.69	73.61
Yugoslavia	99.70	56.18
Average	49.96	48.51
Standard Deviation	17.74	10.50
France	2.78	0.05
Germany	2.22	3.78
Italy	84.53	47.05
Japan	71.17	71.98
South Korea	80.73	72.58
Spain	83.01	78.91
Sweden	23.07	21.97
Switzerland	7.89	7.97
Taiwan	63.10	60.07
United Kingdom	67.18	77.33
United States	61.33	61.53
West Germany	01.85	39.86
Yugoslavia	34.06	34.54
Average	25.37	31.78
Standard Deviation	23.11	21.15

[illegible][illegible]

Paris	
	4.1.
Air Liquide	525
Alsthom Atlant.	125.9
Alstom-Sea	125.9
SN-Carm.-Comaco	270.6
Compt. Rend.	270.6
Cast. M&Harcourt	174
C. F. P.	770
Comp. Rend.	175
Col. Lafayette	270.6
Comp. Rend.	175
Internat.	60.5
Lafarge	270.6
Comp. Rend.	175
Machine Bull	80.5
Comp. Rend.	175
Matt-Henry	1435
Comp. Rend.	112
Norlat	270.6
Penarroy	770
Comp. Rend.	175
Perrier (Soc.)	483
Comp. Rend.	175
Pref. Ind.	1435
Comp. Rend.	112
Refract.	1435
Comp. Rend.	112
Schneider	80.5
Comp. Rend.	175
Thomson C. S. P.	270.6
Comp. Rend.	112
Indust. ROSE	157.3

Sydney	
ACI	1.89
Compt. Rend.	1.89
St. New. S. Widen	3.85
Comp. Rend.	1.89
Shell Hill Soc.	14.25
Compt. Rend.	1.89
Ind. Prop. Co.	4.08
CSR (Thames)	3.25
Monthly Rep.	2.05
Ind. Prop. Co.	3.50
Monthly Rep.	2.05
North Berran Hill	3.50
Ind. Prop. Co.	4.10
Monthly Rep.	2.05
Port Widdowson	4.70
Ind. Prop. Co.	2.05
Thames Int. Y.	2.05
Monthly Rep.	2.05
Thames Mining	4.27
Widdowson Pztr.	1.89
Ind. Prop. Co.	2.05

Bankmark:
nach Dollar-Depositen wurde
der höchste Dollar-Tagesgeldsatz
für Swapräzte alle höher ge-
stellt.
3 Monate 6,10 %
6 Monate 5,45 %
9 Monate 5,10 %
12 Monate 4,75 %
270/30 3,80/2,40 6,90/5,00
28/10 67/1 51/17

Sätze:
im Handel unter Banken am
Prozent; Monatsgeld 5,50-6,00
Geld 5,80-6,10 Prozent.
am 4. 1. 10: 10 bis 29 Tage 3,
30 bis 90 Tage 3,55 4/3,40 29 Tage
Bundesbank am 4. 1. 4 Pro-
zent.

Bank: (Zinsfuß von 1. Januar 1980
an) jährlich in Prozent.
Zinssatz für die jeweilige Besit-
zer (T) A15,50 (5,50) - 1,50 (4,47)
25 (7,11) - 5,50 (7,50) - Ausgabe 1
1,75 (6,61) - 5,00 (6,65) - 5,25 (7
1,75 (6,61) - 5,00 (6,65) - 5,25 (7
Zinsen in Prozent; 1 Jahr 5,80; 2
Zinnes (Ausgabebedingung)
Kurs 100,00, Rendite 8,00.

SPORT-NACHRICHTEN

Lerby operiert

München (dpa) - Sören Lerby, Mittelfeldspieler des Fußball-Bundesligaverbands Bayern München, fällt für mindestens acht Wochen aus. Der Däne, der zu Beginn der Saison für 1,8 Millionen Mark von Ajax Amsterdam verpflichtet worden war, mußte an der Leiste operiert werden.

UdSSR Weltmeister

Northrup (dpa) - Die Junioren der Sowjetunion wurden in Schweden erneut Eishockey-Weltmeister. Mit 13:1 Punkten belegten sie Platz eins vor Finnland (12:1), das im letzten Spiel die Auswahl der Bundesrepublik Deutschland 8:2 besiegte. Die deutsche Mannschaft belegte Platz sieben, die Schweiz muß absteigen.

Sylvia Hanika krank

Washington (sid) - Sylvia Hanika mußte wegen einer Virus-Infektion auf einen Start beim Tennis-Damenturnier in Washington verzichten. Eva Pfaff hat als einzige deutsche Spielerin die zweite Runde des Turniers erreicht. Sie besiegte die Amerikanerin Leslie Allen 6:1, 6:1.

Kameras kontrollieren

Verona (dpa) - Der italienische Fußball-Oberligaklub Hellas Verona beginnt am Sonntag mit einem Experiment: Vier Fernsehkameras, zwei hinter jedem Tor, sollen jede Entscheidung der Schiedsrichter aufnehmen.

Ohne Peter Angerer

München (sid) - Der Weltcup im Biathlon beginnt heute in Fåhn (Schweden) ohne Vize-Weltmeister Peter Angerer. Der Deutsche Ski-Verband verzichtet aus finanziellen Gründen auf die Reise nach Skandinavien und trägt stattdessen in Ruhpolding

eine interne Olympia-Qualifikation aus.

Basketball: Niederlage

Osnabrück (dpa) - Im dritten Spiel gegen China gab es die erste Niederlage für die deutsche Nationalmannschaft. In Osnabrück unterlag sie mit 93:103. Bestor Werfer war der Kölner Pappert mit 26 Punkten.

ZAHLEN

EISHOCKEY	
Junioren - in Schweden, letzter Spieltag: Finnland - Bundesrepublik Deutschland 8:2, UdSSR - Kanada 6:4, Schweiz - USA 3:12, UdSSR - Schweden 8:2.	
1. UdSSR	7 6 1 0 50:17 13: 1
2. Finnland	7 6 0 1 44:23 12: 2
3. CSFR	7 5 0 2 51:22 10: 4
4. Kanada	7 5 0 2 39:17 9: 5
5. Schweden	7 3 0 4 27:28 8: 8
6. USA	7 2 0 5 32:38 4: 10
7. Deutschland	7 1 0 6 12:54 2:12
8. Schweiz	7 0 0 7 10:72 0:14

Bundesliga, Nachspiel: Schweden - Dänemark 5:0.

Fußball: Freundschaftsspiele: Bayer Leverkusen - Das Woo Royals (Südkorea) 5:1, Auswahl Nizza/Cannes - Hamburger SV 3:1.

TENNIS

Damenturnier in Washington (150 000 Dollar, erste Runde: Pfaff (Deutschland) - Allen (USA) 6:1, 6:1, Bonder (USA) - Kohde (Deutschland) 6:7, 6:1, 6:2, Jäger (USA) - Walsh (USA) 6:2, 6:2, Mandlikova (CSFR) - Benjamini (USA) 6:4, 6:2, Collins (USA) - Bassett (Kanada) 6:7, 7:5, 7:3.

WCF-Doppel-Weltmeisterschaft in London, erste Runde: Gähndorf/Wenzel (Schweiz/Österreich) - Curren/Denton (Südafrika/USA) 3:6, 7:6, 6:4, 6:2, Siozi/Smit (CSFR) - Tim und Tom Gulikson (USA) 6:3, 6:4, 4:6, 6:2.

Eishockey-Weltmeisterschaft in Chicago (250 000 Dollar, erste Runde: Gomez (Ecuador) - Noah (Frankreich) 7:5, 7:3, Wilmder (Schweden) - Aris (USA) 6:2, 6:2, 6:2.

EISKUNSTLAUF / Chaos im deutschen Verband vor der Europameisterschaft

Auch Manuela Ruben trennte sich von Erich Zeller. Krieg der Funktionäre

DW, Oberstdorf/Bonn

In Oberstdorf gab es gestern keine Auskünfte mehr. Das Sekretariat des Leistungszentrums der Eiskunstläufer hatte strikte Anweisung, keine Telefon-Gespräche mehr zu vermitteln. Das ist nur ein äußeres Zeichen der totalen Verunsicherung. Fünf Tage vor Beginn der Europameisterschaft im Eiskunstlaufen herrscht das totale Chaos: Trainerwechsel wie in der Fußball-Bundesliga, Streit zwischen den wichtigsten Funktionären der Deutschen Eiskunstlauf-Union (DEU), Widersprüche und Hin- und Herschieben von Verantwortungen.

Anfang der Woche, erst jetzt wurde es bekannt, begrüßte die deutsche Meisterin Manuela Ruben Bundes-Trainer Erich Zeller (70) im Leistungszentrum von Oberstdorf mit den Worten: „Sie sind nicht mein Trainer. Hat Ihnen denn Doktor Montag nichts gesagt?“ Wollte er Montag, einst Mannschaftsarzt, jetzt Präsident der DEU, sagte gestern aber noch: „Da gibt es gar keine Diskussionen. Vor der Europameisterschaft wird keine andere Entscheidung mehr getroffen: Erich Zeller wird in Budapest Manuela Ruben betreuen.“

Es ist schwer, die Krinkel zu entwirren, die zur Zeit von den Beteiligten dieses Eistheaters gezeichnet werden. Manuela Ruben sagt: „Ich mußte reagieren, weil ich vor Budapest nicht noch wichtige Trainingsstunden verpassen wollte. Schließlich liegt der Druck auf mir, nachdem Claudia Leistner nicht starten kann.“ Die Vize der Europameisterschaft des letzten Jahres schloß sich dem Kölner Sportlehrer Werner Sey-

farth an, der 1976 Gert-Walter Gräber zum deutschen Titel geführt hatte und auch schon der Wunschtrainer von Norbert Schramm war. Manuela Ruben glaubte auf folgenden Tatbestand reagieren zu müssen: Nachdem sich Norbert Schramm, der Europameister, von Zeller getrennt hat (28. Dezember), erschien der Bundestrainer drei Tage lang nicht mehr in Oberstdorf - die Tage galten ohnehin als Trainingsfrei. Die deutsche Meisterin aber nahm dies zum Anlaß, selbst zu handeln. Auch mit der Begründung des angeblich angegriffenen Gesundheitszustandes des 70 Jahre alten Zeller, der sich im Münchner Krankenhaus Links der Isar einer Herzuntersuchung unterzogen hatte.

Zeller: „Was die Manuela da macht, ist für mich eine völlig unverständliche Entscheidung. Unser Verhältnis war doch gut.“ In der Tat ging der Schritt, sich von Zeller zu trennen, allein von der deutschen Meisterin aus. Gestern meldete sich ihr Vater beim Vizepräsidenten der DEU und bat ihn, mit Manuela zu sprechen, damit sie ihre Entscheidung wieder rückgängig mache.

Ausgelöst wurde dieses Durcheinander offensichtlich von Norbert Schramm, der sich entschlossen hat, mit dem amerikanischen Strainer Carlo Fassi zusammenzuarbeiten. Eugen Romminger, Schatzmeister der DEU und starker Mann des Verbandes, „das ist wie bei den kleinen Kindern vor einer Ampel. Wenn ein Erwachsener bei Rot losmarschiert, laufen sie alle hinter dem schlechten Vorbild hinterher.“

Romminger ist jetzt auch die Figur, an dem die Querelen innerhalb des Verbandes am besten aufzuzeigen sind. Er kündigte gestern an, nicht mehr mitzuarbeiten, wenn Montag im Juni als Präsident wiedergewählt werden sollte. „Wenn ich von der Trennung Schramm-Zeller erst aus der Zeitung erfahre, kann ich das nach 33jähriger Funktionstätigkeit nicht mehr akzeptieren.“

Montag läßt derlei Vorwürfe nicht gelten. „Wir haben Herrn Romminger ordnungsgemäß per Post benachrichtigt. Wenn er zuerst in die Zeitung schaut anstatt in seinen Briefkasten, ist das nicht unser Fehler.“

Doch nicht nur als Vorsitzender des Verbandes, auch als Arzt wird Montag von Romminger kritisiert: „Er hätte einfach die Pflicht gehabt, sich nach dem Befinden der verletzten Claudia Leistner zu erkundigen, zumal deren behandelnder Arzt, Doktor Maierski im Urlaub war.“ Montag antwortet: „Daß Doktor Maierski im Urlaub war, habe ich nicht gewußt.“

So befinden sich die Funktionäre - die Läufer handeln selbst. Offensichtlich führt das immer wieder ins Chaos. Norbert Schramm ist das beste Beispiel dafür: Er will mit Carlo arbeiten, doch der kommt erst am 24. Januar nach Europa. Zur Zeit holt er sich Tipps von Martin Scottie, dem Betreuer des Tanzpaares Born/Schönborn, und bei Peter Jonas, dem Trainer der deutschen Vize-Meisterin Cornelia Tesch. In Budapest aber soll er von Carlo Fassi Frau Christa betreut werden. Ein Verwirrspiel, in dem wohl erhoffte Medaillen verloren gehen ...

SKISPRINGEN

Dopinggerüchte, aber Weisspflug siegt weiter ...

Zwei Athleten aus der „DDR“ beherrschen die deutsch-österreichische Vier-Schanzen-Tournee der Skispringer: Jens Weisspflug und Klaus Ostwald. Nach dem dritten Wettbewerb liegen beide mit großem Vorsprung in der Gesamtwertung vorn.

Der 19 Jahre alte Weisspflug, Elektrotechniker-Lehrling aus Oberwiesenthal, kam gestern in Innsbruck zu seinem zweiten Sieg, nachdem er am Neujahrstag in Garmisch-Partenkirchen gewonnen hatte. Mit 101 und 107,5 Metern verwies er den Finnen Matti Nykänen (96 und 102,5 m) auf Platz zwei. Erfreulich nach dem Debakel im Springen von Garmisch war für die Athleten aus der Bundesrepublik Deutschland der neunste Platz von Peter Rohwein aus Isny.

Der Wettbewerb von Innsbruck litt unter dem böigen Wind. Er zog sich fünf Stunden lang hin. Nachdem der bisher weitgehend unbekannte Jugoslawe Mathias Zagar im ersten Durchlauf 106 Meter erreicht hatte, ließ die Jury zunächst den Anlauf so weit wie möglich verkürzen und später auch noch den Schanzentisch abscheiden, um die Gefahr auszu-schalten, daß die Weltklassespringer über den kritischen Punkt der Schanze in das Flachstück des Auslaufs hinausgetragen würden.

Bei diesen Veränderungen behielt besonders Klaus Ostwald die Nerven. Der Sieger des ersten Springens in Oberstdorf lag nach dem ersten Durchgang mit 89 Metern nur auf Platz 26, erreichte dann aber mit dem Schanzentisch von 107,5 (den Weisspflug später einstellte) noch Platz vier. Ostwald und Weisspflug waren auch von den Gerüchten nicht aus der Ruhe zu bringen, die Springer aus der „DDR“ benutzten verbotene Hormone zur Leistungssteigerung. Die Vermutungen waren aufgetaucht, nachdem der Internationale Ski-Verband gestern zum ersten Mal Dopingkontrollen für die ersten drei des Wettbewerbs angesetzt hatte. Besonders Weisspflug war Mittelpunkt der Gerüchte. Der nur 1,70 m große und 53 kg schwere Springer verfügt über eine für seine Figur überdimensionale Oberschenkelmuskulatur, aus der einige Beobachter schlossen, sie sei ein Produkt anaboler Hormone.

FUSSBALL

Hamburger SV: Verletzte, aber kein Arzt

„Was soll man dazu noch sagen?“ Die Worte von Nationalspieler Wolfgang Rolff zeigten die Ratlosigkeit beim Hamburger SV. Beim deutschen Fußball-Meister wird weiterhin vergeblich nach einem Weg aus der Krise gesucht. Der erste Auftritt im neuen Jahr brachte an der Côte d'Azur eine neue Pleite und neue Verletzte. Die Mannschaft gab mit dem 1:3 im ersten Spiel während des einwöchigen Trainingslagers in Südrankheim gegen eine Zweitliga-Kombination von AS Cannes/OGC Nizza vor nur 900 Zuschauern eine peinliche Vorstellung. Zehn Tage vor dem Pokalspiel beim VfB Stuttgart ließen allerdings auch neue Verletzungen von Dieter Schatzschneider und Jürgen Milewski alle guten Vorsätze zunichte wie ein Kartenhaus zusammenstürzen.

„Das darf doch alles nicht wahr sein“, jammerte Jürgen Milewski, der sich nach monatslangiger Pause wegen einer Kniechirurgie nun im Training eine Oberschenkelzerrung zuzog. Bereits zum zweiten Mal brach bei Dieter Schatzschneider eine Zerrung auf.

Pech und Fehler der Vereinsführung kommen zusammen. Die Mängel in der ärztlichen Betreuung beim HSV wurden auch dadurch deutlich, daß der Klub ohne Arzt nach Cannes startete. Manager Netzer und Trainer Hapfel gaben Schatzschneiders Wunsch zur sofortigen Rückreise allerdings nicht statt und ließen statt dessen einen Doktor einfliegen. Die Vertretung des unbekannten Mannschafarztes Ralph Matthies soll sein Kollege Wessendorf übernehmen. Ärztliche Betreuung hat wegen einer Knieverletzung auch Thomas von Heesen bitter nötig.

Die ausgebrannt und lustlos wirkende Mannschaft ließ in Cannes außerdem Zweifel aufkommen, ob Ernst Hapfel mit seiner harten Trainingsgestaltung richtig liegt und das rechte Maß zwischen notwendiger Erholung und Rückrudern-Vorbereitung gefunden hat. Selbst Hapfel scheinen da Zweifel gekommen zu sein. Er bemüht sich um eine Streichung des für Sonntag vorgesehenen Spiels beim AS Monaco, das das vierte Spiel der Hamburger innerhalb von sechs Tagen sein sollte.

STANDPUNKT / Folgen eines Urteils: Eishockey unter der Käseglocke?

Im Namen des Volkes hat der Bundesgerichtshof in Karlsruhe beschlossen: In Eiskunstläuferkämpfen dürfen die Banden der Eiskunstläufer, gemäß den Richtlinien des Weltverbandes, anderthalb Meter hohe Plexiglas-Scheiben angebracht werden. Ferner hatten die Veranstalter für Verletzungen der Zuschauer die Klage einer Frau, die beim Spiel Rosenheim gegen Isenlohn vom Puck getroffen worden war, sorgte für die-

ses Urteil. Ein unbewußt halbherziges Urteil. Denn der VI. Zivilsenat stütze sich bei seinem Beschluß auf die Annahme, die 1,5 Meter hohe Umrandung würde die Flugbahn des Pucks so verändern, daß niemand mehr getroffen werden könne. Eine Voraussetzung, die falsch ist. Denn die Zuschauer-Reihen steigen an und, je nach Stadion, bietet die Verglasung in der fünften, sechsten oder siebten

Reihe schon keinen Schutz mehr. Erst kürzlich wurde in Davos ein Besucher noch in der 15. Reihe von der Hartgummischeibe getroffen. Aber das konnten der Zivilsenat und seine Verantwortlichen nicht wissen. Reizstoffe: Ich habe Eishockey bisher nur im Fernsehen verfolgt. „Dann, so steifen, müsse die Schutz-Umrandung eben erhöht werden.“ Aber wie hoch? Effektiven Schutz

bieten Glas und Maschen - hinter den Toren bereits üblich - nur, wenn sie bis unter das Dach gezogen werden. Unter einer solchen Käseglocke ging der Reiz der schnellsten Mannschaftssportart der Welt völlig verloren. Die Zuschauer könnten zwar noch - eingeschränkt - sehen, aber nichts mehr hören. Die Kommunikation zwischen Publikum und Mannschaften wäre dahin. Begrüßenswert ist an dem Karlsruhe-

her Urteil sicherlich, daß die Klubs künftig eine Zuschauer-Haftpflicht abschließen müssen. Aber die Zuschauer werden auch künftig ein Risiko mittragen müssen, wenn sie die Reize des Eishockeys erleben wollen. Nicht anders ist es bei anderen Sportarten. Eine subjektive Gefahr besteht immer. Formel-1-Rennen auf dem Nürburgring unter einer Käseglocke oder Golf und Tennis hinter Gittern, kaum vorstellbar. M. STÖSSINGER

Am 29. Dezember 1983 verstarb im Alter von 50 Jahren Herr

Abteilungsdirektor

Hans J. Söller

Rechtsanwalt

Der Verstorbene gehörte unserem Unternehmen seit 1967 an und hat in der Abteilung Steuern und Zoll verschiedene Gesellschaften der Thyssen-Gruppe steuerlich betreut. Als ein begabter Jurist hat er sich darüber hinaus mit Fragen des internationalen Steuerrechts befaßt und war maßgeblich an der Vertragsgestaltung des weltweiten Anlagengeschäfts beteiligt. Allzufrüh hat der Tod uns einen verdienten Mitarbeiter genommen, der als Fachmann und Mensch allseitige Anerkennung fand.

In aufrichtiger Trauer und Dankbarkeit nehmen wir von Hans J. Söller Abschied. Er war unserem Unternehmen aufs engste verbunden und uns ein treuer Freund.

THYSSEN AKTIENGESellschaft
vorm. August Thyssen-Hütte
Vorstand und Belegschaft

Duisburg, den 5. Januar 1984

Die Beisetzung hat auf Wunsch der Familie in aller Stille stattgefunden.

Familienanzeigen
und Nachrufe

können auch telefonisch
oder fernschriftlich
durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
-39 42 oder -42 30

Berlin
(0 30) 25 91-29 31

Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 a d
Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

Media-Agentur-Auflösung

Festbestand an abzuwickelnden Aufträgen ca. 5 Mio. DM, Medien TV/Funk/Print/Outdoor/Sponsor-Verträge New Zealand u. a. m. Angebote bitte von fachlich qualif. Kollegen, mgl. BDW-Mittel, und abgesichertem Eigenkapitalnachweis bei 1 Mio. i.Hd. Bankkredit. Bankzusicherung beigefügt. Übernahmegebühr per 27. 5. spätestens jedoch 3. 6. 84. Diskretion. Notariat treuhänderisch.

Erlangeangebote u. U 3109 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

In MAILAND/ITALIEN vom 10. bis 15. Februar 1984

Frühjahrs-MACEF 1984

(auf dem Gelände der internationalen Mailänder Messe)

Ununterbrochene Öffnungszeiten: 9.00 Uhr - 18.30 Uhr

Die ERSTE der BEIDEN JÄHRLICH VERANSTALTETEN MACEF-AUSSTELLUNGEN, die bedeutendste und vollständigste internationale Fachmesse der Hauswirtschaft, Kristall, Porzellan, Keramik, Silberwaren, Goldschmiedekunst, Edelsteine, Geschenkartikel, Lampen, kleine Möbel und Inneneinrichtung.

Auf beiden MACEF-Veranstaltungen - zu denen nur die Fachbesucher zugelassen sind - sind Produkte und Neubeleuchten des Sektors aus der ganzen Welt am vollständigsten ausgestellt.

UM DER GESCHÄFT ZU FÖRDERN, BESUCHEN SIE IN MAILAND DIE FRÜHJAHRS-MACEF 1984

Über 2200 Aussteller präsentieren mehr als 300 000 Artikel.

Für Auskünfte, kostenlose Eintrittskarten und Hotelreservierungen wenden Sie sich bitte an:

Associazione VIP MACEF - via Caracciolo, 77 - 20155 MILANO (Italien)

Vertreter gesucht für „DIPLOMAT SAFE“

Nun ist Deutschland an der Reihe! DIPLOMAT SAFE AB sucht eine gut eingeführte Gesellschaft, die ihre Safes und Daten-Kabinette in dynamischer Weise vertreibt.

Sie sollten bereits Erfahrungen auf diesem Sektor besitzen und möglichst über eine starke Verkauforganisation, Verkaufskräfte, Lager und gute Vertriebswege verfügen.

Wir bieten erstklassige Produkte - feuerfeste Safes und Daten-Kabinette. Die Safes sind gepulvert und erprobt, die Preise außerordentlich konkurrenzfähig.

Wir sind bereits in verschiedenen Ländern Europas, des Mittelens und Fernen Ostens sowie in den USA eingeführt.

Ist das etwas für Sie?

Wenn ja, nehmen Sie bitte Verbindung mit uns auf und informieren Sie

über unser Exklusivangebot.

Bitte schreiben Sie in englischer Sprache an:

DIPLOMAT SAFE AB, KARBINGATAN 17

S-2525 HELSINGBORG - SCHWEDEN, Telex: 72 484

Spezialisten

auf Erfolgsbasis, nehmen nach Mandanten - Gewerbeunternehmen - an. Durch sinnvolle Steuerung werden erhebliche Liquiditäts- und Nettoertragssteigerungen planmäßig realisiert.

Anfr. u. U 2823 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Beratungsfirmen

vermitteln Ihnen Kontakte mit spanischen Firmen und bietet wirtschaftliche, finanzielle und juristische Beratung mit besonderer Berücksichtigung der Zollbestimmungen.

Angab. u. PO 47 385 an WELT-Verlag, Postf. 2000 Hamburg 36

U.S.A.

EINWANDERUNGSVISA

Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Gesellschaften, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern.

Informations: VIC GmbH
Widenmayerstr. 18/1 - 8000 München 27
Tel. (0 89) 21 91 31 - Telex 5 216 534 inda 2

Hatschi

Gesundheit!

Das bewährte Hausrezept bei Erkältung:

1 Eßlöffel
Klosterfrau
Melissegeist
und 1 Teelöffel
Honig in
heißem Tee oder
heißer Zitronen-
und dann
rasch ins Bett.

Nie war er so
wertvoll wie heute

Klosterfrau Melissegeist als unterstützende Maßnahme bei Beschwerden infolge Erkältung, grippeähnlichen Zuständen, bei Lebererkrankungen, Magen- und Darmgeschwüren. Klosterfrau, Köln.

Verkaufe bis zu 20% einer GmbH

Herstellung u. Vertrieb hochwertiger, kunststoffierter, elektrischer, Geräte, Geräte Exportmöbel, Gern aktiv, Teilhaber, evtl. stille Beteiligung ges. Ang. u. L 3182 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wir kaufen u. verkaufen

fast jeden Warenposten aus dem Food- und Non-Food-Bereich. Tel. 06 81 / 5 78 11, FS 4 421 258

Achtung! Achtung!

An alle Autobändler und Privatpersonen. Handgezeichnete Kupferbilder zum Rahmen preiswert zu verkaufen. Oldtimer 30x20 cm 80,- DM Madonna 34x41 cm 270,- DM Weltkarte 83x44 cm 750,- DM Rose 30x30 cm 80,- DM Ich bitte um Zuschriften mit beigelegtem Scheck. Lieferung erfolgt sofort. CA. Manfred Jannack Kirschstr. 60, 4478 Geeste 4

FINANZANZEIGE

Hypothekenbank in Hamburg

AKTIENGESellschaft

- Bogenerneuerung -

Die neuen Zinsscheinebogen zu unseren

4% Hypothekendarlehen Em. 3 Januar/Juli 270 006

4% Kommunalschuldverschreibungen Em. 7 Januar/Juli 270 303

5% Kommunalschuldverschreibungen Em. 8 April/Okt. - 270 304 -

stehen nach Fälligkeit des letzten Zinsscheines am alten Bogen gegen Einlieferung der Erneuerungsscheine zur Verfügung.

Hamburg, im Januar 1984 Hypothekenbank in Hamburg AKTIENGESellschaft

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Hirt

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Jürgen Kasper, Klaus Gellert, Peter Weitz; Düsseldorf: Dr. Wilh. Korten; Frankfurt: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen: Dr. Gert v. Grottel; Bayern: Dr. Gert v. Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Gert v. Grottel; Rheinland: Dr. Gert v. Grottel; Saarland: Dr. Gert v. Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Gert v. Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Gert v. Grottel; Brandenburg: Dr. Gert v. Grottel; Berlin: Dr. Gert v. Grottel; Hamburg: Dr. Gert v. Grottel; Köln: Dr. Gert v. Grottel; München: Dr. Gert v. Grottel; Stuttgart: Dr. Gert v. Grottel; Westfalen:

Die große Zeit der luxuriösen Ozeandampfer

Mehr als fahrende Hotels

Als der Leuchtturm von Bishop's Rock querab gepöbelt wurde, legte man die Hebel der Maschinentelegrafen, der Kommandogeräte zwischen den Offizieren auf der Brücke und den Ingenieuren auf ihrem Leitstand, auf „Voll voraus“ und in dieser Stellung blieben sie, bis Ambrose-Feuerschiff passiert war. In 4 Tagen, 18 Stunden, 17 Minuten gewann im Juli 1929 die „Bremen“, der soeben fertig gestellte Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd, das Blaue Band. Der schmale Wimpel, der vom Vortopp bis fast zum Heck wehte, war die Trophäe für das schnellste Schiff auf der Hauptstraße des Seeverkehrs

Transatlantikkonkurrenz - ARD, 20.18 Uhr

zwischen der Südspitze Englands und dem Eingang zum Long Island Sound vor New York.

Heute, mehr als ein halbes Jahrhundert danach, läßt sich nur noch unvollkommen nachempfinden, was jene Rekordfahrt eigentlich bedeutete. Sie war ein Triumph des „Made in Germany“. Vor allem aber brachte sie, wie kurz zuvor schon die Übersee-Reisen des Luftschiffs „Graf Zeppelin“ etwas von dem wieder, woran es der Weimarer Republik ansonsten heillos mangelte: Optimismus, Nationalstolz und Selbstsicherheit. Die Woge der Begeisterung schwappte bis ins tiefste Binnenland. Am höchsten ging sie im Hafen von New York, wo man das Blaue Band als ein Signal der Freundschaft erkannte. Die Republik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika waren über alle nautischen Daten hinaus näher denn je aneinandergerückt. Zum ersten Male gab es, bis die Deutschen dann die Flagge mit dem Hakenkreuz hielten, eine spontane, volkstümliche deutsch-amerikanische Freundschaft.

Mit der „Bremen“ und im Jahre darauf auch mit ihrem Schwesterschiff „Europa“, deren Taufpate der amerikanische Botschafter in Berlin war, begann die letzte Phase in der großen Zeit der „Oceanliner“, auf denen sich zur Perfektion der Schiffbautechnik auch die Perfektion des

Luxus gesellte. Es war ein Luxus, der auch unter der tristen Wolkendecke der Weltwirtschaftskrise kein Neidgefühl erweckte. Man begriff ihn zu Recht als Funktion der Leistung und als Präsentation des Nationalprestiges. Die Deutschen wie die Briten, Franzosen und Italiener, die sich das Blaue Band streitig machten, zeigten auf ihren Schnelldampfern, ähnlich wie auf einer Weltausstellung, wozu Industrie, Gewerbe und Kunst in ihrem Lande fähig waren und wieviel Geschmack sie zu entwickeln wußten. Diese Schiffe waren mehr als nur fahrende Hotels.

Le Corbusier, der Architekturprophet, der in den 20er Jahren schon das ganze 20. Jahrhundert in den Gestaltungsformen nahm, rühmte dem Ozeandampfer als ein „großes Haus“, in dem „keine Verwirrung, sondern die allergrößte Ordnung“ herrschte. Überall auf der Welt hagen wir, ohne Ausnahme, tiefe Bewunderung für ihn. Der Ozeandampfer war zum Inbegriff und Zeugnis für die Möglichkeiten der Zivilisation geworden.

Die Bewunderung ist geblieben. Die Schiffe, denen sie heute wie damals gilt, sind verschwunden, gesunken, ausgebrannt, verschrottet, gescheitert an den Klippen der roten Zahlen in den Reederbilanzen. Die letzten ehemaligen Linien, die Schiffe also, die nach Fahrplan zwischen Europa und Amerika verkehrten, sind längst auf Ausweichkurs zu den Ferienküsten gegangen. Auch das heute größte deutsche Passagierschiff, die vor drei Jahren in Dienst gestellte „Europa“, ist ein Kreuzfahrtschiff, übrigens ein Motorschiff, das dank weiterer technischer Perfektionierung ebenso ruhig fährt wie ein Turbinendampfer. Und wenn man so will, ist es durchaus ein Traumschiff.

Man liegt im Deckstuhl, Maschine und Meer sorgen für den Grundton, für ein fernes, undefinierbares Rauschgemisch, das auf der Flüsterphosphorwellen verhallt und eher ins Gefühl als ins Gehör dringt, und mit einem biblischen Phantasie kann man sich in jene Zeit zurückversetzen, als die Transatlantikkonkurrenz ein Weg in eine bessere Welt erschien. P. P.

KRITIK

Eine Kamera ohne Phantasie

Die neue TV-Serie nach Peter Roseggers „Waldenbäumchen“ hat 26 Folgen, jede Folge zu 30 Minuten brutto: Waldenbäumchen, ZDF. In der knappen halben Stunde kann nicht viel geschehen, aber so wenig wie bei der ersten Folge ist doch wohl etwas zu wenig. Da sieht man das Interieur eines Einförmigen, dann das Interieur mit dem urigen Bewohnern und einer - freilich schön fotografierten - Berglandschaft, dann begegnet der Waldenbäumchen (mit seinem Paten unterwegs) einer komischen Kleinbahn, dazu wechseln die Hauptdarsteller einige Rosegger-Sätze, und kaum hat man sich's versehen, ist die Story auch schon vorbei.

Nichts (in Worten: gar nichts) ist zu spüren von dem wackeren Rosegger-königlichen Naivität, nichts von dem Ruch nach Klee, Heide und Heiligen-schneid. Die Kamera fährt getreu den Textzeilen nach, die der steirische Bauernschreiber hinterlassen hat, fährt dahin, aber - nur den Peter Rosegger erwacht sie nicht. Das macht, sie hat keine Phantasie.

VALENTIN POLCUCHE

Nützliche Tips am Schluß

Wirtschaftsmagazine müssen nicht im behäuteten Erzählischen steckenbleiben. Sie können auch mehr bieten als interessante Informationen über Hintergründe wirtschaftlichen Geschehens. Das hat jetzt mit seinem Team Friedhelm Ost gezeigt, der erstmals das neue ZDF-Magazin „WISO“ - Wirtschaft & Soziales moderierte. Er präsentierte auch Verbrauchertips - diesmal für die Geldanlage - und erfüllt damit das Versprechen, das neue Magazin „bürgerlicher“ zu gestalten. Als Nachteil möchte mancher es empfinden haben, daß die „Tips“ erst zum Schluß geblieben wurden. Aber dadurch gewinnen die Magazinmacher auch Zuschauer für ihre anderen Beiträge, die zwar in dieser Sendung nicht immer fesselnd waren, sich aber durch eine faire Darstellung auch unterschiedlicher Meinungen - zum Beispiel Bremer Wertescheitlung oder Aktienfälschung - auszeichnen. Auch dadurch, daß die „WISO“-Redakteure ihr Publikum gleichsam an die Hand nehmen und zum Nachdenken anregen, ohne schulmeisterlich zu wirken. ed.

Geschrei um Frank und Willy

Es ist etwas Ungeheuerliches passiert: Unsere Fernsehschmähchen haben Frank Elstner und Willy Millowitsch auf den gleichen Abend (am 7. Januar) für die gleiche Stunde angesetzt. Da kocht das Volk, da siedet das gesunde Volksempfinden, da bricht die große Welle auf Wir, so rufen sie, wir wollen beide haben, den Frank und den Willy, und wehe dem Fernsehoberen, der uns brutal zwingt, einen nur von beiden einzuschalten. Vergessen ist da die grandiose Absage an den verplanten Staat, an das verplante Fernsehseil. Vergessen auch der immer wieder zum Aufschrei stilisierte Wunsch nach mehr Programm, nach mehr Vielfalt. Bis tief ins Mark getroffen ruft das tümliche Volk nach dem Schuldigen, der seiner Nation die Zustimmung bereitet hat, zwischen zwei Programmen zu wählen. Genaue: Wählen zu müssen.

Dabei ist die Sache doch sehr einfach. Jahrelang haben wir nach mehr Vollständigkeit in den Fernsehprogrammen gerufen. Langsam und - zu

Recht oder nicht - widerwillig sind die Anstalten diesem Verlangen nachgegeben, und jetzt, da die sogenannte Vollständigkeit, die leichte Unterhaltung beide Systeme beherrscht, jetzt ist es uns auch nicht recht, denn, was Wunder, jetzt stoßen die vielen Unterhaltungssendungen hart aufeinander. Haben wir - wenn dem so ist - nicht vielleicht doch zuviel des Guten, ich meine: des Unterhaltsamen?

Wie auch immer: Entweder wir wollen den total verplanten Staat, in dem wäre auch das Fernsehen perfekt aufgestellt. Dann bräuchten wir uns nie Gedanken darüber zu machen, was wir abends einschalten wollen, Frank oder Willy, zum Beispiel. Diese Mühe nähme uns der Staat ab. Das gibt es anderswo schon. Nur ist es dort recht gut zu ertragen, weil man beim Nachbarn, der un geplant ausstrahlt, über den Zaun schauen kann. Wenn wir indes verplanen, bei wem sollen wir zum Teufel über den Zaun schauen? auch



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Endstation Maffiu
11.55 Songs und Lieder mit Angela Bränders

12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute
15.15 Videotext

15.55 Tagesschau
16.05 Tagesschau - mit Volker Jochen

16.30 Maffiu und Jossy
16.55 ... um 18.00 Sekunden

17.55 Tagesschau
18.05 Tagesschau - Regionalprogramme

18.15 Tagesschau
18.25 Tagesschau - Regionalprogramme

18.35 Tagesschau
18.45 Tagesschau - Regionalprogramme

18.55 Tagesschau
19.05 Tagesschau - Regionalprogramme

19.15 Tagesschau
19.25 Tagesschau - Regionalprogramme

19.35 Tagesschau
19.45 Tagesschau - Regionalprogramme

19.55 Tagesschau
20.05 Tagesschau - Regionalprogramme

20.15 Tagesschau
20.25 Tagesschau - Regionalprogramme

20.35 Tagesschau
20.45 Tagesschau - Regionalprogramme

20.55 Tagesschau
21.05 Tagesschau - Regionalprogramme

21.15 Tagesschau
21.25 Tagesschau - Regionalprogramme

21.35 Tagesschau
21.45 Tagesschau - Regionalprogramme

21.55 Tagesschau
22.05 Tagesschau - Regionalprogramme

22.15 Tagesschau
22.25 Tagesschau - Regionalprogramme

22.35 Tagesschau
22.45 Tagesschau - Regionalprogramme

22.55 Tagesschau
23.05 Tagesschau - Regionalprogramme

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute

16.05 heute
16.15 heute
16.25 heute
16.35 heute
16.45 heute
16.55 heute
17.05 heute
17.15 heute
17.25 heute
17.35 heute
17.45 heute
17.55 heute
18.05 heute
18.15 heute
18.25 heute
18.35 heute
18.45 heute
18.55 heute
19.05 heute
19.15 heute
19.25 heute
19.35 heute
19.45 heute
19.55 heute
20.05 heute
20.15 heute
20.25 heute
20.35 heute
20.45 heute
20.55 heute
21.05 heute
21.15 heute
21.25 heute
21.35 heute
21.45 heute
21.55 heute
22.05 heute
22.15 heute
22.25 heute
22.35 heute
22.45 heute
22.55 heute
23.05 heute
23.15 heute
23.25 heute
23.35 heute
23.45 heute
23.55 heute



WELT-Leser sind anspruchsvoll!

Zuverlässige Informationen. Gründlich, schnell, weltweit. Direkt aus Bonn, dem Brennpunkt des Geschehens. Einblicke in Hintergründe und Zusammenhänge. Jeden Morgen druckfrisch ins Haus...

...das schützen Leser an ihrer WELT!

Vielleicht gibt es in Ihrem Kreis jemanden, der die WELT auch regelmäßig lesen möchte. Dann nutzen Sie diese gute Gelegenheit: Werben Sie jetzt einen neuen WELT-Abonnenten. Als Dank dafür erhalten Sie diesen ungewöhnlich vielseitigen WELT-EMPFÄNGER.

6 BAND-WELT-EMPFÄNGER Komplett mit Stereo-Kopfhörer

Klein und handlich, aber erstaunlich leistungsstark. Dieses Gerät empfängt alle drei Wellenbereiche:

- Mittelwelle: 520-1650 KHZ
- Kurzwelle: 4 Frequenzbänder von 2,3 - 21,1 MHz
- UKW: 87,5 - 108 MHz

UKW kann in Mono oder (über Kopfhörer) in Stereo empfangen werden. Der Musikempfang in Stereo zeichnet sich durch eine großartige Klangfülle aus.

Besonders praktisch: Elegante schwarze Ledertasche, Trageschlaufe und Schulter-Tragriemen.

Bitte nicht warten!

Die Lulu des Dr. Schön

A. W. - Rektor Gentsch, der längst seiner Hochschule, der Universität Essen, zu Schlagzeilen verhalf, ist zurückgetreten. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß der frischgewählte Rektor der nordrhein-westfälischen Gesamthochschule seine Antrittsrede aus einer Broschüre der chemischen Industrie abgeschrieben hatte, zwang ihn seine Fraktion, die konservative Liste „Forschung und Lehre“, zum Rücktritt. Öffentlich empört hatte sich über den abschreibenden Rektor die Fraktion der linken Professoren, vereint in der Liste „Demokratische Gesamthochschule“. Deren Gegenkandidaten, den Chemiker Schön, hatte Gentsch mit Lügen geschlagen.

Auf die Tragödie folgt jetzt das Satyrspiel. Eine Untersuchungskommission hat herausgefunden, daß es der unterlegene Rektorkandidat gewesen sein muß, der einer illustrierten das Plagiat zugespielt hat. Hilfreiche Dienste leistete ihm hierbei eine Angehörige des Hochschuldidaktischen Zentrums, einer Institution, die der Universität von außen aufgetrieben wurde. Die Dame ist - zusammen mit Schön - damit beschäftigt, den „integrierten Studiengang“, Chemie zu „evaluieren“. Sie verstand diesen ihren Auftrag wohl vor allem in der Weise, daß sie die Kollegen Schöns im Fachbereich Chemie dahingehend zu „evaluieren“ habe, ob sie als Rektoren einer „demokratischen Gesamthochschule“ tragbar sind. Das Resultat dieser Recherche hat sie - nach eigenem Bekunden - dem Gegenkandidaten Schön mitgeteilt, nicht aber dem Rektor, der die Rede gehalten hatte.

Soweit das Satyrspiel um das Essener Rektorat. Bleibt die Anrechnung an den Senat über, das Hochschuldidaktische Zentrum demnächst offiziell mit der wissenschaftlichen und politischen Überprüfung möglicher Rektorkandidaten zu betrauen. Es erübrigt sich dann nachträgliche Recherchen im dunklen und anonymen Denunziationen.

Der neue Rektor, der am 13. Januar vom Konvent gewählt werden soll, wird freilich auf keinen Fall Schön heißen. Die Liste „Demokratische Gesamthochschule“, die ihn bei den Wahlen im Sommer vergangenen Jahres aufstellte, hat ihn unterdessen fallengelassen.

Die ältesten Baber Konkurrenz für den Heidelberger

Europa war offenbar vor mehr als einer Million Jahren doch nicht menschenleer, wie man lange Zeit angenommen hatte. Wenn die Altersdatierung für einen im spanischen Distrikt Orce entdeckten Urmenschenfund zutrifft, dann haben unsere Vorfahren bereits vor etwa 1,2 Millionen Jahren in klimatisch günstigen Phasen des Eiszeitalters den Mittelmeerraum Europas - von Süden her kommend - aufgesucht.

Der spanische Fund macht dem mehr als 500 000 Jahre alten Heidelberger Menschen seinen Titel als Senior unter den europäischen Urmenschen streitig. Über seine Zugehörigkeit zu außeruropäischen Bevölkerungen kann vor einer wissenschaftlichen Bearbeitung, die noch nicht erfolgt ist, keine sinnvolle Aussage gemacht werden. „Natürlich ist in dieser Zeit an einen Angehörigen der sogenannten Homo erectus-Population zu denken, wie sie auch in Afrika lebten“, erklärt der Mainzer Zoologe und Anthropologe Professor Helmut Hemmer.

Die Besiedlung weiterer Gebiete Europas ist nach Auffassung des Mainzer Wissenschaftlers aber erst mit dem Auftauchen des Heidelberger Menschen irgendwann im Zeitraum vor einer halben bis einer dreiviertel Million Jahren gleichzusetzen. Beim Heidelberger handelte es sich bereits um eine frühe Rasse des Homo sapiens, die sich gegen Ende des Eiszeitalters zum Neandertaler entwickelte. Diese Menschen verfügten über das Feuer, benutzten Speere, bauten Hütten und hatten sicherlich Fellkleidung, wenn diese auch nicht mehr direkt nachweisbar ist.

Auch französische Anthropologen machen dem etwa 550 000 Jahre alten Heidelberger Menschen den Rühm streitig. Sie bezeichnen Funde aus der Arago-Höhle bei Tautavel in Südfrankreich als Überreste des ältesten Europäers. Tatsächlich erreichen diese Fossilien jedoch nur ein Alter von etwa 450 000 Jahren.

Umstritten ist auch das Alter eines Urmenschen aus Nordgriechenland. Neuere Versuche, das Alter des Petralona-Fundes zu einem möglichst jungen Datum (unter 200 000 Jahre) herabzudrücken, erscheinen wissenschaftlich ebenso fragwürdig wie die Gegenversuche, ihn auf weit über eine halbe Million Jahre hinaufzusetzen. Tatsächlich müssen wir wohl mit einem ähnlichen Alter wie bei dem Heidelberger Originalfund rechnen, meint Professor Hemmer.

Der Winter unseres Mißvergnügens - Zur Halbzeit der Theatersaison 1983/84

Wenn Möwen Tango tanzen

Buhs in Berlin, Buhs in Hamburg, Buhs in München, Köln, Bochum, Bonn. Was ist mit dem Theater los, das ein Publikum derart auf die Palme bringt? Schon wieder eine „Krise“? Oder wieder der Versuch, das Publikum „umzuschichten“: Bürgerliche raus, Progressive rein? Noch eine Traditionserzählung? Schocktheater? Provokative Skandale?

Ach, wär's doch wenigstens das! Aber nichts von alledem. Ratlosigkeit beherrscht die Szene, Einfallslosigkeit, Langeweile. Die einklassige Einführung dieser Spielzeit, die jetzt Halbzeit hat, sah man wohl in Hamburg, wo Ernst Wendt Schillers „Räuber“ zur öffentlichen Hinrichtung preisgab. Kein konzeptioneller Zusammenhang ließ sich erkennen. Sämtliche Rollen waren gegen den Strich besetzt. Die Souffleuse schrie lauthals den Text herum. Auf Wunsch aus dem Publikum wiederholten die Schauspieler auch Szenen. Und stellvertretend ließ ein Räuber sein für den Regisseur die Hose runter. Hier stehe ich, ich kann nicht anders.

Natürlich fragt man sich: Warum inszeniert der das dann? Es gibt wohl nur eine mögliche Antwort: Weil er zeigen will, wie ratlos er ist. Wendt hat schon früher in München seine Schwierigkeiten beim Erzählen einer Geschichte auf die Bühne gebracht. Aber da kam (manchmal) wenigstens noch sprühende Steinbruch-Arbeit heraus. Heute sind es nur noch Gesten, Attitüden, Ambivalenzen.

Da geht etwas zu Ende. Die Zertrümmerer, Klassiker-Henker und Systemveränderer, die bis in die 70er Jahre hinein die Szene beherrschten, sind aus den Schlagzeilen verschwunden. Peter Zadek gibt sich brav. Hans Hollmann weicht ins unterhaltliche Ironische aus. Stuttgart herum grummelt in Hängstütern sein Ende entgegen. Von den Jüngeren ist Niels-Peter Rudolph in Hamburg in ästhetische Langeweile versunken. Peymann laufen in Bochum die Zuschauer weg, obwohl man, wie im Fall „Hermannschlacht“, gelegentlich Interessantes von ihm zu sehen bekommt.

Den einen sind die ideologischen Hoffnungs-Felle weggeschwommen, andere haben sich schlicht ausgetobt - ein Leben lang mag keiner immer nur die Panke schlagen. Ausfälle in der Ästhetik, wie manchmal bei Dieter Dorn in München, hatten von vornherein wenig bewegende Kraft, weil sie nur der Gegenwehr einer Erschöpfung waren.

Das Ursachenbündel für das tiefe Wellental des deutschen Theaters ist dick und so leicht nicht aufzuschütten. Es spielt sicher eine Rolle, daß die aufgeblähte Bürokratie sich wie ein Mehlisack auf künstlerische Innovationen legt. Die Tarifverträge behindern mehr und mehr die Leistungsbereitschaft und das Gemeinschaftsgefühl. Die Mentalität des Kunst-Beamtenstums schlägt voll durch.

Das alles betrifft aber eher das Arbeitsklima. Gravierender ist wohl das Überhandnehmen der Dramaturgie bei den Inszenierungen. Eine ganze Reihe jüngerer Regisseure kommt ohnehin aus der Dramaturgie. An die Stelle künstlerischer Erkenntnis trat so die Erklärungs, die sich so gern als Aufklärung geriert. Hinterfragungen, Verdeutlichungen, Zeigen, Demonstrieren wurden wichtiger als die lebendige Szene. Wie perfekt diese Art Theater sich zugrunde richtet, sah man unlängst in Bonn: Peter Eechberg mußte mit Schillers „Maria Stuart“ seine bislang empfindlichste Niederlage hinnehmen. Daß Macht auch Sex ist, demonstrierte bei ihm der Zeigefinger sogar noch unter dem Rock der Königin Elisabeth.

Dem lag und liegt natürlich Weltanschauliches zugrunde: der Messianismus des Veränders-Wollens; der Glaube, die Welt restlos erklären zu können; der Irrtum, das Soziale sei der Dreh- und Angelpunkt des Menschseins; die Inanspruchnahme des Theaters für politische Kundgebungen - das sind die Grundlagen des Dramaturgentheaters. Dies hat sich von zwei Seiten her überlebt. Das Publikum ist der ewigen Belehrung müde und reagiert zunehmend aggressiver, wenn man es für so dumm hält, auch den einfachsten Sachverhalt noch stundenlang buchstabiert bekommen zu müssen. Und andererseits sind die Dramaturgen in ihren Blütenräumen wohl selbst verunsichert: Trotz ihrer Offensiven geht die Welt ihren Gang, als habe sie die Zwischenrufe nicht zur Kenntnis genommen.

Nebenbei: Kurioserweise tat sich ausgerechnet im Umgang mit Brecht, dem Urvater dieser Art von Theater, in der laufenden Spielzeit etwas Neues. Frank-Patrick Steckel ließ in Hamburg beim „Pumila“ schlicht alle „aufgedrehten Brüche“ beiseite, ließ Ulrich Wildgruber einen Puntla aus einem Guß spielen, argumentierte mit Bildern, in menschlicher Nähe - und schuf einen herausragenden Theaterabend. In Bochum wagte sich

Manfred Karge nicht ganz so weit vor. Zwischen Anti-Amerikanismus und Raketengetöse (als Alibi am Anfang und am Ende) inszenierte er aber eine prachtvoll kulinarische „Mahagonny“ - und widerlegte sich damit selbst.

Zwei weitere Arten des Scheiterns - und damit einen weiteren Krisenpunkt - sah man in Köln und in Stuttgart (Wendts Hamburger „Räuber“ gehören gleichfalls hierhin). Jürgen Fimm und Günter Krämer beschäftigten sich mit Tschechow. Fimm übergoß den „Kirschgarten“ sozusagen mit Kunstharz und ließ ihn erstarren. Er tut so etwas fast immer. Die „Dreigroschenoper“ in Acrylack, den „Baal“ im Kunststoff-Gehäuse moderner U-Bahn-Schicht. Manchmal geht das sogar auf Günter Krämer über. Die „Möwe“ sozusagen Tango tanzen. Das Leben ein Ritual überdreht, artifizieller Wiederholungen. Auch er tut das fast immer. Im Musical „Cabaret“. In Tankred Dorsts „Villa“. Manchmal geht auch das auf.

Aber dahinter steckt etwas, was mit persönlicher Handschrift nicht das geringste mehr zu tun hat. Der Regisseur degradiert sich selbst zum Markennakel. Auf das Stück kommt es dann überhaupt nicht mehr an. Peter Zadek war vor Jahren einer der Hauptakteure dieser Richtung. Ernst Wendt markiert ihr Ende. Seine Probleme mit den Stücken sind der Inhalt seiner Regie. Das wiederholt sich. Das erschöpft sich. Auch wenn man die Tätigkeitsorte rasch wechselt. Die Stücke setzen sich zur Wehr.

Und die zeitgenössischen Autoren? In der laufenden Spielzeit war Neues kaum zu sehen. Die schwachen Hoffnungen aus dem Vorjahr, genährt mit Tankred Dorsts „Merlin“ oder Peter Handkes „Über die Dörfer“, sind bislang durch keine weiteren Lichter erhellt worden. Dürrenmatts „Achterloo“. Erschöpfte Wiederholung. Thomas Braschs „Mercedes“. Endzeitglumerei im Jargon-Stil. Ansonsten Kleingecknheiten, selbst bei Anleihen aus dem Ausland, wie zum Beispiel bei Michel Vinavars „Fing in die Augen“. In München. Von vielen anderen Autoren: Reprisen. Botho Straußens beredete Sprachlosigkeit, Thomas Bernhards verdrossene Jammereien, Heiner Müllers Geschichtstrümmern retten das Theater ohnehin nicht. Wann hört dieses Theater endlich auf, nur sich selbst und Programmen ins Antlitz zu blicken?

LOTHAR SCHMIDT-MÜLLISCH

Alle wollen ein Atrium - John Portmans neue Hotelbauten in Amerika

Riesen-Toblerone mit Swimmingpool

Die Zeit des hemmungslosen Abreißen und Neuaufbaus ist in Amerika Städten vorbei. Auch dort wurde, inzwischen der Wert alter Häuser, gewachsener Ensembles und traditioneller Bauformen erkannt. Deshalb muß, wer in den Innenstädten ein Projekt realisieren will, sich recht unterschiedlich und nicht selten auch recht einschneidenden Auflagen unterwerfen. Daß dabei trotzdem einfallerische und eigenwillige Gebäude entstehen können, beweist das Marriott Long Wharf Hotel in Boston.

Wie der Name verrät, entstand es auf einem alten Kai im Hafen. Da dieser Anlageplatz schon seit langem nicht mehr genutzt wurde, war auf dem Gelände, das früher als Lagerfläche diente, ein Park angelegt worden. Eine geschlossene Bebauung des Kais hätte den Zugang zu diesem Park abgeschnitten. Deshalb mußte

ein öffentlicher Durchgang gewährleistet sein. Die Architekten (Cossutta & Ass. New York) lösten dieses Problem, indem sie ein offenes Erdgeschoss bauten, die Empfangshalle in die erste Etage, die Ballsäle aber unter das Straßenniveau legten.

Außerdem mußten sie Rücksicht auf die Bauhöhe, die traditionellen roten Ziegelfassaden und die Spitzgiebel der Speicher im Hafen nehmen. Da also nicht in die Höhe gebaut werden durfte, entschlossen sie sich zu einem fast hundert Meter langen und etwa dreißig Meter hohen rotgeklebten Baukörper, der mit seinem dreieckigen Querschnitt die Giebelform der Nachbargebäude aufnimmt. An der Hafenseite wird diese „Riesen-Toblerone“ mit einem gläsernen Halbkreis abgeschlossen, in dem sich ein Restaurant, darüber der Swimmingpool befindet.

Aus dem dreieckigen Querschnitt

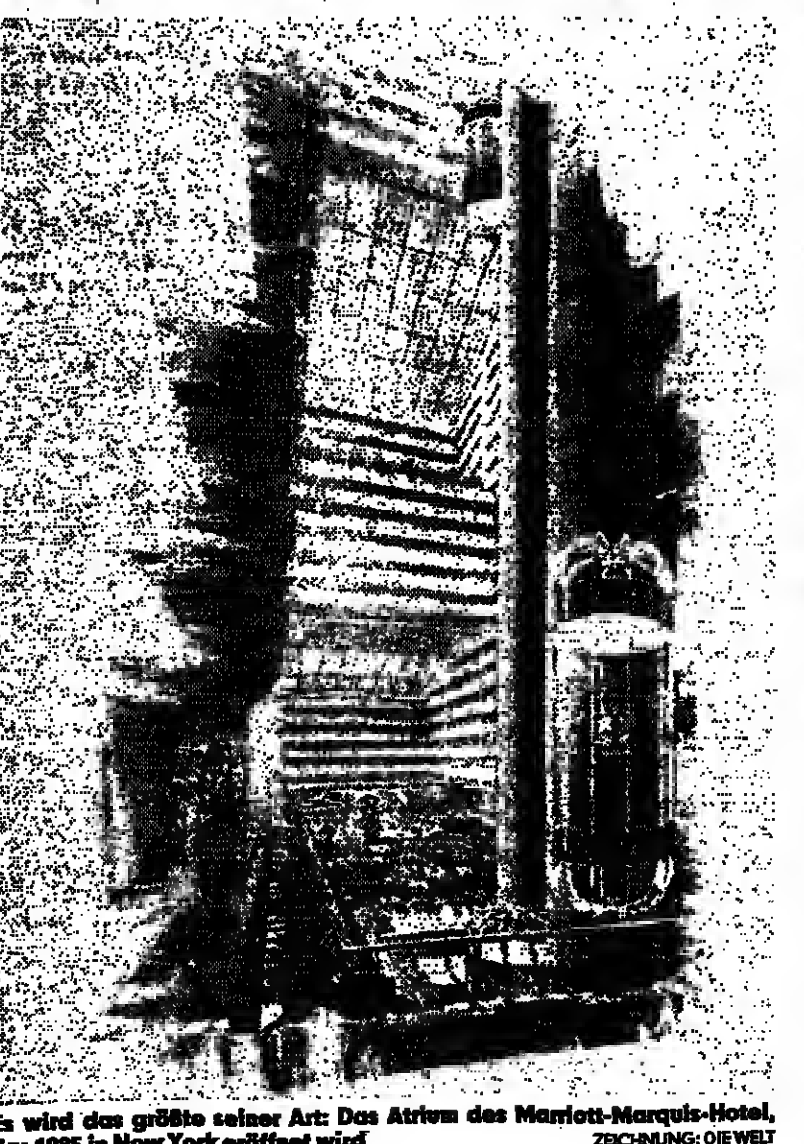
mit den in jeder Etage zurückspringenden Zimmern ergibt sich im Inneren eine hohe Halle mit umlaufenden Galerien als Zugängen zu den einzelnen Räumen. Sie ist in einem gelblichen Ton gehalten und schließt mit einem abstrakten Deckengemälde von François Schein, 6,30 x 76 Meter groß, in dunklen Tönen ab. Diese hohe Halle dient ebenfalls als Restaurant. Sie wurde durch Pflanzen und natürliche Bäume unterteilt. Dadurch entsteht das Gefühl einer wohnlichen, belebten Atmosphäre.

Mit dieser fast die ganze Höhe und einen großen Teil der Länge des Gebäudes auszunutzen Halle haben die Architekten das Prinzip, das zuerst von John Portman entwickelt und im Hyatt Regency-Hotel in Atlanta realisiert wurde, variiert. Es ist das sogenannte Atrium, kein offener Innenhof wie bei der klassischen römischen Villa, sondern eine viele Stockwerke hohe gedeckte Halle. Das größte derartige Atrium hat John Portman für ein Hotel unweit des Times Square in New York entworfen. In dieses Projekt ist die Marriott-Kette eingestiegen. Wenn das Marriott Marquis 1985 fertiggestellt sein wird, dann kann man in dem 50stöckigen Gebäude ein 46stöckiges Atrium bewundern, in dessen Mitte ein runder Fahrstuhl steht, in dem sich 12 gläserne Lifte bewegen (vorsichtshalber wurden vier weitere Fahrstühle ins Innere verlegt - für Leute, denen leicht schwindlig wird).

Die gleiche Gefahr ist natürlich auch bei den Galerien gegeben, über die man die Zimmer erreicht. Denn diese Galerien blicken ebenfalls in das Atrium. Bei dieser offenen Bauweise spielen auch Sicherheitsüberlegungen eine Rolle: Es gibt keine unübersichtlichen Gänge, keine abgeschlossenen Fahrstühle, die für New-York-Touristen stets eine Quelle der Angst sind.

Das Marquis-Hotel, das einen ganzen Wohnblock zwischen Broadway, 45. und 46. Straße einnimmt, umfaßt 1876 Zimmer, alle in zwei großen Scheiben mit Sicht nach außen. Dazwischen, in drei großen gläsernen Stufen zurückgesetzt, befinden sich die Tagungs- und Ballräume, die Restaurants und die teuren Suiten. Ein Hotel der Superlative also. Aber die Bauherren sind optimistisch, denn unweit ihres Bauplatzes entsteht mit dem New York Convention Center nach dem Entwurf von I. M. Pei eines der größten Ausstellungs- und Tagungszentren, von dem man hofft, daß es viele Leute nach New York bringt.

PETER DITTMAR



Es wird das größte seiner Art: Das Atrium des Marriott-Marquis-Hotel, das 1985 in New York eröffnet wird



An Giotto geschult: „Maler und Sonne“ (1980) von Sandro Chia, aus der Hannoveraner Ausstellung FOTO: KATALOG

Die Kestner-Gesellschaft Hannover zeigt S. Chia

Thales bittet ums Wort

Die Bewegung der Nouveaux Fauves hat international schnell Boden gefaßt, schneller als sonst Neues sich durchzusetzen pflegt. Ist es wirklich so neu? Erfüllt es vor allem seinen französischen Titel, mit dem auf den französischen Expressionismus der Schule von Matisse verwiesen wird? Manche der Gesten der Deutschen, der Franzosen, der Italiener, die daran beteiligt sind, verweisen noch ins Informale, sind heftig und brutal in einem Sinne, der weder dem klassischen deutschen noch dem französischen Expressionismus unterstellt werden konnte. Anders aber weist viel weiter zurück bis auf klassische Aspekte, auf Giotto, auf Cézanne, auf Impressionistisches und, wie bei Sandro Chia, vereinzelt auf Kubistisches. Die neue Malerei, gestreicht und vielfältig instrumentiert, ist trickreicher, historisch fundierter und intellektuell aufgedener als frühere Anfänge.

Der erste große Überblick vom Werk Sandro Chias, den jetzt die Kestner-Gesellschaft in Hannover für Deutschland bietet, enthält immerhin 84 Titel, zumeist Ölbilder auf Leinwand zum Teil größeren Formats. Darauf läßt sich ein verlässliches Urteil gründen. Der erste deutliche Eindruck: Viel Wildes gibt es nicht zu sehen. Die von klassischer Figurvorstellung bestimmte Gestik unterstreicht die Kontur und damit zugleich eine klare plastische Bildsprache. Cézanne ist immer noch der nicht zu umgehende Lehrer.

Der zweite Eindruck: Weder naturalistische noch realistische Aspekte bestimmen den Bildraum: Kaum je tritt ein Bildhorizont auf. Der Hintergrund ist einheitlich perspektivlos mit zumeist mit expressiven Bildzeichen gefüllter Fläche. Sie erfüllt die Funktion des Goldgrunds und gibt dem ganzen Bildgefüge jene an Mythisches erinnernde Struktur, wie sie die Goldgründe bei Giotto erzeugen. Also historische Retrospektiven von Giotto bis Cézanne? Nicht das allein.

Auch die Bildthemen selbst reichen ikonologisch in tiefe Vergangenheit, nehmen in Gestik und Figurion durchaus Klassisches auf. Der „Wasserträger“ (1981, 208 mal 170 cm, Tate Gallery London) ist das charak-

teristische Zeugnis. Ein Mann trägt einen mannsgroßen Fisch vor dem Hintergrund eines Meeresteppichs aus bewegten Wellenzeichen in antinaturalistischem Kolorit. Der Fischer als mythische Figur, das Meer, aus dem alles entstanden, Thales von Milet meldet sich zu Wort: Neue mythische Schau vom Überdauern des Alten und Ewigen?

Eine weitere Differenz zum Expressionismus der Deutschen wird dabei klar: das gesellschaftliche und humanistische Engagement der „O, Mensch“-Rufe bleibt aus. Für Chia ist Mythos die vollendete Gegenwart. Eine perennierende „Poetic Declaration“, wie der Titel eines seiner Bilder, auf Cézanne, auf Impressionistisches und, wie bei Sandro Chia, vereinzelt auf Kubistisches. Die neue Malerei, gestreicht und vielfältig instrumentiert, ist trickreicher, historisch fundierter und intellektuell aufgedener als frühere Anfänge.

Ein anderer Mythos, in der Moderne vor allem von Baudelaire beschworen, drängt sich in einem anderen Bild auf: „Alles geht gut“. Ein Mann dringt in einen von Blitz und zusammenbrechenden Bäumen erfüllten Urwald ein. Regengewitter versucht er, das Dickicht zu durchdringen: „Zum Unbekannten, auf des Neuen Spur“ (Blumen des Bösen, „Die Beise“). Der Urmythos menschlicher Neugier und des nie unterdrückbaren Forschungsdranges, Angst und Faszination zugleich: aber „Alles geht gut“.

Und dann „Paintings, Sculpture and Dust“ - Cézannes Schatten geistert darin. Und „Die Braut des Schlachtschiffs“ bringt Futuristisches und Kubistisches auf einen Bildnenner. Chia hat sich überall umgesehen und seinen Honig genommen, wo er ihn fand - und blieb Chia. Der 1946 in Florenz Geborene ist längst weltweit bekannt: Manches in den Arbeiten dieses begabten Malers streift die Trivialität, eine Schwäche, die auszumachen wäre: Vor ihm liegt noch ein weiter Weg. (Bis 29. Januar, danach London, Paris, Wien, Berlin, Darmstadt und Düsseldorf. Katalog: 38 Mark, im Buchhandel 48 Mark).

HERBERT ALBRECHT

Deutsch-ägyptischer Kulturaustausch der DAAD

Wartelisten inclusive

Mubaraks hundert ägyptische Deutschlehrer geben an 70 ägyptischen Oberschulen rund 9000 Schülern Deutschunterricht. Auf diese Tatsache stießen Mitglieder der Deutsch-Ägyptischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, die sich vor Ort über den wissenschaftlich-technischen Austausch zwischen beiden Ländern informierten.

Drei deutsche Schulen in Ägypten, die Deutsche Evangelische Oberschule Kairo sowie die Schulen der Borromäerinnen in Kairo und Alexandria mit zusammen 8000 Schülern, darunter 2700 Ägyptern, werden mit deutschen öffentlichen Mitteln gefördert. Sie gelten als die besten Privatschulen des Landes, die Aufnahme erfolgt über Wartelisten. Das Gebäude des Goethe-Instituts beherbergt eine Zentralbibliothek für deutsche Wissenschaftsliteratur. An den Kairoer Universitäten (es gibt drei) beläuft sich die Zahl der Deutsch-Studenten zur Zeit auf etwa 1000.

Die Stipendienprogramme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) der Alexander-von-Humboldt-Stiftung sowie der Austausch von Wissenschaftlern werden, wie Roswitha Wisniewski, Vorsitzende der Parlamentariergruppe,

sagte, jetzt verstärkt fortgesetzt. Bei der Stipendienvergabe liegt der Schwerpunkt auf den Naturwissenschaften, dem Ingenieurwesen, der Landwirtschaft und der Veterinärmedizin.

Um der Abwanderung von Wissenschaftlern ins Ausland entgegenzuwirken und zugleich eine Verkürzung der Stipendienzeit zu erreichen, wurde ein Austauschprogramm geschaffen, in dessen Rahmen bisher über 200 deutsche und ägyptische Professoren mit Unterstützung des DAAD und des ägyptischen Erziehungsministeriums die Betreuung von Promotionsarbeiten ägyptischer Doktoranden in der Bundesrepublik Deutschland vereinbarten.

Einen anderen Schwerpunkt deutsch-ägyptischer Wissenschaftskooperation bildet das Deutsche Archäologische Institut (DAI) mit Sitz in Kairo. Es ist zur Zeit unter anderem auf der Insel Elephantine bei Assuan, in Qurna/Theben, Abydos, Sakkarä, Abu Menas und Dashour aktiv. In den vergangenen Jahren wurde diese Zusammenarbeit zwischen ägyptischer Antikenverwaltung und DAI auch auf die Restaurierung islamischer Bauten, vor allem in der Altstadt von Kairo, ausgedehnt.

EBERHARD NITSCHKE

JOURNAL

Juri Ljubimow ans Wiener Burgtheater

Dem Publikum des Wiener Burgtheaters werden sich in diesem Jahr einige neu verpflichtete Regisseure mit interessanten Inszenierungen vorstellen. So soll Juri Ljubimow, der prominente Regisseur aus Moskau, die Dramatisierung des Romans „Der Meister und Margarita“ von Michail Bulgakow auf die Bühne bringen. Direktor Achim Benning konnte auch Michael Gruner gewinnen, der bereits Ende 1984 eine Inszenierung von Calderóns „Das Leben ein Traum“ präsentieren wird. Jürgen Bosse (Mannheim), der bereits zweimal in Wien inszeniert hat, soll im Laufe der nächsten drei Jahre Friedrich Dürrenmatts „Die Physiker“, Sean O'Caseys „Der Preispol“ und Schillers „Kabale und Liebe“ leiten. Mit Rudolf Noelte gibt es Verhandlungen über eine Inszenierung der „Maria Stuart“ noch in dieser Spielzeit, und Hans Hollmann wird das Shakespeare-Drama „Timon von Athen“ inszenieren.

Beim Denkmalschutz ist Eile geboten

Das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz hat dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten der Länder eine Entschließung zur Rettung von Denkmälern vor schädlichen Einflüssen der Umwelt zugestellt. Sein Vorsitzender, der bayerische Kultusminister Hans Maier, erklärte, das Komitee wolle alle Verantwortlichen zur Eile mahnen, denn die Schäden an Denkmälern durch Luftverschmutzung hätten erheblich zugenommen, und das Tempo des Verfalls habe sich sichtbar erhöht. Mit immer größeren Summen für die Wiederherstellung schon geschädigter Denkmäler sei das Problem nicht zu lösen. Ziel müsse vielmehr sein, das Risiko durch drastische Verringerung der Schadstoffe in der Luft zu begrenzen.

Bremer Universität zeigt neue Computergraphiken

„Harmonie in Chaos und Kosmos“ heißt eine Ausstellung, die vom Forschungsschwerpunkt „Dynamische Systeme“ der Universität Bremen in der Sparkasse vom 16. Januar bis 3. Februar gezeigt wird. Es handelt sich dabei um eine neue Form von Computergraphiken, die bei Versuchsreihen der experimentellen Mathematik entstehen. Außerdem wird das Graphiklabor „Dynamische Systeme“ in der Universität im Rahmen eines Kolloquiums am 23. Januar eröffnet. Der Katalog, der möglichst einfach die komplizierten wissenschaftlichen Grundlagen dieses - z. T. von der Stiftung Volkswagenwerk unterstützten - Forschungsprogramms darzustellen versucht, kostet 5 Mark.

Belgrads Nationaltheater vor dem Ruin

Das 115 Jahre alte Nationaltheater der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad kämpft um seine Existenz. Immer häufiger fragen die Zeitungen nach dem Sinn einer Institution, für die alle Bürger zwar viel Geld zahlen, die aber kaum in Anspruch genommen wird. Nach Darstellung des Wochenmagazins „NIN“ gehen von den altinszenierten Belgrader Bürgern rund 90 Prozent, von den zugezogenen sogar 95 Prozent niemals in das Theater. Kritiker bemängeln in letzter Zeit das sinkende Niveau des Theaters als Ursache der Misere. Die schauspielerischen Leistungen erreichten oft nicht einmal Mittelmäßigkeit, und altegediente Mimen verteidigten mit Zähnen und Klauen ihre angestammten Rollen und blockierten den talentierten Nachwuchs. Auch äußerlich kann das Belgrader Nationaltheater seine tiefe Krise nicht überbrücken: Das deprimierend farblose Gebäude im Herzen der Hauptstadt weist immer noch Spuren der Bombardierung im Zweiten Weltkrieg auf. Mit Spenden soll jetzt eine der wichtigsten Kunststätten der größten Nationalität Jugoslawiens vor dem Ruin gerettet werden.

Preise für B. Schultz und Albert Mangelsdorff

Der Kölner Maler Bernard Schultz und der Jazzmusiker Albert Mangelsdorff aus Frankfurt sind mit dem Hessischen Kulturpreis ausgezeichnet worden. Der 68jährige Schultz erhielt den mit 50 000 Mark dotierten Hauptpreis, der 55jährige Mangelsdorff bekam eine mit 10 000 Mark ausgestattete Auszeichnung. Der aus Westpreußen stammende Schultz war Mitbegründer der Frankfurter Künstlergruppe „Quadrata“. Aufsehen erregte er vor allem 1982 mit seinem „Migol-Paradies“, einer Sammlung phantasievoller, abstrakter Skulpturen. Mangelsdorff begann seine künstlerische Laufbahn 1958 als Leiter des neuen Jazz-Ensembles des Hessischen Rundfunks, aus dem später das erste Albert-Mangelsdorff-Quintett hervorging. Er gilt als einer der wichtigsten stilbildenden Musiker der deutschen Jazz-Szene.

dpa, Wiesbaden

„Frösche“ bedrohen Englands 40 000 Milchmänner

HELMUT VOSS, London

Zwischen Engländern und Franzosen fliegen ungeachtet der steten 34 Kilometer Salzwasser wieder einmal die Fetzen. Vor dem Buckingham Palace werden demonstrierende französische Bauern festgenommen. Es ist vom „Geist von Dunkirk“ die Rede und von einer „heiligen politischen Kuh“. Im Unterhaus, so vermerkte der „Daily Telegraph“, entsetzt, war bei einer Debatte die Stimmung so brennend, daß ein „Frosch“ – wie die Engländer nicht gerade schmeichehaft ihre Nachbarn jenseits des Kanals gerne nennen – auf der Stelle gelichtet worden wäre – hätte er sich hierher verirrt.

„Der große Milchkrieg“ ist ausgebrochen. Es geht um die EG-Jargon UHT genannte, vornehmlich in Frankreich populäre Langzeitmilch, die die Franzosen nach einem Beschluß des Europäischen Gerichtshofes vom Februar vorigen Jahres in Mengen ins Königreich exportieren dürfen. Die Briten aber lassen sie nur äußerst unwillig ins Land – weil sie einen Berufsstand bedroht, dessen Ansehen in England gleich hinter dem der Rettungsbootmänner und Leuchtturmwächter kommt, den britischen Milchmann.

Teurer Service

England ist heute das einzige westliche Industrieland, das ebenso hartnäckig wie rührselig an der täglichen und teuren (1,48 Mark pro Liter) Belieferung von Einzelhaushalten festhält. Rund 40 000 „milk men“ sind Tag für Tag mit ihren aus unerfindlichen Gründen „froats“ (Flöße) genannten Elektrokarren unterwegs und liefern 84 Prozent der in England und Wales jährlich verbrauchten 6,1 Milliarden Liter Milch direkt an den Konsumenten. Sie spielen aber auch eine wichtige Rolle bei der Weitergabe von Dorfklatsch, helfen gelegentlich Babys zur Welt zu bringen und lassen sich durch nichts unterkriegen. Ganz England war zur Zeit des Falkland-Konfliktes gerührt von dem tapferen Milchmann von Port Stanley, der trotz Ausgangssperre und Bombardement ungerührt seine Flaschen ablieferte.

Die erheblich weniger schmackhafte, dafür aber um etwa 35 Pfennig pro Liter billigere und bis zu sechs Monaten haltbare UHT-Milch bedroht jetzt auf dem Umweg über die Supermärkte diese Idylle. Die britische Molkeindustrie hat errechnet, daß bereits ein Nachfrage-Rückgang bei der Haus-zu-Haus-Belieferung um zehn Prozent das Ende des britischen Milchmannes bedeuten würde, und hat mit ihren Warnungen das ganze Land aufgeschreckt. Gewerkschaften riefen zum UHT-Boykott auf. Einflußreiche Labourpolitiker wie Eric Heffer sekundierten: „Der Milchmann ist mehr als ein Milchmann: Er ist auch Sozialarbeiter.“ Der konservative Minister Peter Walker machte die UHT-Milch im Unterhaus mit dem Hinweis mies, daß sein Hund zwar den nicht gerade als internationale Delikatesse geltenden britischen Lymeswold-Käse verzehre, daß er aber von dem Langzeitprodukt nichts halte. „Das ruht er nicht an.“

Unerschütterliche Bastion

Die Franzosen haben bereits zweimal versucht, die mit fast japanischen Importkontrollen abgeschottete britische Milchbastion zu erstürmen. Eine erste Lastwagenladung im September wurde in Portsmouth konfisziert, weil die französische Milch laut britischen Kontrollen mit Wasser verdünnt worden war. Der zweite, mit 22 000 Kartons UHT-Milch beladene Lkw rollte Ende Dezember im südländischen New Haven von einer Kanalfähre geradewegs in die Arme eines britischen Gesundheitsinspektors und wurde von ihm – Millionen Engländer sahen es auf dem Fernseher mit an – ebenfalls „kassiert“.

Gestern aber durfte die französische Milch doch ausgeliefert werden.

(SAD)



Die Zeit ist wahrhaftig nicht sparlos am „Esplanade“ vorbeigegangen. Aus dem früheren „Grand Hotel“ (links) wurde mit den Jahren eher ein Zweckbau, der zuletzt nur noch vor sich hindämmerte. Mit 40 Millionen Mark soll das Lieblingshotel Kaiser Wilhelm II. nun zu einem „Berliner Filmzentrum“ werden. FOTO: DPA/AGF/STERN

Ein altes Haus hat Zukunft beim Film

WILFRIED MOMMERT, Berlin
Es ist heute eine der deprimierendsten Ecken Berlins, jene Gegend um den von Grenzmauer, Todesstreifen und Panzersperren durchzogenen Potsdamer Platz. Hier endet heute die einstmalige Königsstraße bis Aachen führende „Reichsstraße 1“, hier stand das Vox-Haus, in dem der deutsche Rundfunk seine Geburtsstunde erlebte, der Vergnügungspalast „Haus Vaterland“ und hier stand auch jener berühmte „Volkseigentum“ der Nationalsozialisten. Hier steht immer noch der Torso eines der elegantesten und repräsentativsten Hotels Deutschlands, das vor 75 Jahren Ende 1908 vor allem für den preussischen Hochadel erbaute „Esplanade“, in dem auch Kaiser Wilhelm II. seine „Herrenabende“ gab. Nun wartet dieses „Baudenkmal“ von morbiderm Reiz und vielschichtiger Bedeutung, wie das Fachblatt „Bauwelt“ meinte, auf die vierte Eröffnung in seiner wechselvollen Geschichte, denn nach dem Willen des Berliner Kultursenators Volker Hassemer soll hier und möglicherweise in einem Erweiterungsbau für etwa 40 Millionen Mark ein Berliner Filmzentrum entstehen.

Das „Esplanade“ war mit seinen 400 Betten, den Telefonen in jedem Zimmer, mit der ersten elektrischen Großküche, den Marmorkaminen, den Spiegel- und Eichenholzsälen neben dem „Hotel Adlon“ das führende Hotel der damaligen Reichshauptstadt, in der späten Kaiserzeit inmitten der viertgrößten Stadt der Welt. Der Bau wurde von einem sogenannten „Fürstentum“ der Hohenzollern, Fürstentum und Henckels-Donnarsmarkt finanziert. So manches Mal wehte später die Standarte

des Kaisers auf dem Dach. Auf seinen Wunsch war wohl dieser exklusive Gästepalast „außerhalb der Bannmeile“ des Schlosses entstanden. Hier sollte sich ein „Dolce vita“ der allerhöchsten Kreise von äußerster Diskretion entfalten, wie es in einem Zeitungsbericht spöttisch heißt.

Die „fürstliche Zeit“ dauerte für das Hotel allerdings nicht sehr lange. Nach 1918 stiegen hier vorzugsweise Industriemagnaten (Ringo Stinnes wurde neuer Besitzer des Hotels), Politiker, Bankiers, Schachspieler und Bohemien ab. Die Zeit der Gigolos und des Geldadels war gekommen. Mit der Machtübernahme des Nationalsozialismus wurde das inzwischen zu den „exquisiten Häusern älterer Geschmacksrichtung“ zählende Grand Hotel von Hitlers Chefarchitekten Speer als Gästehaus requiriert.

Während des Krieges hatte dem „Esplanade“ ein Teilabriss zugunsten eines „Reichsmarschallamtes“ gedroht. Bomben besiegelten das Schicksal des Prachtbaus, jedenfalls seines größten Teils. Die vorderen Eingangsflügel, der Palmenhof, der Speisesaal, der „Kaisersaal“, ein Bar, das Kellergeschoß mit der elektrischen Großküche und das wertvolle Geschloß für mehrere tausend Gäste blieben erhalten. 1950 konnte der stehengebliebene und halbwegs renovierte Rest des Hotels mit einem „Ball der Technik“ wieder eröffnet werden. Viele Bälle folgten. Es entfaltete sich der Glanz der 50er Jahre. Bis zum Mauerbau in Berlin 1961 trafen sich Ost und West im „Esplanade“ zum Amüsement. Noch 1960 war es für 450 000 Mark renoviert und zum dritten Mal wieder eröffnet worden. Aber als direkt vor



der Nase der Gäste die Mauer mit Stacheldraht entstand, wurde es schnell still um das schließlich vor sich hindämmende „Etablissement“.

Bis 1981 fand in den Hotelhallen noch die eine oder andere Veranstaltung statt. Dann aber mußten die Gebäudeteile aus Sicherheitsgründen völlig geschlossen werden. In den 60er Jahren hatte der damalige Bundesschatzmeister der CDU, Werner Dollinger, allerdings schon einmal vorgeschlagen, aus den Resten des „Esplanade“ entweder ein Gästehaus der Bundesregierung und des Berliner Senats, ein Domizil der Stiftung für Entwicklungshilfe oder ein „Haus der Kultur“ zu machen. An letzteren Vorschlag Dollingers lehnt sich nun die jüngste Idee des Berliner Kultursenators Volker Hassemer (CDU) an.

Das „Cognac-Alibi“ zieht nicht mehr

Medizin kann Ausrede vom Nachtrunk entkräften

DIETER THIERRACH, Bonn
Trotz aller Kampagnen und Appelle nimmt die Zahl der Verkehrsunfälle, bei denen Alkohol im Spiel ist, weiter zu. Jüngste Statistiken weisen dabei aus, daß sich jeder vierte betroffene deutsche Autofahrer auf den Nachtrunk beruft, wenn er auf dem Polizeirevier „zur Ader“ gelassen wird.

Professor Michael Staak und sein Team vom Institut für Rechtsmedizin der Kölner Uni haben bei der Überprüfung dieser typischen Ausrede im Bereich des Landgerichtsbezirks Köln herausgefunden, daß sich die Größenordnung der Nachtrunkbeurteilungen („Cognac-Alibi“) angefangen von der polizeilichen Ermittlung bis hin zur Gerichtsverhandlung schlankweg verdoppeln. Wird zu nicht zu Protokoll gegeben, 40 Gramm reiner Alkohol seien gekippt worden, sind es dann vor Gericht plötzlich Werte über 90 Gramm.

Die Kölner aber sind seit einiger Zeit in der Lage, die Nachtrunkausrede wie ein Kartenhaus zusammenstürzen zu lassen. Rechtsmediziner Staak: „Zwei Feststellungen sind dabei von erheblicher Bedeutung. Nämlich die Trinkzeiten und die Menge des Nachtrunkes. Letztere wird durch die Getränkeart – es handelt sich fast immer um hochprozentige Wässerchen, mitbestimmt. Denn: Es muß ja viel innerhalb kurzer Zeit bringen, sonst wäre der Nachtrunk sinnlos.“

Situationen, wie sie tagtäglich vorkommen, wurden von Studenten nachgestellt: Die Kölner Probanden brachten sich mit mehreren „Kühlen Blonden“ zunächst auf einen Level von ca. 0,8 Promille, danach verpaßte man ihnen einen Nachtrunk von 0,5 Promille. Für die Rechtsmediziner war von Interesse, wie die in den üblichen Spirituosen vorhandenen Begleitstoffe („Fuselalkohole“) wie Methanol, n-Propanol und iso-Butanol sich verhalten: Unsere Fragestellung lief auf die Wirkung dieser

Begleitalkohole hinaus“, erklärt Professor Staak. Erstes Ergebnis: Es besteht eine Relation zwischen dem Blutalkoholgehalt (sprich Äthanol) und der Konzentration der Begleitstoffe im ursprünglichen verkonsumierten Getränk. Diese Stoffe sind nun wiederum charakteristisch: Wein, Obst, Obstsaft und Whisky lassen sich im nachhinein eindeutig identifizieren. So haben Wissenschaftler am Institut für Rechtsmedizin in Göttingen Kurven von rund 200 Spirituosen des Marktes tabellarisch zusammengefaßt. Von jedem alkoholischen Getränk kann so eine Art „Fingerabdruck“ gemacht werden. Wird das Blut des betroffenen Autofahrers mit der gleichen Methode analysiert, ist auf einen Schlag klar, was der Mann getrunken hat.

Das Kölner Verfahren wird bereits mit großer Effektivität im gutachterlichen Bereich eingesetzt. „Mit geradezu überraschendem Erfolg“, meint Michael Staak: „Leute, die ihren wahren Alkoholgehalt verheimlichen wollen, fallen plötzlich um.“

Der apparative Aufwand ist jedoch sehr groß. Das Verfahren kann nur von Fall zu Fall eingesetzt werden. Die Rechtsmediziner schlagen vor, für die Absicherung in schwierigen Fällen die Doppelblutentnahme wieder einzuführen. Mit Hilfe dieses Verfahrens kann festgestellt werden, ob der Blutalkoholgehalt noch ansteigt oder schon abfällt, um so den Zeitpunkt des Alkoholkonsums zu bestimmen. Doppelblutentnahmen waren vor Jahren ineffektiv, weil sie zeitlich gesehen – viel zu spät durchgeführt wurden. „Das ist aber alles nur eine Frage der Organisation. Die Behörden sind aufgefordert, exaktere Ermittlungen anzustellen.“ Für Professor Staak wäre es optimal, zur Blutprobe synchron auch eine Urinprobe geschonungslos zu untersuchen zu können. „Wenn wir hier auch noch eine Alkoholbestimmung machen würden, ließen sich die dem Harnalkohol Aussagen über die Alkoholkonzentration machen.“

LEUTE HEUTE

Frau Butler

Die 22 Jahre alte Lorraine Woods, die vor einem Jahr mit ausgezeichnetem Resultat als bisher einzige Frau die renommierte „School of British Butling“ absolviert hatte, ist immer noch arbeitslos. Inzwischen ist sie überzeugt, daß sie als Frau und Butler diskriminiert werde. Ihr Ausbilder Ivor Spenceer jedoch, der auf eine Karriere als „Königlicher Toastmeister“ zurückblicken kann, hat eine andere Theorie: „Sie ist einfach zu hübsch und zu attraktiv.“

Star-Spot(t)

Glaubt man Marty Ingels, Inhaber einer New Yorker Vermittlungsagentur für Fernsehwerbung, braucht Marlene Dietrich Geld. Deshalb habe sie



sich bereit erklärt, ein paar Werbespots zu drehen. In amerikanischen Blättern war darüber gleich von einem Comeback der 82jährigen Diva die Rede. Wie so oft, ist aber auch diesmal nicht sicher, ob es wirklich der Star ist, der die Publicity sucht – oder eher jene, die davon sprechen.

Spar-Rekord

Nur durch Sparsamkeit reich geworden zu sein, behauptet von sich der japanische Textilkauflmann Yoshiaki Nishikawa, der mit einem Spar-Weltrekord ins Guinness-Buch will. „Die 100 Millionen Yen (1,25 Millionen Mark) auf meinem Sparbuch verdanke ich nur meiner Sparsamkeit im täglichen Leben“, verkündete der 76jährige. Ein paar Beispiele: Bei Einladungen wurde die Suppe essen, den Rest nach Hause nehmen. Im Café und in Restaurants alle übriggebliebenen Zucker- oder Sahnebacken einstecken.

Italienische Polizei ließ Babyhändler auffliegen

Sizilianische Gang verkaufte Tausende von Kindern

FRIEDRICH MEICHNER, Rom
Die italienische Polizei ist einem Handel mit neugeborenen Kindern auf die Spur gekommen. Auf Sizilien wurden eine Hebamme und drei Kaufleute verhaftet, denen Zugehörigkeit zu einer Gang von Babyhändlern vorgeworfen wird. Die Verbrechensorganisation soll in Sizilien, Kalabrien und in einigen norditalienischen Städten jahrelang ein Millionengeschäft gemacht haben. Sie hat angeblich im Auftrag eines noch nicht voll aufgedeckten „Kunden“-Kreises bei jungen Italienerinnen und Ausländerinnen Babys „bestellt“, diese den Müttern für rund 2000 Mark abgekauft und dann mit falschen Geburtsurkunden zum zehnteiligen Preis weiterverkauft. Hunderte von Neugeborenen sollen auf diese Weise wie Waren verschoben worden sein.

Den Anstoß für die polizeilichen Ermittlungen gegen die Verbrechensorganisation gaben die Verhaftungen der sizilianischen Ories Salemi im Belice-Tal. Ihm war seltsam vorgekommen, daß ein recht betagtes kinderloses Ehepaar plötzlich die Geburt eines Kindes anzeigte und unter Vorlage der vorgeschriebenen Hebammenbescheinigung und zweier Zeugen ausgereicht habe. Die Polizei ging dem Fall nach. Sie stellte fest, daß das Ehepaar mit Hilfe der Hebamme und zweier gekaufter „Zeugen“ ein Baby als sein eigenes ausgegeben hatte, das aus der „Babybank“ der Verbrechensorganisation stammte.

Hauptstützpunkt der Organisation ist nach Informationen aus Polizeikreisen ein öffentliches Krankenhaus auf Sizilien. Dort seien die meisten der von der Gang angeworbenen jungen Jugoslawinnen, Rumäninnen, Bulgaren und italienischen Prostituierten niedergekommen, die sich zu einer Schwangerschaft mit dem Ziel des Babyverkaufs bereitgefunden hätten. Von den im Krankenhaus tätigen Mitarbeitern der Gang war dafür gesorgt worden, daß die ordentlichen Geburtsdokumente sofort wieder aus den Akten verschwanden. Mit Hilfe der Hebamme und von „Zeugen“ wurden dann neue, auf den Namen der Kauf „Eltern“ lautende Papiere ausgestellt.

Nach Angaben der Carabinieri von Marsala wurde das Babygeschäft viele Jahre lang – wahrscheinlich mindestens seit 1977 – mit großem Gewinn für die Bande betrieben. Der Skandal sei noch längst nicht voll aufgedeckt. Für die Ermittlungen werde man noch viele Monate benötigen. Sie erstrecken sich über ganz Sizilien und Kalabrien sowie über einige Großstädte im Norden und schlossen die verschiedensten Bereiche ein – vom Krankenhauswesen über die Prostitution bis hin zur illegalen Einwanderung.

Wichtige Hinweise lieferte der Polizei ein Adressbuch der verhafteten Hebamme von Salemi, Maria Marsala. Es enthält eine Fülle von Anschriften, Telefonnummern, Namen von mutmaßlichen „Händlern“ und von Käufern, die zur Verhaftung von drei Kaufleuten aus Trapani führten. Ihnen und der Hebamme wird die Bildung einer verbrecherischen Vereinigung vorgeworfen. Ob mit diesen Verhaftungen schon der Kopf der Gang abgeschlagen ist, wird von der Polizei freilich bezweifelt. Angeblich verfolgt man weitere Spuren, die auf Personen hinweisen, die bisher als über jeden Verdacht erhaben galten. So sei auch schon ein hoher Politiker verhaftet worden.

Die erschütterndste Geschichte, die bisher von der Polizei aufgedeckt wurde, betrifft ein Mädchen, das schon vor vielen Jahren sofort nach seiner Geburt verkauft worden war und das jetzt, mit 11 Jahren selbst ein Baby bekommen hat, das ein Ehepaar in Trapani kaufte.

V-Mann-Fall: Sieben Jahre Haft für Juwelier

dpa, Hannover

Zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren Haft hat das Landgericht Hannover gestern nach zehnmonatiger Verhandlung den 37jährigen Juwelier René Düe verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß sich Düe der Vortäuschung einer Straftat, des versuchten Versicherungsbetruges und der Unterschlagung schuldig gemacht hat, indem er den Raubüberfall auf sein Geschäft in Hannover 1981 selbst inszenierte. Damals war Schmuck im Wert von 12 Millionen Mark verschwunden.

Mit dem Urteil folgte das Gericht der Argumentation und dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Über Monate beschäftigte sich das Gericht mit der Rolle des mysteriösen Polizei-V-Mannes „Claude“, den die Staatsanwaltschaft vernommen hatte. Der Ansicht der Verteidigung, dieser V-Mann erst habe den Juwelier veranlaßt, 15 angeblich verheißene Aufträge, die Verluste gesetzte Schmuckstücke in Geld umzusetzen, vermochte sich das Gericht nicht anzuschließen. Da die Staatsanwaltschaft die Aussagen des V-Mannes nach der jüngsten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zum Problem der V-Leute und ihrer Vernehmung in der Hauptverhandlung nicht verwenden durfte, stützte das Gericht die Verurteilung auf die Aussagen von zwei Häftlingen, die mit dem Juwelier zusammen in einer Zelle der Justizvollzugsanstalt Hannover gesessen hatten. Die Verteidigung, die Freispruch verlangt hatte, kündigte Revision an.

Drei Tote im Orkan

dpa, Düsseldorf/Hamburg
Bei einem Unwetter im Raum Köln mit Spitzenböen bis zu 120 Stundenkilometern kamen in der Nacht zum Mittwoch drei Menschen ums Leben. Zwei Jugendliche wurden von einem umstürzten Baum erschlagen. Ein Autofahrer wurde von einem Windstoß gegen einen Bus geschleudert. Im übrigen Rheinland haben die Winterstürme erheblichen Sachschaden angerichtet. Die ebenfalls in der Nacht zum Mittwoch erwartete schwere Sturmflut ist glimpflicher als befürchtet ausgefallen. Daraufhin wurden die Einsatzkräfte in Hamburg und Kiel aufgelöst.

Disko-Besitzer angeklagt

AFP, Madrid
Die fünf Besitzer der Madrider Diskothek „Alcala 20“, in der am 17. Dezember 82 Menschen bei einem Brand ums Leben gekommen waren, sind offiziell wegen Fahrlässigkeit unter Anklage gestellt worden. Experten hatten festgestellt, daß die Sicherheitsvorkehrungen in dem Tanzpalast völlig unzureichend waren.

Verschmutzer gefunden

dpa, Ludwigshafen
Die im Rhein vor allem an der deutsch-niederländischen Grenze gefundenen Spuren der Chemikalie Bis-Chlor-Isobutylether, die zu einem Giftalarm geführt hatten, stammen wahrscheinlich aus dem Abwasser der BASF. Ein Sprecher erklärte gestern in Ludwigshafen, eigene Untersuchungen hätten dies ergeben.

Tod in Amsterdam

AP, Amsterdam
Die ersten Drogenoten dieses Jahres im europäischen „Rauschgiftmekka“ Amsterdam waren nach Angaben der Polizei zwei junge Deutsche. Sie wurden am Sonntag und Montag in einem Hotel in der Nähe des Hauptbahnhofs und in einer Ruine in der Altstadt gefunden.

Erster Stützpunkt

AFP, Rio de Janeiro
Brasilien will jetzt seinen ersten Stützpunkt in der Antarktis errichten und damit den brasilianischen Anspruch auf einen Teil dieses Gebietes festklopfen. Gestern lief das Forschungsschiff „Barao de Teffé“ mit einer Gruppe von Technikern und Wissenschaftlern, die sich im Gebiet von Port Lockroy niederlassen wollen, aus.

Einzelne Teile unserer heutigen Ausgabe liegt die Prospekt der Freizeitschriften GLOBE, OMBROUM bei München, bei.

Anzeige

VERSICHERUNGEN

Zu diesem Thema bringt die WELT ein farbiges Tiefdruck-Magazin heraus.

Erscheinungstermin: 28.3.84
Anzeigenschluß ist am 14.2.84

Sind Sie interessiert, in dieser Sonderveröffentlichung zu inserieren? Gern informieren wir Sie über Einzelheiten.

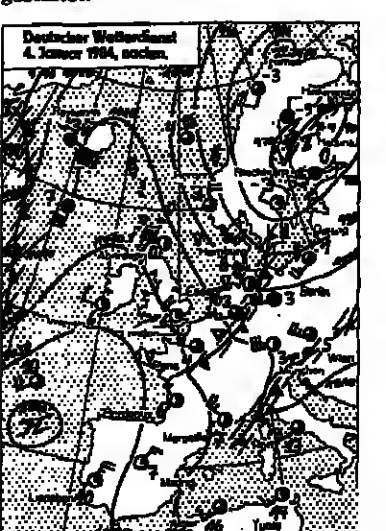
DIE WELT
UNIVERSITÄT ZÜRICH
Anzeigenabteilung
Postfach 30 58 30 · 2000 Hamburg 36
Tel.: (040) 3 47 43 83, -41 28, -1
Telefax: 217 001 777 asd

ZU GUTER LETZT

„Silvester war ein Papst und wurde heilig gesprochen, weil er die Baketen erfindet“. Aus einem Schilleraufsatz in der Zeitschrift „Eltern“.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Der über Mitteleuropa liegende Zwischenhoch wandert rasch nach Osten ab. Ihm folgt der Ausläufer eines Tiefs bei Island, der die Witterung erneut unbeständig gestaltet.



Deutscher Wetterdienst
4. Januar 1984, noon
Wetterlage: Der über Mitteleuropa liegende Zwischenhoch wandert rasch nach Osten ab. Ihm folgt der Ausläufer eines Tiefs bei Island, der die Witterung erneut unbeständig gestaltet.

Vorhersage für Donnerstag

Gemäßigtes Übergewitter. Zunächst wechselnd wolkig mit örtlichen Aufhellungen und im wesentlichen niederschlagsfrei. Im Westen in der zweiten Tageshälfte Einbruch und nachfolgend Schneefall, der im Flachland in Regen übergeht. Höchste Temperaturen 1 bis 6 Grad. Tiefstwerte in der kommenden Nacht plus 1 bis minus 3 Grad. Mäßiger Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Wechselhaft, leichter Temperaturanstieg

Temperaturen am Mittwoch, 13. Uhr:			
Berlin	3°	Kairo	18°
Bonn	3°	Köpenh.	4°
Dresden	3°	Las Palmas	20°
Essen	3°	London	6°
Frankfurt	3°	Madrid	7°
Hamburg	3°	Mallorca	14°
List/Sylt	3°	Moskau	3°
München	3°	Nizza	14°
Stuttgart	3°	Olo	4°
Algier	16°	Paris	4°
Amsterdam	7°	Prag	3°
Athen	14°	Rom	13°
Barcelona	8°	Stockholm	3°
Brüssel	4°	Tel Aviv	21°
Budapest	7°	Tunis	14°
Bukarest	11°	Wien	5°
Helsinki	0°	Zürich	3°
Istanbul	13°		

„Sonnenbadung“ am Freitag: 8.36 Uhr, Untergang: 16.29 Uhr, Mondaufgang: 6.43 Uhr, Untergang: 21.41 Uhr

„Sonnenbadung“ am Samstag: 8.36 Uhr, Untergang: 16.29 Uhr, Mondaufgang: 6.43 Uhr, Untergang: 21.41 Uhr

Sonnenaufgang: am Freitag, 8.26 Uhr, Untergang: 16.29 Uhr, Mondaufgang: 16.43 Uhr, Untergang: 19.41 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Boston wünscht seinen schlechten Ruf nach Schenectady

hst/DW, Boston

Die Alarmanlage eines älteren Cadillac schritt – am heiligsten Tag, mitten auf einer der belebtesten Straßen in Boston. Doch die Passanten kümmern sich nicht um den Krach. Alle paar Minuten hupt und heult es hier in der City und es kümmert schon lange keinen Fußgänger mehr, geschweige denn die Autodiebe, die eigentlich gemeint sind. Nirgendwo in Amerika werden nämlich mehr Autos gestohlen als in der Ostküstmetropole. Die „New York Times“ nannte Boston jüngst die „Hauptstadt des Autodiebstahls“.

Die neuesten Zahlen des FBI untermauern diesen traurigen Ruf. Nirgendwo kamen mehr Autos abhandelt als in Massachusetts, und in Boston wurde im vergangenen Jahr jedes zehnte zugelassene Auto irgendwann einmal als geklaut gemeldet. Dies beunruhigt nicht nur die Autobesitzer, sondern brachte auch immer höhere Stellen auf den Plan. Zuletzt erregten die Automarder sogar den Unwillen des Gouverneurs von Massachusetts, Michael S. Dukakis. Die Entwicklung würde dem guten

Ansehen des Staates schaden, ließ er seinen für öffentliche Sicherheit zuständigen Deputierten Charles V. Barry erklären und der fügte hinzu: „Er fragte mich, ob wir den Titel „Hauptstadt des Autodiebstahls“ nicht an Schenectady oder woanders hin abgeben könnten. Auf jeden Fall wünscht er den Titel so schnell wie möglich abzugeben.“

Der Wunsch war den untergeordneten Behörden Befehl. Man gründete eine Sonderkommission aus FBI-Agenten, Staats-, Stadtpolizisten und Experten der Zulassungsbehörden, die das Know-how einbringen sollen. Die Autoversicherungsgesellschaften überzeugte man davon, daß 475 000 Dollar im Vergleich zu den 72 Millionen Dollar, die 1982 für bestohlene Autobesitzer aufgewendet werden mußten, nicht zuviel seien. Mit diesem Geld wurden Räume, Fahrzeuge und Ausrüstung für die „Car Force“ angeschafft.

Seit einigen Wochen nun arbeitet die Kommission. „Es ist nicht unser Ziel“, so erläutert Charles Barry diese Arbeit, „die kleinen Jungs zu fassen, die die Autos auf Anweisung und für ein paar Dollar klauen. Wir wollen an

die Männer heran, die die Anweisung geben und die Autos verschwinden lassen.“ Dies seien im Ostküstentat im vergangenen Jahr mehr als 55 000 gewesen.

Dabei hat sich ganz offensichtlich in den vergangenen Jahren einiges geändert. Längst sind es nicht mehr hauptsächlich die Teenager, die meist aus Übermut ein Auto für eine Spritztour klauen und es stehen lassen, wenn der Tank leer ist. Noch vor sechs oder sieben Jahren“, erinnert sich Barry, „hatten wir 90 Prozent von ihnen innerhalb der nächsten 48 Stunden. Heute sind es nicht einmal mehr 50 Prozent. 30 Prozent sehen wir niemals wieder.“

Einen Grund, daß sich immer mehr Profis des Geschäftes annehmen, sehen Experten darin, daß man heute für ein Auto das Doppelte seines Wertes bekommt, wenn man es zerlegt und in Einzelteilen verkauft. Nicht unwesentlichen Anteil an den steigenden Zahlen hätten allerdings auch jene Autobesitzer, die ihr Auto als gestohlen melden, um die Versicherung zu betrügen.

Unterstützt wird die Arbeit der

Kommission, die in den letzten Wochen 25 Verdächtige festnahm, aber auch von der staatlichen Zentrale für Verbraucherfragen. Sie gibt Broschüren heraus und klärt unter anderem darüber auf, wie man sich vor den Autodieben schützen kann.

Damit ist es allerdings auch nicht getan. Abgesehen davon, daß die lauten Autoalarmanlagen kaum noch jemand ernst nimmt, bekommen die Autofahrer, die ihren Wagen damit ausrüsten, oft sehr schnell Ärger mit den Nachbarn. Je nach Prinzip geben die Anlagen nämlich schon Laut, wenn sich nur eine Katze auf der warmen Motorhaube zusammenschlängelt oder Fliegen im Wageninnern eingeschlossen werden. So fanden Autofahrer, deren Karossen in einem Bostoner Vorort zu heulen begannen, in den letzten Tagen einen hektographierten Zettel unter den Scheibenwischern, auf dem zu lesen war: „Lieber Herr, liebe Dame: Die Alarmanlage Ihres Autos nervte viele hunderte Menschen stundenlang. Wenn Sie sie nicht in Ordnung bringen, werden Sie bald ein ganz neues Auto brauchen.“